

Andreas Beyer

Theoretische und methodische Grundlagen zur Analyse von Energie und Energiesicher- heitspolitik

Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 27

Februar 2010

ISPK

Institut für **S**icherheits**P**olitik an der Christian-Albrechts-Universität zu **K**iel

Andreas Beyer

Theoretische und methodische Grundlagen zur Energie- und Energiesicherheitspolitik
Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 27
Kiel, Februar 2010.

Impressum:

Herausgeber:
Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik
an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Prof. Dr. Joachim Krause
Westring 400
24118 Kiel

ISPK.org

Die veröffentlichten Beiträge mit Verfasserangabe geben die Ansicht der betreffenden Autoren wieder, nicht notwendigerweise die des Herausgebers oder des Instituts für Sicherheitspolitik.

© 2010 Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (ISPK).

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung: Energiepolitik und Energiesicherheit in der aktuellen politikwissenschaftlichen Debatte.....	5
B. Die Evolution von Energie- und Energiesicherheitspolitik als Politikfeld – Entwicklung eines <i>conceptual frameworks</i>	7
I. Die Entwicklung einer internationalen Energieindustrie bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs	9
II. Die Nachkriegsordnung bis 1990: Energiepolitik im Kalten Krieg.....	14
C. Die aktuelle politikwissenschaftliche Debatte um Energie- und Energiesicherheitspolitik – Häufige Analysefehler und ihr theoretischer Hintergrund.....	42
I. „Primat der Geopolitik“ – Realistische Analysen der aktuellen internationalen Energiemärkte	43
II. „Interessen, Innenpolitik und Interdependenzen“- Liberale Analysen der Internationalen Energiemärkte	47
III. Energiediskurse und policy-Narrative – Konstruktivistische Analysen der Energiebeziehungen	52
IV. „Economists do it with Models“ – Ökonomische Analysen der aktuellen Verschiebungen der Energiemärkte	58
V. „Petrodollars, Ölimperialismus und gekaufte Kriege“ – Verschwörungstheorien in der wissenschaftlichen Debatte um Energiebeziehungen	63
VI. Fazit: Der Zusammenhang zwischen Theorie- und Analysefehlern.....	66
D. Fazit und Ausblick: Energiepolitik und Energiesicherheit als Untersuchungsgegenstand der Internationalen Politischen Ökonomie	69
E. Literaturverzeichnis.....	77

A. Einleitung: Energiepolitik und Energiesicherheit in der aktuellen politikwissenschaftlichen Debatte

Energiepolitik und Energiesicherheit haben als Themen der Politikwissenschaft zunehmend an Beachtung gewonnen. Dabei verschob sich das Interesse von eher technischen Analysen – etwa den Schwierigkeiten des postsowjetischen Energiesektors (vgl. etwa Clement 1992; Kovalchuk 1992; Heynitz 1992) - zu einer seit der Jahrtausendwende stark von Sicherheitsfragen geprägten Debatte in der Teildisziplin Internationale Beziehungen (vgl. Barnes / Myers Jaffe 2006; Varwick 2008).

Als Beispiele für die vielfach festgestellte Verknüpfung von Energiepolitik und internationaler Sicherheit werden oft sicherheitspolitisch brisante Ereignisse in energieexportierenden Ländern angeführt. Dazu sind unter anderem das iranische Atomprogramm, der Völkermord im Sudan und auch das zunehmend aggressive Auftreten Hugo Chavez' gegenüber den USA zu zählen (vgl. Friedman 2006). Prominentes Thema war darüber hinaus die russische Energieexportpolitik und ihre Expansion speziell zu den aufstrebenden Märkten in Nordost- und Ostasien (vgl. etwa Paik 2005; Ebert 2006) und ihr teilweise konstatiertes politisierter Charakter gegenüber mittelosteuropäischen Staaten (vgl. etwa Rahr 2007). Neben dieser zunehmend kritisch betrachteten Rolle von manchen energieexportierenden Staaten rückte auch die Politik einiger Importeure in den Mittelpunkt. Dabei wurde mit besonderer Aufmerksamkeit die Volksrepublik China beobachtet; der Wandel Pekings von Erdölexporteur zum – importeur Anfang der neunziger Jahre wird vielfach als ein sehr bedeutender Faktor zur Erklärung einer engen Beziehung zu Staaten, die vorher für Peking nur von peripherem Interesse waren, herangezogen (vgl. Daojiong 2006; Klare 2006; Cornelius / Story 2007; Chen 2007).

Bei der konkreten politikwissenschaftlichen Bewertung dieser Ereignisse zeichnen sich allerdings Meinungsverschiedenheiten ab. Einige Autoren sehen eine starke Machtposition der Energieexporteure gegenüber den Importeuren und konstatieren eine vorgeblich aggressiv-neomerkantilistische Energiepolitik Pekings zur Ressourcensicherung; die Energiesicherheit der westlichen Verbraucher sei anhand dieser „Ölallianzen“ akut bedroht, Energie könne als außenpolitische Waffe eingesetzt werden (vgl. etwa Umbach 2003; Smith 2006). Andere Kommentare heben die Interdependenz zwischen Energieimporteuren und Exporteuren hervor, der Einsatz von Energielieferungen als politisches Druckmittel sei daher unwahrscheinlich (vgl. etwa Götz 2007b; Maihold 2007).

Die vorliegende Arbeit will sich innerhalb dieser durchaus interessanten Kontroverse nicht durch eine weitere empirische Studie in ein Lager einordnen. Ziel soll es vielmehr sein, die oben sehr knapp umrissene Debatte und ihren theoretischen Hintergrund kritisch aufzuarbeiten. Das hierbei entfaltete Hauptargument ist, dass ein Großteil der wissenschaftlichen Veröffentlichungen auf theoretischen Ansätzen aufbaut, die das Politikfeld Energie- und Energiesicherheitspolitik nur sehr unzureichend erfassen und die abgeleiteten Empfehlungen daher zweifelhaft sind. Auf Basis der identifizierten theoretischen Fehler soll dann das Fundament für ein eigenes Analysemodell gelegt werden, das den Untersuchungsgegenstand besser erfasst. Der enge Rahmen eines Arbeitspa-

piers erlaubt hierbei allerdings nur das Aufstellen eines eher groben Analyse-rahmens, der noch in späteren Arbeiten verfeinert werden sollte.

Folgende Analyse- und Arbeitsschritte werden hierzu vorgenommen: Zuerst soll das *policy*-Feld „Energie- und Energiesicherheitspolitik“ erarbeitet werden (Teil B). Dazu müssen unter anderem verschiedene, an der Politikformulierung und Umsetzung beteiligte Akteure und Strukturen identifiziert werden. Dies soll mit Hilfe der theoretischen Werkzeuge der Politikfeldanalyse und einiger historischer Beispiele induktiv herausgearbeitet werden.

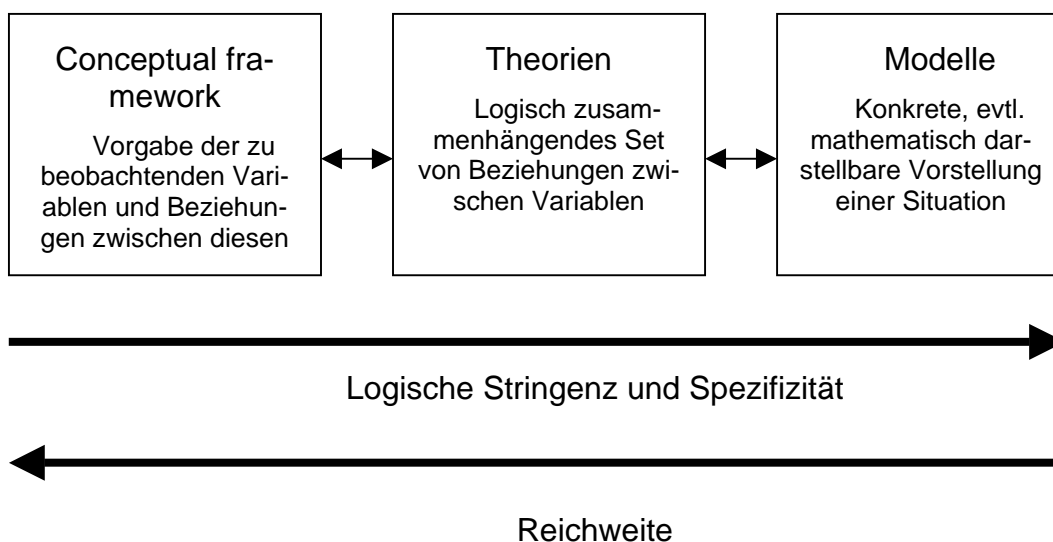
Nach der Klärung der genauen Beschaffenheit des Untersuchungsgegenstandes folgt dann der Kern der Analyse: eine umfangreiche Diskussion des Forschungsstandes (Teil C). Hierbei wird das Hauptargument entfaltet: Aufbauend auf Teil B wird der Nachweis versucht, dass die (teilweise impliziten) theoretischen Annahmen aus rein ökonomischen Analysen und verschiedenen Ansätzen der politikwissenschaftlichen Analyse Internationaler Beziehungen zur Untersuchung des Politikfelds ungeeignet sind.

Zum Abschluss dieser Analyse (Teil D) sollen dann auf Basis einer kurzen Zusammenfassung der vorangegangenen Teile erste Vorschläge für ein Analysemodell entwickelt werden, das sich zur Analyse verschiedener Energiepolitiken und ihrer internationalen sicherheitspolitischen Konsequenzen besser eignet. Dann wird eine kurze Demonstration an einem Fallbeispiel stattfinden.

B. Die Evolution von Energie- und Energiesicherheitspolitik als Politikfeld – Entwicklung eines *conceptual frameworks*

Als Grundlage dieser Arbeit muss zunächst geklärt werden, wie Energie- und Energiesicherheitspolitik beschaffen sind. Ausgangspunkt ist hierfür zunächst die Einordnung des Untersuchungsgegenstands als Politikfeld, zu dessen Analyse die Entwicklung eines *conceptual frameworks* als erster Schritt nötig ist: Im Unterschied zu einer Theorie, die das Ableiten von Kausalmodellen und Hypothesen und deren stringentes Testen erlaubt, werden hier Akteure und Strukturen nur identifiziert und mögliche Verknüpfungen benannt. Eine Aussage über deren Gewichtung oder exakten Zusammenhang erfolgt hier somit noch nicht (vgl. Sabatier 2007: 5f.; Schubert / Bandelow 2006: 11 ff.). Die Diskussion dieses Aspekts im Lichte der aktuellen politikwissenschaftlichen Debatte und ihrer theoretischen Hintergründe erfolgt erst in Teil C.

Vorgehensweise bei der Analyse eines Politikfeldes



Quelle: Schubert/Bandelow 2006: 8

Aus einer kursorischen Durchsicht der bisher veröffentlichten Literatur zur Energie- und Energiesicherheitspolitik sind folgende grobe Ausgangs- und Anknüpfungspunkte für diesen Abschnitt zentral: Energieträger sind ein privates Gut, das auf *Märkten* zwischen *Unternehmen* gehandelt wird (vgl. Goldthau/Witte 2008: 47). Dabei haben unter anderem bei der Erteilung von Konzessionen für die Exploration die *Exportstaaten* Einfluss auf diesen Warenaustausch; *Importstaaten* beeinflussen ihn ebenso durch Steuern, Importquoten und ähnliche Maßnahmen. Ebenso hat der Zustand der *Internationalen Beziehungen* zwischen Importeuren und Exporteuren die *policies* beeinflusst (vgl. Brand/Corbach 2004). Ferner taucht in politikwissenschaftlichen Analysen häufig die Feststellung auf, das Politikfeld sei von einer inhärenten Spannung zwischen den Zielen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit geprägt (vgl. etwa Laumanns 2004: 279f.; Meier-Walser 2007; Kemfert /

Müller 2007). Dieser Zielkonflikt scheint aus dem Verhältnis zwischen den öffentlichen Gütern¹ *Sicherheit* (hier: Versorgungssicherheit) und *Umwelt* (hier: Umweltverträglichkeit) sowie dem Charakter der Energieträger als privates Gut hervorzugehen. Daraus folgt, dass in den *policies* diese Ziele gegeneinander abgewogen werden müssen – inwiefern dieser Aushandlungsprozess aber mit den oben knapp aufgeführten Importeuren, Exporteuren, Unternehmen sowie den Internationalen Beziehungen und Energiemärkten zusammenhängt, bleibt zunächst unklar.

Somit erscheint es logisch, bei der Erarbeitung des *conceptual framework* des Politikfeldes sowohl nationale, internationale und auch ökonomische sowie politische Dimensionen einzubeziehen. Hierfür wird es erforderlich sein, zur Klärung von abstrakten Zusammenhängen auf Ansätze außerhalb der Politikwissenschaften zurückzugreifen, beispielsweise die Mikro- und Makroökonomie. Diese Verknüpfungen sollen anhand von Beispielen herausgearbeitet und die Wandlung von Strukturen und Akteuren sowie die evolutionäre Anpassung von Energiepolitiken an diese Verschiebungen aufgezeigt werden. Da die aktuelle politikwissenschaftliche Debatte hauptsächlich auf *policy*-Empfehlungen für Verbraucherstaaten zielt, sollen deren Energiepolitiken im Vordergrund stehen. Dabei bietet sich die Konzentration auf entwickelte, geographisch gestreute Industriestaaten an. Daher werden Deutschland, England und Frankreich sowie die USA und Japan ausgewählt. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von der Entwicklung einer internationalen Energieindustrie im Jahr 1860 bis zum Ende des Kalten Krieges, ein Schwerpunkt liegt auf den Ölpreiskrisen der Siebziger Jahre. Dabei werden umfangreiche und erschöpfende Beschreibungen internationaler Konflikte (etwa Suez-Krise), Organisationen (etwa *OPEC*) oder Regime (etwa *IEA*, *Bretton Woods*) aus Platzgründen unterbleiben müssen. Diese sollen vielmehr direkt auf ihre Funktion im Spannungsfeld von Politik und Markt analysiert werden.

Dieser sehr breite Zuschnitt ist aus mehreren Gründen nötig: *Erstens* können dadurch besser Verschiebungen und Konstanten seit Entstehung des Politikfeldes beobachtet werden; *zweitens* vermeidet der Verzicht auf Beschreibungen aktueller Ereignisse Doppelungen bei der Untersuchung der aktuellen politikwissenschaftlichen Debatte in Teil C. Der Schwerpunkt auf den Ölpreiskrisen ergibt sich aus der in der Einleitung umrissenen augenblicklichen Debatte um Versorgungssicherheit und politische Erpressbarkeit von Energieimporteuren: Aus der Analyse der ökonomischen und politischen Hintergründe dieser Ereignisse lassen sich wertvolle Rückschlüsse für die Theoriediskussion ziehen.²

¹ Öffentliche Güter zeichnen sich durch drei Merkmale aus: Das Prinzip der Nicht-Ausschließbarkeit (niemand kann von ihrer Nutzung ausgeschlossen werden), das Prinzip der Nichtrivalität (mehrere Konsumenten können das Gut nutzen, ohne dass es verbraucht wird) und das aus diesen beiden Punkten sich fast zwangsweise ergebende Prinzip der öffentlichen Kontrolle (Bieling 2007: 176). Beispielsweise kann niemand von der Nutzung der Umwelt ausgeschlossen werden, auch können mehrere Konsumenten sie nutzen, ohne sie zu verbrauchen – Umweltauflagen werden daher von staatlichen Institutionen erarbeitet, überwacht und durchgesetzt.

² Es wird hier somit nicht streng induktiv gearbeitet, sondern bereits den späteren Teilen der Arbeit auch durch die Auswahl der Beispiele vorgegriffen. Darüber hinaus ist noch anzumerken, dass aufgrund des engen Rahmens dieser Arbeit die in vielen Analysen und historischen Darstellungen zur Energie- und Energiesicherheitspolitik üblichen Tabellen und Statistiken in die-

Zur Entwicklung des *conceptual frameworks* wird hier die historisch-soziologische Methode³ gewählt. *Erstens* bietet diese sich aufgrund der in diesem Abschnitt notwendigen induktiven Vorgehensweise an, da sie einen grundsätzlich breiten Zugang zu Untersuchungsgegenständen vorsieht, der explizit die Grenzen von sozialwissenschaftlichen Spezialisierungen überwinden soll. *Zweitens* erscheint es aufgrund des oben angedeuteten Zielkonflikts in der Energiepolitik logisch, nach dem Wandel bei der Betonung der jeweiligen Ziele (beispielsweise *Versorgungssicherheit* vs. *Wirtschaftlichkeit*) zu fragen. Mögliche Verschiebungen können so mit wandelnden Marktlagen und politischen Situationen in historischer Perspektive in Bezug gesetzt werden.

I. Die Entwicklung einer internationalen Energieindustrie bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs

1. Vertikale Integration und Oligopole in der internationalen Erdölindustrie

Die Entstehung internationaler Energieunternehmen und –märkte sowie der hierbei wirkenden ökonomischen Zusammenhänge lässt sich am Beispiel des Aufstiegs der amerikanischen Erdölindustrie⁴ sowie ihrer internationalen Konkurrenten bis zum Zweiten Weltkrieg nachvollziehen. Die Entdeckung und technische Nutzbarmachung der Ölvorkommen in Pennsylvania in den 1860er Jahren führte zu einem Boom an Explorationstätigkeiten von vielen Kleinstunternehmen, die von den zunächst hohen Gewinnmargen der Ölprodukte (zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich Lampenöl) angezogen wurden. Um die Kredite für Anfangsinvestitionen in Exploration und Extraktion ablösen zu können, mussten Betreiber das geförderte Öl schnell und in großen Mengen verkaufen. Daraus resultierten Überproduktion, Preisverfall und häufige Unternehmensbankrotte. Ferner erlaubte der hohe Konkurrenzdruck in einigen Teilen der Produktionskette (insbesondere Förderung und Weiterverarbeitung) Marktteilnehmern in weniger stark von Konkurrenz geprägten Abschnitten (etwa Transport), Preise für ihre Dienstleistungen zu diktieren (vgl. ausführlich Yergin 1991: 32 ff.).

Es etablierte sich also zunächst ein Markt mit vielen Teilnehmern, hochgradig volatilen Produktpreisen und somit einem extremen Risiko für unternehmerische Aktivitäten und Investoren. Das Agieren der Unternehmen in diesem Umfeld lässt sich aus der Perspektive der Mikroökonomie folgendermaßen abstrakt fassen: Getätigte Investitionen in die Produktionsketten für natürliche Ressourcen (Förderung, Verarbeitung, Transport, Vermarktung usw.) sind *specific assets*, die sehr langfristige, enge Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Besit-

sem Teil ausgelassen werden müssen. Diese (erzwungenen) Lücken bei der Detailliertheit der Darstellung und des Statistikmaterials sollen durch umfangreiche Literaturverweise ausgeglichen werden.

³ Eine gute Zusammenfassung dieses zwischen Historiographie, Ökonomie und Politikwissenschaften liegenden Ansatzes liefert Shaw (2000: 234): „The core relevance of historical sociology [...] is therefore to offer a richer pathway out of the classic dilemmas of social thought [gemeint sind hier die Spezialisierung auf bestimmte Forschungsfelder und Denkschulen] than those offered by the political science and economic roots of the field.“

⁴ Die anfängliche Konzentration auf die Erdölindustrie soll keinesfalls suggerieren, dass die hier erarbeiteten Ergebnisse exklusiv auf diesen Energieträger zutreffen. Vielmehr nimmt die schnelle internationale Ausrichtung dieses Marktes und seiner Teilnehmer Entwicklungen in den lange stärker regional bis national ausgerichteten Märkten und Unternehmen für andere, erst später breit genutzte Energieträger (bspw. Erdgas seit Mitte der 70er Jahre) vorweg.

zern von Teilen dieser Produktionskette nach sich ziehen. Diese Beziehungen sind dabei aber selten symmetrisch – ist die Investition getätigt, kann der flexiblere Geschäftspartner eine vorher getroffene Abmachung für nichtig erklären.⁵ Der schwächere Partner muss dann, um seine Investition nicht vollständig zu verlieren, in für ihn nachteiligere Bedingungen einwilligen als vorher vereinbart. Diese Anreize haben zur Folge, dass die hohen Transaktionskosten beim Zustandekommen einer Kooperation von finanzstarken Marktteilnehmern internalisiert werden: Es entstehen vertikal integrierte Unternehmen, die die vorher auf einzelne Marktteilnehmer aufgeteilte Produktionskette bündeln (vgl. Oatley 2006: 179ff.; sowie detailliert Williamson 1971; Williamson / Riordan 1985).

Dies fand auch in der Erdölindustrie Amerikas statt: John D. Rockefellers Firma *Standard Oil* nutzte ihre finanziellen Rücklagen, um sich vertikal zu integrieren. Die niedrigeren Transaktionskosten zwischen den einzelnen Teilen der nun in einem Unternehmen konzentrierten Produktionskette machten *Standard Oil* konkurrenzfähig genug, fast alle anderen Anbieter vom amerikanischen Markt zu verdrängen (vgl. Sampson 1976: 32 ff.). Parallel hierzu stiegen konkurrierende internationale Energieunternehmen durch die Verwendung der gleichen Unternehmensstruktur bei der Ausbeutung von Energieressourcen in anderen Regionen der Welt auf: *Royal Dutch / Shell* etablierte sich in Südostasien, *Anglo-Persian* im Mittleren Osten und *Nobel Brothers Petroleum* in Baku / Aserbaidschan. Diese verdrängten kleinere Unternehmen fast vollständig aus ihren regionalen Märkten und schufen so einen internationalen, oligopolistischen Markt, auf dem hauptsächlich diese großen, vertikal integrierten Firmen miteinander konkurrierten (vgl. Yergin 1991: 62 ff.).

Oligopolistische Märkte funktionieren aus mikroökonomischer Perspektive nach folgenden Prinzipien: Wenige Anbieter agieren auf einem Markt mit hohen Eintrittskosten⁶ für neue Anbieter. Daraus resultiert ein stark strategisches Verhalten der einzelnen Unternehmen, da die Geschäftsentscheidungen ihrer Mitbewerber sich direkter als in einem Markt mit vielen Anbietern auf sie auswirken. Während unter normalen Marktbedingungen Anbieter lediglich *price-takers* sind, die ihre Produktion erhöhen, solange die Kosten hierfür unter dem erzielten Marktpreis liegen, tendieren Anbieter hier zu Strategien wie etwa Produktionsbeschränkung und Preisabsprachen: Dadurch sichern sie sich Marktanteile und die damit verbundenen hohen Erträge aus Investitionen in oligopolistische

⁵ *Ein Beispiel:* Ein Eisenbahnunternehmen (Firma A) und ein Schiffahrtsunternehmen (Firma B) erwägen eine Kooperation bei Gütertransporten. Firma A soll Schienen zu einem von Firma B belieferten Hafen legen. Findet diese Investition statt, besitzt A einen *specific asset*, der A Verhandlungsposition gegenüber B nachträglich schwächt: B kann auch andere Häfen beliefern, ist also flexibler als A und kann diesem ungünstigere Bedingungen als vorher ausgehandelt diktieren. Natürlich kann die Erfüllung geschlossener Verträge vor Gericht auch eingeklagt werden – die damit verbundenen Kosten und die möglicherweise lange ausbleibenden Erträge aus einer bis zum Urteil ungenutzten Investition können jedoch den schwächeren Partner ebenso zu einem schnellen Nachgeben zwingen. Folge ist, dass es eher unwahrscheinlich ist, dass A in die Eisenbahnstrecke investiert. Vielmehr wird B die Investition selber tätigen (vertikale Integration); alternative Lösungen sind *joint ventures*, also das Gründen einer gemeinsamen Firma von A und B und die Internalisierung der Transaktionskosten in diesem Rahmen durch den gemeinsamen Bau der Eisenbahnstrecke.

⁶ Im Fall der Energieindustrie sind dies die außerordentlich hohen Kosten für die Beschaffung qualifizierten Personals, teurer Förder- und Transporttechnologie, das Erwerben von Konzessionen usw.

Märkte dauerhaft. Somit können oligopolistische Märkte in kartellähnliche Strukturen übergehen (vgl. Bade/Parkin 2007: 398-406).

Knapp zusammengefasst etablierten sich damit schon früh zwei wesentliche Merkmale von internationalen Energiebeziehungen: Vertikal integrierte Unternehmen als Akteure und oligopolistische Märkte als Struktur. Die daraus resultierenden *policies* der einzelnen Staaten, in denen die Unternehmen agierten, reagierten auf diese Entwicklungen unterschiedlich: Die Dominanz von *Standard Oil* auf dem nordamerikanischen Markt kollidierte mit der in den USA breit verankerten, liberalen Vorstellung eines freien, konkurrenzorientierten Unternehmertums. Ferner erlaubt das politische System der USA über den Kongress effektives Lobbying zu Gunsten der vereinzelt regional außerhalb von *Standard Oil* produzierenden Ölfirmen und Raffineriebetrieben, den sogenannten *Independents* (vgl. Keohane 1982: 167). Folge war die Zerschlagung von Rockefellers Unternehmen in einem *Anti-Trust*-Verfahren im Mai 1911; aus *Standard Oil* entstanden mehrere neue Unternehmen (vgl. Sampson 1976: 40f.; Yergin 1991: 108 ff.). England und Russland hingegen tolerierten die Unternehmens- und Marktstruktur zunächst (vgl. Yergin 1991: 118-130).

2. Energie als strategischer Rohstoff⁷ im Ersten und Zweiten Weltkrieg

Die Verschiebungen im Mächtekonzept der europäischen Internationalen Beziehungen durch das revisionistische Kaiserreich Deutschland verschob die Prioritätensetzung bei der Energiepolitik - Energieträger wurden ein strategischer Rohstoff. Das Vereinigte Königreich verfolgte schon Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts im Anbetracht seiner Sicherheitsinteressen stark merkantilistisch orientierte Politikansätze: Die Umrüstung der *Royal Navy* von Kohle auf Öl zur Sicherung der Nachschub- und Kommunikationswege des *Empire* gegenüber dem wilhelminischen Deutschland erforderte nach Ansicht des Marinebeauftragten und späteren Premiers Winston Churchill einen direkten, britisch kontrollierten Zugang zu Erdöl. Entsprechend förderte er die finanziell angeschlagene *Anglo-Persian* mit Krediten, direkter diplomatischer Unterstützung und Schutz ihrer Produktionsanlagen durch britische Truppen (vgl. Yergin 1991: 151). Die Förderung in Baku hingegen litt insbesondere unter Arbeiterunruhen des im Krieg zerfallenden Zarenreichs, die Produktion brach ein und wurde nach dem Sieg der Kommunisten verstaatlicht (vgl. Yergin 1991: 132).

Im Verlauf des Ersten Weltkriegs näherten sich die Energiepolitiken der kriegsteilnehmenden Staaten dem strategisch-merkantilistischem Ansatz Churchills an: Insbesondere die U-Boot-Kampagne der Reichsmarine gegen britische Öltanker zwang die Alliierten England und Frankreich zur staatlichen Kontrolle des Verbrauchs und anderen dirigistischen Maßnahmen; in den USA setzte das Justizministerium kurzzeitig die Kartellbeschränkungen außer Kraft und erlaubte die Zusammenarbeit von konkurrierenden Energieunternehmen, damit diese koordiniert die Versorgung Englands und Frankreichs sichern konnten. Deren Kooperation im *National Petroleum War Service Committee* bündelte die Expertise und Produktion der amerikanischen Erdölindustrie und schuf somit zeitweise ein quasi monopolistisch agierendes, vertikal voll integriertes Ener-

⁷ Mit dem Ausdruck „Strategische Rohstoffe“ sind hier für die Herstellung und Benutzung militärischer Rüstungsgüter notwendige Ressourcen, unter anderem etwa Eisenerz, Kautschuk und Erdölprodukte gemeint (vgl. detailliert Maull 1987: 13-16).

gieunternehmen. Dieses wurde nach Ende des Krieges aufgelöst (vgl. Yergin 1991: 176 ff.; Turner 1983: 25 - 29). Strategische Sicherheitsinteressen sowie auch innenpolitische Spannungen sind somit ein zentraler Faktor bei der Ausarbeitung von *policies* im Energiebereich.

Diese finden sich auch in der Zwischenkriegsphase: Zwar war der Energiesektor von einer Rückkehr zu offenen Energiemärkten geprägt; die Zerschlagung von *Standard Oil* begann sich in zunehmender nationaler wie internationaler Konkurrenz und Preiskämpfen bemerkbar zu machen. Ähnlich wie während des ersten Ölbooms in Pennsylvania war zunächst kein Unternehmen zu einer Monopolstellung fähig. Entsprechend drängten insbesondere in den USA wieder *Independents* auf den Markt, die schnell ein Überangebot und Preisverfall auf den internationalen Märkten für Öl und Raffinerieprodukte verursachten. Zwar profitierten die Verbraucher von fallenden Preisen, die Energieindustrie war jedoch zunehmend gezwungen, ihre Produkte mit Verlusten zu verkaufen. In der Folge stieg der innenpolitische Druck auf Washington, in den Markt direkt einzugreifen. Eine international-intergouvernementale Regulation des Ölmarktes wurde nicht erwogen, nationale Programme zur Produktionsbeschränkung stießen in den USA zunächst auf massive Bedenken in Regierungskreisen und bei den kleineren Produzenten. Da die Etablierung eines einzelnen, vertikal integrierten Quasimonopolisten in Form von Rockefellers *Standard Oil* somit zunächst weder politisch durchsetzbar noch für eine der größeren Firmen finanziell machbar war, formten die größten Unternehmen ein informelles, internationales Produzentenkartell, die sogenannten *Seven Sisters*⁸. Ein 1928 bei *Achnacarry* in Schottland geschlossenes Abkommen teilte die Ölvorkommen der Welt mit festen Produktionsanteilen zwischen den großen Energieunternehmen auf. Richtwert waren dabei ihre aktuellen Absätze auf den Märkten – daher wird die Übereinkunft auch „*As is*“-Abkommen genannt – und der den jeweiligen Firmen dadurch zustehende Anteil am Weltölhandel (vgl. Hohensee 1996: 15 ff.; Sampson 1976: 82ff. ; Turner 1983: 30f.).

Hinter dieser auf den ersten Blick unlogischen Übereinkunft – warum sollten sich konkurrierende Firmen gegenseitig Marktanteile und Gewinne zugestehen? – stehen folgende ökonomische Zusammenhänge: Während die Angebotsseite von Energiemärkten von den Strukturmerkmalen *Oligopol* und *vertikaler Integration* geprägt ist, ist die Nachfrageseite vergleichsweise statisch. Einfach ausgedrückt: Der Preis eines Energieträgers reguliert nicht so elastisch die Nachfrage, wie es auf anderen Märkten funktioniert. Eine Senkung des Energiepreises um 10% erhöht also nicht die Nachfrage um 10%, ebenso wenig wie eine Steigerung des Preises um 10% die Nachfrage um 10% drückt (vgl. Bade/Parkin 2007: 114-134). Diese *Nachfrageinelastizität* hatte in der Zwischenkriegszeit bis zum *Achnacarry*-Abkommen zur Folge, dass um eine kaum variierende Nachfrage an Energieträgern eine steigende Anzahl von kleinen, mittleren und großen Unternehmen konkurrierten. Diese insbesondere in den USA politisch zunächst gewollte Zersplitterung der Angebotsseite führte daraufhin zu den für die Produzenten ruinösen Verdrängungswettbewerben, bei denen der Marktpreis für längere Zeit unter den Produktionskosten lag. Entsprechend ar-

⁸ Die *Seven Sisters* waren Standard Oil of New Jersey (heute: Exxon-Mobil), Texaco (heute: Chevron-Texaco), Mobil (heute: Exxon Mobil), Standard Oil of California (heute: Chevron-Texaco), Royal Dutch Shell und British Petroleum.

gumentierten die Vertreter der Energieindustrie, dass eine informelle Regulation der Angebotsseite zur Stabilisierung der Preise und der gesamten Branche nötig sei. Die wirtschaftlich in der *Great Depression* stehenden USA tolerierten zunächst ein nationales, informelles Produktionskartell zur Stabilisierung dieses volkswirtschaftlich bedeutenden Industriezweigs (vgl. Yergin 1991: 258 ff.), welches später in *Achnacarry* auf internationaler Ebene zwischen den großen Energieunternehmen kopiert wurde. Die *Seven Sisters* kopierten somit mit dem „*As is*“ – Abkommen funktional die vorher von *Standard Oil* eingenommene Rolle der Markt- und Preisstabilisierung durch die vertikale Integration auf der Angebotsseite.

Diese informelle Partnerschaft zwischen Energieindustrie und Staat wandelte sich während des Zweiten Weltkriegs wiederum in eine dirigistische Form. In allen kriegsteilnehmenden Ländern geriet die Energieindustrie als zentraler Teil der Kriegswirtschaft unter die direkte Kontrolle des Staates. Rationierung, Auktarkiebestrebungen und Quasiverstaatlichung von Produktionsanlagen waren insbesondere in Deutschland und Japan schon seit den 1930er Jahren beobachtbar. Daraus folgte eine Konzentration auf Energieträger, die im eigenen Souveränitäts- und Einflussbereich lagen. Diesem Zusammenbruch der internationalen Märkte und Handelsstrukturen folgten im Kriegsverlauf Teilfeldzüge zur physischen Sicherung von Energieträgern als strategischem Rohstoff (vgl. Yergin 1991: 303-370 ; Turner 1983: 38 - 43); die USA sicherten sich den Zugriff auf saudi-arabisches Öl mit Hilfe der *Petroleum Reserves Corporation*, einem politisch durch das *State Department* flankierten *joint venture* mehrerer US-Ölfirmen (vgl. Keohane 1982: 170ff.).

3. Fazit: Energiepolitik zwischen Staat, Markt und Unternehmen bis 1945

Somit kristallisieren sich bereits aus diesem knappen Überblick über Energiemärkte und Energieindustrie bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs folgende Merkmale heraus: *Erstens* folgen aus Investitionen in *specific assets* vertikal integrierte Unternehmen. Daraus und aus der global gestreuten physischen Verteilung von Energieträgern folgten internationale, oligopolistische Märkte. Diesen Strukturmerkmalen der Angebotsseite stand auf der Nachfrageseite eine *Nachfrageinelastizität* gegenüber, der auf anderen Märkten funktionierende Preismechanismus griff daher nur schwach. Daraus folgte eine Stabilisierung der Märkte nicht über den Preis, sondern über das Angebot – die einzelnen Firmen erreichten dies durch vertikale Integration, die Oligopole tendierten stark zu strategischen Absprachen und Kartellbildung.

Daraus folgten *zweitens* für die mit diesen Unternehmen und Marktstrukturen interagierende Energiepolitik bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs folgende Zielkonflikte: Energiemärkte und Unternehmen bewegten sich zwischen den widersprüchlichen politischen Zielvorgaben von *Versorgungssicherheit* und *Wirtschaftlichkeit*. Die Oligopole und ihre strategischen Preisabsprachen verhinderten ein effizientes Marktgleichgewicht und verteuerten damit Energie für die verarbeitende Industrie und die Haushalte. Die hohen Gewinne der Energieunternehmen erlaubten diesen im Gegenzug kostspielige und langfristige Investitionen in Infrastruktur und Technologien sowie die Inkaufnahme großer Risiken bei der Exploration von Ressourcen. Dies verlagerte das finanzielle Risiko bei internationalen politischen Krisen vom Staatshaushalt zumindest teilweise zu den Unternehmen, die durch ihr Kapital und ihre Marktkenntnisse die

Versorgung der Verbraucherstaaten sicherten und den Zusammenbruch von energieintensiven Volkswirtschaften bei internationalen Krisen verhindern helfen konnten – die Belieferung Englands im Zweiten Weltkrieg wurde zwar durch die *US-Navy* abgesichert, die Koordination der Tankerflotten und der Förderung verblieb aber bei den Energieunternehmen. Es etablierte sich somit ein Akteursdualismus von Staat und Unternehmen in diesem Politikfeld. Dieses in den jeweiligen *policies* festgeschriebene Verhältnis von Energieunternehmen und staatlichen Institutionen variierte zwischen marktorientierter Liberalisierung, massiver Behinderung von unternehmerischen Tätigkeiten bis hin zur Enteignung sowie teilweise direkter politischer und finanzieller Flankierung einzelner Marktteilnehmer. Ebenso hatten auch innenpolitische Konstellationen und Interessenvertretungen teilweise massiven Einfluss auf die Energiepolitik – zu nennen sind hier etwa die *Independents* in den USA. Die Ausratung zwischen den Zielen *Wirtschaftlichkeit* und *Versorgungssicherheit* in den *policies* scheint also von innenpolitischen wie außenpolitischen Faktoren abhängig zu sein. Insgesamt erscheint damit Energiepolitik als zwischen den *international* und *domestic structures* liegende *intermestic policy*.

Zusammengefasst scheint sich zudem für den Zeitraum bis 1945 abzuzeichnen, dass sich in den beispielhaft angeführten Verbraucherstaaten eine liberale, auf den Markt als Allokationsmechanismus setzende Politik nur in Zeiten einer insgesamt marktorientiert-freihändlerischen Weltwirtschaftsordnung durchsetzen konnte. Der sich andeutende Kollaps von verknüpften internationalen Sicherheits- und Wirtschaftssystemen vor 1914 und zwischen 1929-39 führte stets zu einer engen Flankierung von privaten Energieunternehmen aufgrund geopolitischer Interessen bis hin zum Dirigismus. Daher scheinen sowohl die oligopolistischen Energiemärkte als auch der Zustand der Internationalen Beziehungen als beschränkende Strukturen für die staatlichen wie privaten Akteure zu fungieren.

II. Die Nachkriegsordnung bis 1990: Energiepolitik im Kalten Krieg

1. Die Fünfziger Jahre: Englands „Imperial Retreat“ und der arabische Nationalismus

Der Rückzug Englands aus seiner imperialen Rolle ging einher mit der Unfähigkeit Londons, *Anglo-Persian* im Nahen und Mittleren Osten weiterhin politisch so stark zu flankieren wie bisher. Die Rolle des externen Hegemons wurde von den USA unter den Präsidenten Truman und Eisenhower zur Eindämmung eines möglichen sowjetischen Einflusses schnell neu besetzt (vgl. Brown 1984: 138 ff., Slugget 2005; Levy/Conant 1982: 58ff.). Washingtons Politik zur Eindämmung des sowjetischen Einflusses im Nahen und Mittleren Osten verschob nicht nur ein wesentliches Strukturmerkmal der Internationalen Beziehungen in der Region, sondern gleichzeitig auch das Gewicht der dort tätigen Energieunternehmen: Das *State Department* unterstützte die Bemühungen des *US-joint ventures Aramco*, größere Anteile an der Produktion des Mittleren Ostens durch Konzessionen in Saudi-Arabien zu erwerben. *Aramcos* Anteil an Produktion und Gewinn erhöhte sich durch die politische Flankierung durch die US-Diplomatie in Saudi-Arabien und machte damit auch die Produktionsabsprachen des *Achnacarry*-Abkommens hinfällig (vgl. Turner 1983: 43f.). Jedoch waren dabei nicht nur die geopolitischen Verschiebungen im Nahen und Mittleren Osten und die *containment*-Ziele der *Truman*-Doktrin ausschlaggebend, sondern auch die sich

weltweit abzeichnende massive Verschiebung des internationalen Energiemarktes vom Energieträger Kohle hin zum Öl (vgl. Issawi 1971: 1-9). Die Strukturprobleme von Europas Kohleindustrie - auch bei den Alliierten England und Frankreich - und Japans Energiesektor bezüglich Förderkapazität und verfügbaren Arbeitskräften waren so groß, dass zur Abwendung einer massiven Energiekrise während der Wiederaufbauphase zunehmend auf Erdöl als Energieträger gesetzt werden musste (vgl. Levy/Conant 1982: 88-96). Eng damit verknüpft war auch die Frage der nationalen Zahlungsbilanz: Da Erdöl für Europa und Japan hauptsächlich von *Aramco* aus Saudi-Arabien geliefert wurde, musste für die Ressource in Dollar gezahlt werden. Der direkt nach dem Friedensschluss auch durch die vorherigen Kartellabsprachen hohe Ölpreis belastete die Zahlungsbilanz der wirtschaftlich geschwächten Länder und zehrte damit auch die von den USA in Dollar geleistete Wiederaufbauhilfe des Marshallplans schnell auf (vgl. Yergin 1991: 409ff.). Zusammengenommen höhlten also Marktkräfte wie die schnell gestiegene Nachfrage nach billigen Energieträgern aus Europa, Zahlungsbilanzprobleme und die strategischen und wirtschaftlichen Ziele der USA insbesondere in Europa die Fundamente des *Achnacarry*-Abkommens (*Nachfrageinelastizität*, politische Duldung von internationalen Kartellabsprachen) aus.

Von diesem erneuten Liberalisierungsschub zur Stärkung des Marktes als Allokationsmechanismus und den schnell sinkenden Preisen profitierten zunächst sowohl die europäischen Verbraucherländer als auch *Aramco*, die durch die exklusive Ausbeutung der qualitativ hochwertigen und billig zu fördernden saudi-arabischen Erdölfelder ihren Profit schnell über die Grenzen des *Achnacarry*-Abkommens ausdehnen konnte. In der Folge stieg der Anteil des aus dem Nahen und Mittleren Osten importierten Erdöls zur Deckung des europäischen Energiebedarfs stark an, der Preis für Erdöl und Raffinerieprodukte fiel (vgl. Issawi 1972).

Somit hatten außenpolitische und wirtschaftliche Zielvorgaben sowie Marktkräfte - die steigende Nachfrage nach Energieträgern im Allgemeinen und nach billigen Ölprodukten insbesondere in Europa – eine gemeinsame Wirkung: Sie ordneten das Verhältnis zwischen Staat, Markt und Unternehmen wiederum zu Gunsten eines offenen Marktes und der Energieverbraucher neu. Damit änderten sich in der Folge auch die Internationalen Beziehungen zu den Förderregionen. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs fällt hierbei die kaum ins Gewicht fallende Rolle der Exportländer ins Auge: Insbesondere die Verträge von *Anglo-Persian* wiesen einen stark die kolonialen Verhältnisse des *Empire* reflektierenden Charakter bei der Verteilung der Gewinne zwischen den Unternehmen und den kaum beteiligten Exportländern auf (vgl. Hohensee 1996: 17). Mit dem Zusammenbruch der britischen Kolonialordnung gewannen die arabischen Energieexporteure mehr politische Handlungsfreiheiten, die sie zunehmend auch zur Klärung internationaler Wirtschafts- und Handelsfragen wie dem Erdölhandel einsetzten. Entscheidender Impulsgeber und Vorbild für die zunehmend einen höheren Anteil an den Profiten der Industrie einfordernden Energieexporteure war dabei Venezuela. Unter Präsident Betancourt fielen seit 1950 die Gewinne aus der venezuelanischen Erdölförderung zur Hälfte der Regierung zu. Dadurch steigerte sich zwar kurzfristig der Umfang des Staatshaushaltes, mittelfristig musste diese Neuregelung allerdings auch von den anderen Produzenten übernommen werden: Trotz des gestiegenen Anteils an den Gewinnen der Ener-

gieindustrie konkurrierte das teurere Rohöl aus Venezuela mit den billiger zu fördernden Vorkommen des persischen Golfes auf einem durch die Auflösung der Produktionsabsprachen von 1928 wieder offenen Weltmarkt. Da sich die Nachfrage gegen Ende der 1940er Jahre kurzzeitig abschwächte, schien ein Abfallen der Produktion des aufwändiger zu fördernden und aufgrund der 50:50-Regelung für die Unternehmen weniger profitablen Erdöls aus Venezuela bevorzugen; Betancourts Haushalt drohte damit ein Einnahmeausfall. Um dem Markt zuvorzukommen, unterbreiteten Delegationen aus Caracas die neue Profitverteilung den Exporteuren im Nahen und Mittleren Osten. Dort wurde die Regelung schnell kopiert und etablierte sich bis Mitte der 1950er Jahre auch in dieser Region (vgl. Yergin 1991: 443-449; Grätius 2007: 200 ff.). Folglich nutzte Betancourt geschickt die neue Lage der Internationalen Beziehungen (Dekolonialisierung und *imperial retreat*) aus, um die eigene, potentiell nachteilige ökonomische Position in einem für die Verbraucher günstigen Markt zu stabilisieren.

Dieser Verschiebung von Gewinnen folgte allerdings nicht deren Umwandlung in einer überlegenen außenpolitischen Machtposition der Produzenten gegenüber den Verbraucherstaaten oder dem externen Hegemon USA. Die Nationalisierung der iranischen Erdölindustrie durch Premierminister Mossadegh 1952 wurde von der CIA und dem britischen MI-6 in der *Operation Ajax* verhindert; Mossadegh wurde gestürzt und der prowestliche Schah Pahlavi installiert. Zwar blieben die iranischen Vorkommen offiziell nationalisiert, die Ausbeutung übernahm aber unter Druck des *State Departments* ein Konsortium aus amerikanischen, englischen und französischen Firmen. Auch wenn sich damit ein höherer Anteil der Exportländer an den Gewinnen des Energiesektors durchgesetzt hatte, verblieb die Kontrolle über die tatsächliche Produktion durch den politischen Druck der USA auf den neuen Verbündeten in Teheran bei den Ölfirmen (vgl. Luciani 2005: 83-85; Turner 1983: 44 - 47). Ähnliche, aggressive außenpolitische Manöver der Exporteure scheiterten auch in Ägypten: Präsident Nasser nationalisierte im August 1956 den für den Öltransport zentralen Suez-Kanal und blockierte ihn für israelische Schiffe. Die militärische Intervention Frankreichs, Englands und Israels Ende Oktober schien zwar zunächst erfolgreich zu verlaufen, musste jedoch unter Druck Eisenhowers und Chruschtschows beendet werden (vgl. Yergin 1991: 479-498). Auf den internationalen Energiemärkten machte sich diese politische Krise kaum bemerkbar – lediglich die Frachtkosten erhöhten sich kurzzeitig durch die längere Transportroute der Tanker um das Horn von Afrika massiv. Dies änderte die politische Risikokalkulation der Energieindustrie: Die Möglichkeit, von den europäischen Energiemärkten durch Aktionen anticolonial-nationalistischer Politiker temporär abgeschnitten zu sein und damit Profite einzubüßen, erschien insbesondere im Licht der durch die Supermächte beendeten Suez-Intervention der alten Kolonialmächte erheblich größer. Folge war die Abkehr von Pipelineplänen im Mittleren Osten und der Ausbau der Hochseetankerflotte bezüglich Anzahl und Kapazität. Diese Verschiebung des Erdölhandels auf die Weltmeere machte zumindest einen Teil der Produktionskette, den Transport (*midstream*), unempfindlicher gegenüber politischen Krisen (vgl. Levy/Conant 1982: 113f. ; Yergin 1991: 496f.).

Knapp zusammengefasst prägte also weiterhin die dominante Rolle der vertikal integrierten Unternehmen in der Produktion, Verarbeitung und Vermarktung

tung die Fünfziger Jahre. Ihre Finanzstärke und neue Technologien („Supertanker“) erlaubten es ihnen, regionale Krisen in den Exportländern soweit für die Verbraucher zu entschärfen, dass sie sich kaum auf die Energiemärkte auswirkten. Diese konnten sich daher in ihren *policies* auf den Wiederaufbau ihrer Energieindustrie konzentrieren (vgl. Jörnmark 1993: 94ff). Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass diese starke Position auf dem Markt sich sowohl auf die vertikale Integration der internationalen Firmen wie auch der für sie immer noch günstigen Lage der Internationalen Beziehungen des Nahen und Mittleren Osten stützte: Trotz Eisenhowers Abneigung gegenüber Paris und Londons kolonialistischen Reflexen während der Suezkrise flankierten die USA die in der Region tätigen amerikanischen *joint ventures* wie *Aramco*; gleichzeitig blieb die außenpolitische Position der Exporteure schwach (Turner 1983: 49f.). Pointiert ausgedrückt: Die von den Energiemärkten und den Internationalen Beziehungen der Fünfziger Jahre vorgegebenen Rahmenbedingungen erlaubten es den Energieunternehmen, ihre dominante Stellung zu halten.

2. Die Sechziger Jahre: Abstieg der internationalen Erdölindustrie, Aufstieg der OPEC

Die oben umrissene Dominanz der *Seven Sisters* in allen Teilen der internationalen Produktionskette für Erdölprodukte löste sich Anfang der sechziger Jahre auf. Zwar scheiterte Nassers Blockade 1956, zeigte allerdings aber auch im Gegenzug nationalistisch-panarabisch orientierten Politikern der Region die theoretische Möglichkeit eines strategischen Einsatzes ihrer Energieressourcen als außenpolitisches Druckmittel auf. Denn durch den qualitativen und quantitativen Ausbau der Tankerflotte lag zwar der *midstream*-Sektor zunehmend außerhalb des Zugriffs der Exporteure, nicht jedoch die eigentliche Förderung (*upstream*). Als Forum der Exporteure etablierte sich 1960 die *Organization of Petrol Exporting Countries* (OPEC) in Bagdad.⁹

Anreiz für die Etablierung dieser Organisation waren jedoch zunächst nicht politische Ziele wie die Entwicklung einer konzertiert einzusetzenden Energiewaffe gegen die vormaligen Kolonialherren, sondern vielmehr der sich Ende der Fünfziger Jahre wiederum noch stärker zu Gunsten der Verbraucher entwickelnde Ölmarkt: Die Sowjetunion konsolidierte ihre im Zweiten Weltkrieg zwischenzeitlich stark eingebrochene Förderung und begann diese gegen Ende der 50er Jahre zunehmend in den Westen zu exportieren (vgl. Goldman 1973: 93f.; Gumpel 1971; Turner 1983: 53). Eine Absprache mit den arabischen Exporteuren gab es nicht - Moskau hatte im Nahen und Mittleren Osten trotz umfangreicher diplomatischer Bemühungen weniger Einfluss und Verbündete als die USA (vgl. Smart 1974: 10-16; Krause 1983: 485f.; Slugget 2005: 50-53). Die Aussicht auf Gewinne in westlicher Währung aus dem Energiehandel erschien daher verlockender als eine Politisierung der Lieferbeziehungen.

Folge war wiederum ein starkes Überangebot auf den internationalen Märkten für Ölprodukte und rapide sinkende Preise. Daraus resultierten sinkende Profite für die internationalen Energieunternehmen, zunächst jedoch nicht für

⁹ Gründungsmitglieder der OPEC waren Iran, Irak, Kuwait, Saudi-Arabien und Venezuela. Weitere Mitglieder der OPEC (mit Beitrittsdatum) sind Katar (1961), Indonesien (1962), Libyen (1962), Vereinigten Arabische Emirate (1967), Algerien (1969), Nigeria (1971), Ecuador (1973), Angola (2007).

die arabischen Förderländer: Obwohl der Preis auf den Weltmärkten sank, blieb der für die Berechnung des Anteils der Förderländer maßgebliche *posted price*¹⁰ zunächst konstant. Da die Produktion trotz der sich mittlerweile als internationaler Standard etablierten 50:50-Klausel immer noch in den Händen der westlichen Unternehmen lag, zahlten die Unternehmen den festgesetzten Betrag an die Exporteure, bemühten sich dann allerdings um einen hohen Produktionsoutput, um bei sinkenden Stückpreisen ihren Marktanteil und ihre Einnahmen annähernd konstant zu halten. Aus dem dadurch steigenden Angebot folgte wiederum ein noch geringerer Preis, der wiederum eine Produktionserhöhung erzwang (vgl. Yergin 1991: 499 ff.).

Damit etablierte sich der bereits oben ausgeführte Marktmechanismus von Nachfrageinelastizität, Überproduktion und schnell sinkenden Preisen. Erneute Kartellabsprachen wie 1928 in *Achnacarry* waren aufgrund der durch politische Eingriffe und Konstellationen wiederum zersplitterten Struktur der Angebotsseite kaum möglich: *Erstens* waren die planwirtschaftlich organisierte russische Energieindustrie und die marktwirtschaftlich denkenden, westlichen *Seven Sisters* sowohl auf ökonomischer und auch politischer Ebene in ihren Positionen so verschieden, dass hier eine Absprache unmöglich war (vgl. Sampson 1976: 152f.). *Zweitens* war auch die dirigistische Politik einzelner Verbraucher ein wichtiger Faktor: So engagierten sich staatliche französische Erdölunternehmen stark in der Erdölexploration in Nordafrika. Insbesondere Präsident de Gaulle forcierte die Explorationsstätigkeit des Staatsunternehmens Elf in Algerien, um damit Paris nach der Demütigung durch Eisenhower in der Suezkrise von den Ölquellen aus dem amerikanischen Einflussbereich und dem in Dollar abgewickelten Geschäften der amerikanischen *majors* unabhängiger zu machen (vgl. Turner 1983: 56-58; Lieber 1982: 337). Auch die explizit von Rom tolerierten Aufkäufe billigen sowjetischen Rohöls durch den staatlichen italienischen Energiekonzern ENI, der damit seine Marktanteile erhöhen wollte, fallen in diese Kategorie (vgl. Goldman 1977: 93f.). *Drittens* schlossen auch die USA in Anbetracht der fallenden Preise und des innenpolitischen Drucks der weniger konkurrenzfähigen heimischen Erdölindustrie teilweise den Zugang zum nordamerikanischen Markt durch Importquoten, die internationale Nachfrage verringerte sich entsprechend (vgl. Chick 2007: 9f.). *Viertens* förderte die libysche Regierung durch ihre Konzessionsvergabe die weitere Zersplitterung der Angebotsseite: Die kleinen Explorationsparzellen zogen insbesondere *Independents* aus den USA an. Diese kleineren Unternehmen waren wiederum an einer schnellen Ausbeutung ihrer wenigen Quellen zur Amortisierung ihrer Investitionen interessiert (vgl. Levy 1982: 116f.; Yergin 1991: 528f.).

Damit hatten mehrere aus vollkommen unterschiedlichen Zielvorstellungen abgeleitete Energiepolitiken von Export- und Importstaaten und das Handeln von Energieunternehmen auf dem internationalen Ölmarkt einen kumulativen Effekt: Zusammen führten sie zur weiteren Auflösung der oligopolistischen

¹⁰ Mit *posted price* ist hier der in einem Abkommen zwischen der Exportnation und dem die tatsächliche Förderung durchführenden Unternehmen festgesetzte Preis für ein Barrel Rohöl gemeint. Auf Basis dieses vertraglich langfristig fixierten Preises zahlt das Unternehmen dann den Anteil *royalties* an die Exportnation entsprechend der tatsächlich geförderten Menge. Der von den Unternehmen auf dem Weltmarkt erzielte Preis kann von dem *posted price* teilweise massiv abweichen – insbesondere wenn wie oben beschrieben sich die Situation auf den Märkten verändert.

Strukturen der Angebotsseite hin zu einem hochgradig kompetitiven Erdölmarkt, der frappierend an die Marktlage der 1920er Jahre erinnert. In der Folge stieg das Angebot wesentlich schneller als die Nachfrage auf den Weltmärkten. Marktpreis und *posted price* begannen sich immer weiter voneinander zu entfernen – bis sich die Energieunternehmen entschieden, den gestiegenen Konkurrenzdruck auf dem internationalen Markt an die Exporteure weiterzugeben, den *posted price* ohne Konsultation mit den Förderländern reduzierten und damit diese durch eine Beschneidung ihres Staatshaushalts ökonomisch wie politisch unter Druck setzten. Die OPEC sollte daher die Verhandlungsposition der Exportstaaten gegenüber den Unternehmen bündeln und ein weiteres Absinken des Anteils an den Gewinnen aus dem Erdölgeschäft verhindern (vgl. Sampson 1976: 160f.).

Entsprechend war die Gründung der OPEC also zunächst eine Maßnahme zur Abmilderung des von den Energieunternehmen weitergereichten Marktdrucks auf die Exportländer. Da die *Seven Sisters* wie oben ausgeführt zu Kartellabsprachen innerhalb der zersplitterten Angebotsseite nicht in der Lage waren, begannen jetzt die in der OPEC organisierten Exportländer zunehmend die Rolle eines stabilisierenden Elements wahrzunehmen – wenn auch zunächst nicht in der Produktion, sondern nur bezüglich ihres Anteils am Gewinn.¹¹ Durch das gemeinsame Aushandeln eines höheren *posted price* gegenüber den Unternehmen stieg der Anteil der Exporteure an den Profiten des internationalen Energiehandels massiv an. Der immer noch von einem Überangebot gekennzeichnete internationale Ölmarkt erlaubte jedoch weiterhin nur niedrige Preise für Erdölprodukte – die auf den Ölfeldern von OPEC-Mitgliedern tätigen *Seven Sisters* konnten die Steigerung des *posted price* also nicht an die Verbraucher weitergeben (vgl. Hohensee 1996: 37-44).

Dieser Verhandlungserfolg gegenüber den westlichen Energieunternehmen und der Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 bildeten die Basis für eine erste Politisierung der Energielieferungen: Die arabischen Mitglieder der OPEC beschlossenen einen Lieferstopp gegenüber pro-israelischen Verbrauchern, insbesondere England und die USA sollten getroffen werden. Dieser Boykott scheiterte jedoch sowohl aus politischen wie ökonomischen Gründen: *Erstens* waren sich die OPEC-Staaten politisch uneinig, welche Länder wie lange boykottiert werden sollten, manche Mitglieder wie Venezuela und Iran teilten die arabische Position im Nahostkonflikt nicht und beteiligten sich nicht an einem Lieferboykott. *Zweitens* wurden die Exporteure dank des Überangebots auf dem internationalen Ölmarkt durch Boykotte und die daraus resultierenden Einnahmeausfälle ökonomisch härter getroffen als die Verbraucher, die lediglich mit kleineren Preissteigerungen rechnen mussten (vgl. Hohensee 1996: 28ff). Somit ließen sowohl der Zustand der Internationalen Beziehungen wie auch die für die Verbraucher günstige Marktsituation die Wirkung des Embargos von 1967 verpuffen, die Exporteure beendeten es im September. Zwar reagierten die arabischen Exporteure auf den für ihr Scheitern verantwortlichen politischen Faktor – die Uneinigkeit der Exporteure innerhalb der OPEC – mit Gründung der OAPEC (Orga-

¹¹ Artikel 2, Punkt B des OPEC-Statuts unterstreicht dies: "The Organization shall devise ways and means of ensuring the *stabilization of prices in international oil markets* with a view to eliminating harmful and unnecessary fluctuations" (OPEC 2006 [1960]: 7, Hervorhebung durch den Autor).

nationalisation of Arab Petrol Exporting Countries) 1968. Dieser auch in der Gründungserklärung¹² deutlich ablesbare Versuch, politische Kohäsion auf der Ebene der Internationalen Beziehungen zwischen den arabischen Exportnationen herzustellen, blieb jedoch in Anbetracht der immer noch für die Exporteure ungünstigen Marktsituation zunächst folgenlos.

Eine Neuausrichtung der *policies* der Verbraucherstaaten als Reaktion auf das Embargo erschien damit in Anbetracht der schwachen politischen wie ökonomischen Position der Exporteure nicht nötig: In Westdeutschland stieg der Anteil des importierten Erdöls bei der Energieerzeugung im Laufe der Sechziger Jahre auf über 50% an; der schrumpfende Marktanteil der heimischen Steinkohle sollte durch massive Subventionen und Umstrukturierungen des Bergbausektors gestützt werden (vgl. Dungen 1993: 42f.). Dabei fand eine Schrumpfung der Förderkapazitäten bei staatlicher Absicherung der Industrie durch Importzölle auf billige US-Kohle und sozialer Absicherung der arbeitslosen Bergarbeiter durch Druck der Gewerkschaften statt. Höhepunkt war die Gründung der Ruhrkohle AG 1968, in der der Abbau der Überkapazitäten des Steinkohlebergbaus durch Subventionen und Absatzgarantien sozial abgemildert werden sollte (vgl. Kroker 1993: 85-88).

Diese auf staatliche Maßnahmen zur Abfederung der Wirkung von Marktkräften auf die eigene Energieindustrie setzende *policy* wurde von anderen westeuropäischen Staaten zunächst geteilt. Dort sank der Anteil der Kohle an der Energieerzeugung durch das billige Erdöl ebenfalls sehr stark. In der Folge setzte Englands Labourregierung über das *National Coal Board* ähnlich wie die Bundesrepublik auf Abnahmegarantien und Subventionen der nationalisierten britischen Kohleindustrie (vgl. Jörnmark 1993: 128ff; Chick 2007: 10 ff. ; Helm 2008: 14 - 43). Paris hingegen setzte seit de Gaulle nicht auf Importquoten, sondern auf eine insgesamt stark dirigistische, an Unabhängigkeit von den amerikanischen Erdölfirmen ausgerichtete Energiepolitik bei der Erdölexploration durch die staatliche *Compagnie France de Petroles* (CFP) in Algerien; die französische Kohleindustrie wurde explizit nicht geschützt und schrumpfte in den sechziger Jahren entsprechend stark. Des weiteren verhinderte die gaullistische Außen- und Interessenpolitik mit ihrem starken Führungsanspruch auch die Etablierung einer gemeinsamen Energiepolitik der EGKS in den fünfziger Jahren; entsprechend verblieb die Ausarbeitung von *policies* hierzu zunächst größtenteils bei den Nationalstaaten (vgl. detailliert Chick 2007: 34-57; Jörnmark 1993: 125ff.). Das japanische Wirtschaftsministerium konzentrierte sich in Anbetracht der geringen Energiepreise auf die Entwicklung neuer, energieintensiver Industriezweige (Stahl, Chemiesektor) (vgl. Watanuki 1982: 173ff.).

Somit variierten die Motivationen hinter den auf den Markt reagierenden *policies* stark (strategisches Sicherheitsdenken in Frankreich, sozialpolitische Stützung der Bergbauregionen in England und Westdeutschland, wirtschaftliche

¹² „The provisions of this agreement shall not be deemed to affect those of the agreement [of OPEC] and especially in so far as the rights and obligations of OPEC members in respect of that organization“ (OAPEC 1968, zitiert nach Hohensee 1996: 35). Gerade aus diesem Statement geht klar hervor, dass sich die OAPEC keinesfalls als Konkurrenzorganisation zur OPEC, sondern vielmehr als arabische Interessengruppierung verstand – der Energieexport wurde von den Mitgliedern also als Instrument, nicht als zentraler Gegenstand der Kooperation angesehen, dies fand weiterhin in der OPEC statt.

Entwicklung in Japan), jedoch teilten sie gleichzeitig einen Aspekt: Alle *policies* tolerierten massive Nachfragesteigerungen – angesichts des Überangebots auf den internationalen Energiemärkten für die beiden dominanten Energieträger Kohle und Erdöl erschien jede Einschränkung der Nachfrage durch Anreize zum Energiesparen oder ähnlichem nicht nötig (vgl. Yergin 1982b: 5ff.). Entsprechend stieg bis zur ersten Ölpreiskrise 1973 der Anteil des Nahen und Mittleren Ostens bei der Belieferung der westlichen Staaten Europas und der USA stark an.¹³

Zusammengefasst sind somit die Sechziger Jahre als durch ein Überangebot auf den internationalen Energiemärkten geprägtes Jahrzehnt zu charakterisieren – einzelne politische Entscheidungen von Verbrauchern wie Frankreich und England sowie der Auftritt neuer, um Marktanteile bemühter Exporteure wie der Sowjetunion reetablierten den charakteristischen Marktmechanismus von Überangebot und Preisverfall, der auch nicht mehr von den *Seven Sisters* gebremst werden konnte. Deren beginnender Machtverlust ist also nicht direkt auf die OPEC oder die Verbraucher, sondern vielmehr auf die nicht mehr durch vertikale Integration der Unternehmen einzudämmende Angebotssteigerung zurückzuführen. Auch die OPEC war zunächst nicht zur Stabilisierung des gesamten Ölmarktes in Form eines Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage in der Lage, sondern stoppte lediglich den Verfall der Einnahmen der Exporteure durch Stabilisierung des *posted price*. Diese für die Importeure der billigen Energieträger günstige Wirkung von Marktkräften hatte zur Folge, dass sich die westlichen Verbraucher in ihren *policies* größtenteils auf die Abfederung sozialer Härten bei der Strukturanpassung ihrer eigenen Energieindustrie konzentrierten oder diese durch Importquoten teilweise abschirmten. Diese Entfesselung der vorher durch Kartellabsprachen und vertikale Integration begrenzten Kräfte war allerdings wie oben umrissen das Resultat politischer Entscheidungen.

Mit Blick auf den Zielkonflikt der Energiepolitik (*Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Ökologie*) ist somit zunächst die Vernachlässigung der *Versorgungssicherheit* in den *policies* der Verbraucher der sechziger Jahre hervorstechend – Ausnahme ist hier die auf Algerien fixierte, bilaterale gaullistische Energiesicherungspolitik. Von einer rein an *Wirtschaftlichkeit* ausgerichteten Energiepolitik kann allerdings in Anbetracht der für die nordamerikanischen Verbraucher ungünstigen US-Importquoten und der teuren Kohlesubvention in England und Westdeutschland auch nicht gesprochen werden. Vielmehr scheint das in der Literatur verbreitete Zieldreieck der Energiepolitik sich schon in den sechziger Jahren in ein Viereck verwandelt zu haben: Da die Lage auf den Märkten für bestimmte Energieträger von elementarer Bedeutung für die Arbeitnehmer sowohl in der oft regional konzentrierten Energieindustrie (Texas, Pennsylvania, Ruhrgebiet etc.) ebenso wie für die privaten wie industriellen Endverbraucher sind (vgl. Yergin 1982a: 116), muss das Ziel einer preisgünstigen Energieversorgung auch mit dem Risiko des wirtschaftlichen Abstiegs von

¹³ Für Westeuropa unterstreichen dies folgende Zahlen: 1956 kamen 13,4 % aller Ölimporte aus dem Nahen Osten, 1967 stieg dies auf 36%, 1973 45%. In den USA verlief die Entwicklung ähnlich (1956: 1,3%; 1967: 0,6 % [Diese Abnahme lässt sich mit den Importquoten zum Schutz der heimischen Industrie erklären.], 1973: 5,0%). Japan importierte 1956 12,8 %, 1967 33,4 % und 1973 33 % seines Erdöls aus dem Nahen Osten (Mauil 1980b:5).

industrieller Monokultur geprägten Gebieten wie den Kohlerevieren abgewogen werden. Daraus folgt, dass in den sechziger Jahren in der Energiepolitik hauptsächlich ein Zielkonflikt zwischen *Wirtschaftlichkeit* und *Sozialverträglichkeit* zu beobachten ist.

3. Die Ölpreiskrisen 1973 und 1979: Die politische Dekade der OPEC

3.1: Die erste Ölpreiskrise 1973: Das OPEC-Embargo

In den Siebziger Jahren verschob sich die Zielsetzung der OPEC: Während die Stabilisierung des *posted price* gegenüber den Energieunternehmen Leitmotiv der Sechziger war, gewannen die Exporteure nun immer mehr Einfluss auf die eigentliche Produktion. In einer Verstaatlichungswelle gewannen sie in den Abkommen von Teheran und Tripolis 1971 die direkte Kontrolle über fast 90% der weltweiten Erdölförderung (*upstream*) von den Unternehmen zu den Energieexporteuren (vgl. Hohensee 1996: 38ff.; Hansen 1973: 201 ff.; Turner 1983: 125 - 148).

In Anbetracht dieses „Souveränitätswechsels beim Öl“ (Burchard 1974: 447) drängt sich zunächst die Frage auf, wie die Exporteure diese Enteignungen gegenüber den Energieunternehmen ökonomisch durchhalten konnten - insbesondere da für den Handel mit Energieträgern nicht nur der *upstream*-Sektor, sondern auch Transport, Weiterverarbeitung und Vermarktungswege nötig sind. Denn durch Nationalisierungen kontrollierten die Exporteure somit nur den unflexibelsten Teil der Produktionskette, der Rest verblieb zunächst bei den vormals vertikal integrierten *majors*. Auf den ersten Blick erscheinen die Nationalisierungen von Förderkapazitäten also als ökonomisch hochriskant, da die Exporteure dadurch die oben herausgearbeiteten marktstabilisierenden Eigenschaften der vertikalen Integration endgültig zerschlugen, ein unflexibles *specific asset* erwarben und damit ihren Staatshaushalt noch mehr dem Mechanismus von Überangebot, Nachfrageinelastizität, Preisverfall und den damit verbundenen Risiken massiver Verluste aussetzen, wie sie die Erdölindustrie bereits mehrfach durchgemacht hat. Darüber hinaus ist es auch zunächst erstaunlich, warum ein Boykott von einzelnen Exporteuren durch die immer noch in der Produktionskette fest etablierten *majors* nicht versucht wurde – die großen Unternehmen waren anders als die Exporteure nicht an einzelne Förderregionen und deren Erträge gebunden, hätten also bei oberflächlicher Betrachtung die ersten Verstaatlichungen mit einem kollektiven Boykott beantworten und diesen auch länger finanziell verkraften können.

Die Gründe für den Erfolg der Nationalisierungen gegenüber den Energieunternehmen finden sich bei einem Blick in die Strukturen der Internationalen Beziehungen und des internationalen Marktes für Energieträger der Dekade: Der internationale Markt für Erdöl und Raffinerieprodukte hatte sich von einem Angebotsüberhang zu einer exorbitanten Nachfragesteigerung Anfang der siebziger Jahre entwickelt. Hierfür waren neben der rein angebotsorientierten Energiepolitik der Verbraucher in den Sechziger Jahren auch Verzögerungen bei aufwändigen und ökologisch bedenklichen Explorationsprojekten in Alaska verantwortlich (vgl. Yergin 1991: 568ff.). Gleichzeitig erreichte die Ölförderung in Texas ihren Höhepunkt und konnte die Nachfrage innerhalb der USA nicht mehr decken, die Preise für Erdölprodukte stiegen innerhalb des noch teilweise abgeschirmten nordamerikanischen Energieträgermarktes schnell an - die von Eisenhower eingeführten Importquoten zum Schutz der Industrie wurden damit

innenpolitisch nicht mehr haltbar und wurden aufgehoben (vgl. Dohner 1982: 59). Damit betraten Anfang der siebziger Jahre auch die Vereinigten Staaten den internationalen Energiemarkt als Verbraucher und erhöhten somit die schneller als das Angebot wachsende internationale Nachfrage (vgl. Akins 1973: 470f.). Dadurch machte sich gegenüber der aus der Phase bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs bekannten *Nachfrageinelastizität* jetzt ein ähnliches Problem auf der Angebotsseite bemerkbar: Neue Energieträger und Ressourcen mussten erst erschlossen werden, bevor sie den Markt beeinflussen konnten. Diese *Angebotsinelastizität* (vgl. Bade/Parkin 2007: 126ff.) wurde zudem durch das oben umrissene komplette Fehlen einer nachfragebeschränkenden Energiepolitik in den Verbraucherländern während der sechziger Jahre verschärft. Diese Situation erlaubte es den Exporteuren, ein bei anderer Marktlage potentiell schwächeres *specific asset* im unflexiblen *upstream*-Bereich der Produktionskette durch die Nationalisierungen in eine Machtposition umzuwandeln: Angesichts des angespannten internationalen Ölmarktes waren preistreibende Boykottmaßnahmen der *majors erstens* gegenüber den niedrigen Energiepreisen gewohnten Verbrauchern schwer vermittelbar und *zweitens* auch angesichts der seit den sechziger Jahren zersplitterten Unternehmenslandschaft kaum durchsetzbar gewesen - Boykotte wären schlichtweg von auf einen größeren Marktanteil und Profite hoffenden *Independents* oder möglicherweise auch von Staatsfirmen wie der französischen Elf oder Italiens ENI unterlaufen worden. Folglich findet sich auch in dem Vorfeld der ersten Ölpreiskrise wieder das kumulative Ineinandergreifen von politischen wie ökonomischen Konstellationen und Entscheidungen, die die Stellung von Akteuren wie den Unternehmen, Export- und Importstaaten verändert – im Gegensatz zu den Marktverschiebungen der fünfziger und sechziger Jahre wird diesmal allerdings die Position der Exporteure gestärkt. Zusammengenommen erlaubten also insbesondere die Strukturverschiebungen auf den Energiemärkten dieser Akteursgruppe, ihre Handlungsoptionen auf Kosten der Unternehmen und Importeure zu erweitern.

Der Einsatz der gerade erworbenen direkten Kontrolle der Produktion eines zentralen Rohstoffs zur Unterstützung einer außenpolitischen Agenda fand ähnlich wie Nassers gescheiterte Blockade 1956 und das kurzlebige Embargo von 1967 in dem Kontext internationaler Konflikte in der Region statt. Nachdem auch der Yom-Kippur-Krieg (6. Oktober – 24. Oktober 1973) mit einer Niederlage der arabischen Seite endete,¹⁴ erschien eine für die antiisraelisch eingestellten Staaten der Region erfolgreiche militärische Lösung des Nahostkonflikts unmöglich. Als verantwortlich hierfür sah man die materielle und politische Unterstützung Jerusalems durch die westlichen Staaten, insbesondere der USA, an. Um diese ökonomisch unter Druck zu setzen und zu Änderungen in ihrer als einseitig pro-israelisch perzipierten Nahostpolitik zu bewegen, beschlossen die OAPEC-Exportländer, ihre Energieträgerlieferungen als Druckmittel einzusetzen. Dazu wurden zunächst ab dem 17. Oktober die Gesamtproduktion um 25% gedrosselt, die Preise pro Barrell um 70% auf über fünf Dollar angehoben und anschließend ein Ölembargo gegen die USA und die Niederlande verhängt. Darüber hinaus wurden die Verbraucherstaaten in Gruppen von neutralen, feindlichen und freundlichen Nationen unterteilt: Nur pro-arabische Staaten soll-

¹⁴ Aus Platzgründen muss hier eine Darstellung des Jom-Kippur-Krieges unterbleiben (vgl. bspw. Hottinger 1974; Bell 1974).

ten von den internationalen Energieunternehmen bevorzugt beliefert, alle anderen sollten pro abgelaufenen Monat mit einer erneuten fünfprozentigen Lieferkürzung belegt werden, bis sie außenpolitisch auf die Linie der *OAPEC* im Nahostkonflikt einschwenkten (vgl. *OAPEC* 1973).

Diese Politisierung des Marktes durch die Exporteure traf die hierauf unvorbereiteten Importstaaten hart, denn neben den für die Exporteure günstigen ökonomischen Faktoren (Marktlage) stärkte auch die Konstellation auf der Ebene der Internationalen Beziehungen deren Position: Während sich die Mitglieder der *OAPEC* in ihrer Haltung zum Nahostkonflikt einig waren, war die Außenpolitik der Verbraucherstaaten bezüglich der Region gespalten: Pro-israelische (beispielsweise Niederlande, Westdeutschland), pro-arabische (beispielsweise Frankreich) wie auch neutrale Positionen waren vertreten, zudem wurde auch deren Energiepolitik von unterschiedlichen Ansätzen geprägt (etwa marktorientiert in Westdeutschland vs. dirigistisch in Frankreich). Darüber hinaus variierte die Verletzbarkeit der industrialisierten Importeure durch tatsächliche Lieferunterbrechungen: Während die USA 1973 nur 5% ihrer Energielieferungen aus dem Nahen und Mittleren Osten bezogen, waren es bei den westeuropäischen Verbrauchern über 60%, bei Japan über 90% (vgl. Maull 1980: 5; Turner 1974: 408). Institutionalisierte Kooperationsformen, die eine kohärente Verknüpfung von Energie- und Nahostpolitik als Gegengewicht zur *OAPEC* ermöglichen konnten, existierten ebenso nicht: Internationale Organisationen wie die EG¹⁵ und Verteidigungsbündnisse wie die NATO¹⁶ waren weder auf eine außenpolitische Initiative im Nahostkonflikt institutionell zugeschnitten noch mit Kompetenzen in der Energiepolitik ausgestattet.

Entsprechend spalteten sich die Verbraucherländer bezüglich der Wahl einer gemeinsamen Strategie als Antwort auf das Embargo zunächst in verschiedene Lager auf: Während sich Kissinger für die USA um eine abgestimmte diplomatische Antwort der Verbraucherländer unabhängig von ihrer Betroffenheit vom Embargo bemühte (vgl. Hohensee 1996: 84ff.), verharteten die westeuropäischen Verbraucher in dem „Trümmerhaufen verpasster Gelegenheiten“ (Lutz 1974: 6) ihrer weiterhin rein nationalen Energie- und Außenpolitik: Frankreich lehnte eine als amerikanisch dominiert wahrgenommene, gemeinsame diplomatische Initiative ab und setzte weiterhin auf die gaullistisch geprägte, bilateral-dirigistische Energiepolitik mit Algerien und dem Irak (vgl. Akins 1973: 486ff.). Auch Westdeutschland und England bewegten sich in diplomatischen Reaktionen direkt im Anschluss an das *OAPEC*-Embargo auf die arabische Position im Nahostkonflikt zu (vgl. Yergin 1991: 627). Außerhalb der europäischen Gemeinschaft verfrachten die Bemühungen Kissingers ebenso zunächst nicht: Japan bemühte sich durch Technologietauschgeschäfte und Exklusivverträge direkten Zugang zu Ölvorkommen für seine Wirtschaft abzusichern (vgl. Barnds 1974: 178f.; Tsurumi 1975: 643ff.). Eine gemeinsame Solidaritätsadresse an die immer noch mit dem Embargo belegten Niederlande oder Eckpunkte einer gemeinsamen Energiepolitik unterblieben auf dem Kopenhagener EG-Gipfeltreffen im Dezember 1973 (vgl. Turner 1974: 409ff.).

¹⁵ Trotz des Starts der Integration Europas mit der EGKS hatte die EG zu diesem Zeitpunkt (und bis heute) keine koordinierte Energiepolitik (vgl. Chick 2007: 34ff.; Goldthau / Geden 2007)

¹⁶ Pointiert fasste dies Karl Kaiser zusammen: „Zwar erstreckt sich der Atomschirm über Europa, nicht jedoch ein Ölschirm“ (Kaiser 1974: 818).

Dass Angesichts dieses Versagens der Verbraucher auf der politischen Ebene die Versorgung mit Erdölprodukten insbesondere der mit einem Embargo belegten Niederlande nicht zusammenbrach, war der Erfolg der internationalen Erdölkonzerne und ihrer Umverteilungsmaßnahmen: Trotz der Nationalisierungen im *upstream*-Sektor verfügten diese immer noch über die Kontrolle des Transports (*midstream*) und der Weiterverarbeitung und Vermarktung (*downstream*). Diese Bindegliedfunktion in der Produktionskette nutzten sie zur Umlenkung der Lieferströme; arabische Erdöllieferungen wurden exklusiv an die von der OAPEC als freundlich eingestuften Verbraucher weitergeleitet, boykottierte Abnehmer wie die Niederlande erhielten Lieferungen von nichtarabischen Exporteuren wie Venezuela. Ein physischer Mangel an Raffinerieprodukten oder Rohöl bestand damit nur in geringem Ausmaß (vgl. Krapels 1980: 58f.).

Diese künstliche Verknappung und Verteuerung des Erdölangebots war für die Exportstaaten kurzfristig sowohl politisch erfolgreich wie auch profitabel: Nicht nur wurde die arabische Position im Nahostkonflikt durch diplomatische Zugeständnisse der Verbraucherstaaten kurzfristig gestärkt, sondern auch das Einkommen der Exporteure stieg stark an. Der den Exporteuren direkt zustehende *posted price* wurde von unter zwei Dollar auf weit über elf Dollar pro Barrell angehoben, parallel hierzu wurden auf Ölauktionen zeitweise Marktpreise von über 20 Dollar pro Barrell erzielt. Diese vormals neben den langfristigen Lieferverträgen eine Randerscheinung darstellenden Vermarktungskanäle gewannen durch die Auflösung der Bindungen zwischen den Exporteuren und den Unternehmen durch die OAPEC an Bedeutung. Da auf das Embargo eine Panikreaktion der Käufer auf den Erdölmärkten folgte, erschienen diese Auktionen sowohl für die Anbieter wie auch Aufkäufer erstrebenswert: Es erlaubte sowohl privaten wie auch staatlichen Bietern trotz des Embargos, sich Ressourcen zu sichern – allerdings über dem Preisniveau der *majors*, den Anbietern ermöglichte dies zusätzliche Profite. Die Krise verschob daher einen Teil des Ölmarktes von längerfristigen Lieferverträgen zu den *spot*-Märkten, auf denen vor allem die *Independents* aus den USA und kleinere Raffineriebetriebe aus Europa ohne eigene Förderkapazitäten sich durch Überbietungswettbewerbe Rohöl sichern wollten. Dies bildete auch für die Anbieter außerhalb der OAPEC einen Anreiz für höhere Profite; entsprechend wurden auch hier langfristige Lieferverträge nicht verlängert oder gekündigt und Rohöl auf den *spot*-Märkten abgesetzt (vgl. Sampson 1976: 304ff., Yergin 1991: 618ff., Neff 1981: 24ff.). Zusammengefasst lässt sich der überraschende außenpolitische wie wirtschaftliche Erfolg des Embargos für die arabischen Exporteure insbesondere auf den geschickt gewählten Zeitpunkt zurückführen: Sowohl die gegenwärtige Marktsituation wie auch die kurzzeitige Einigkeit bei der eigenen Positionierung in den Internationalen Beziehungen im Rahmen der OAPEC nach dem Jom-Kippur-Krieg begünstigten die arabischen Anbieter und benachteiligten die westlichen Verbraucher und die Energieunternehmen.

In Anbetracht dieses durchschlagenden Erfolgs des Embargos drängt sich die Frage auf, warum die OAPEC es schon im März 1974 beendete – in Anbetracht der verblüffenden politischen Schwäche der Verbraucher liegt die Vermutung zunächst nahe, dass die Exporteure ihre neugefundene Macht über eine zentrale Ressource in weitere politische Forderungen übersetzen würden. Dass die Krise nicht weiter anhielt oder eskalierte, ist folgenden Fakten und Zusam-

menhängen zuzuschreiben: Kissingers diplomatische Bemühungen um eine Annäherung zwischen Ägypten und Israel waren erfolgreich und wurden mit einem Truppenentflechtungsabkommen im Mai 1974 abgeschlossen, damit erschien die arabische Forderung nach einer ausgewogeneren, vermittelnden Nahostpolitik insbesondere der USA zumindest ansatzweise erfüllt (vgl. Brown 1984: 241ff.; Yergin 1991: 630ff.). Eine rein außenpolitische Betrachtung des Endes der Krise greift allerdings zu kurz – insbesondere da trotz der sich abzeichnenden Entspannung einige Exporteure (etwa Syrien, Libyen) weiterhin politische Forderungen stellten und mehrfach die Fortsetzung des Embargos forderten (vgl. Yergin 1991: 631ff.). Mit fortschreitender Dauer der Aktion fiel es der *OAPEC* zunehmend schwer, angesichts der stetig steigenden Preise die Lieferkürzungen durchzuhalten: Einzelne Mitglieder begannen das Embargo inoffiziell zu ignorieren und versuchten, ihre Profite durch Verkäufe über die vereinbarten Lieferkürzungen hinaus auf den *spot*-Märkten zu maximieren (vgl. Ahrari 1985: 266). Somit wird deutlich, dass Kissingers *shuttle*-Diplomatie zwar einen durchaus wichtigen Beitrag zur Beilegung des in den Internationalen Beziehungen zu verortenden Aspekts der Ölpreiskrise (Nahost-Konflikt) leistete, jedoch parallel hierzu auch Marktkräfte auf die Exporteure wirkten: Durch die Nationalisierungen wurde die vollständige vertikale Integration der *majors* in den fünfziger und sechziger Jahren zu einer indirekten vertikalen Integration über die langfristigen Lieferverträge zwischen den neuen Staatsfirmen der Exporteure und den *majors* Anfang der siebziger Jahre umgewandelt. Die Kündigung dieser Verträge und die zunehmende Verschiebung des Handels auf die *spot*-Märkte befreiten die vormals von eben jenen Verträgen und Unternehmensformen eingehegten Marktkräfte. Angesichts der hohen Preise auf den Rohstoffbörsen für Rohöl stiegen die Anreize zur Produktionserhöhung bei den Exporteuren soweit an, dass eine Aufrechterhaltung des Embargos an die *OAPEC* hohe Anforderungen stellte: Um die Lieferkürzungen gekoppelt mit den Preisanstiegen länger zur Durchsetzung weiterer politischer Forderungen durchhalten zu können, hätte sie wie ein Kartell Produktionsbeschränkungen durchsetzen müssen. Da ein effektiver Kontrollmechanismus zur Beschränkung der Förderung der Mitglieder im losen institutionellen Design der *OAPEC* – und auch der *OPEC* – zu diesem Zeitpunkt nicht implementiert war (vgl. detailliert Braun 1976; Penrose 1979: 20 ff.), ließ sich die Gruppe der Exporteure Mitte der Siebziger Jahre also eher als ein „unruly oligopoly“ (Yergin 1991: 636) charakterisieren. Der institutionelle Zuschnitt beider Organisationen (schwache Sekretariate und intergouvernementale Entscheidungsmechanismen) versetzte diese somit nicht in die Lage, den Marktkräften durch die notwendige Kartelldisziplin bei der Produktions- und Preispolitik zu widerstehen. Die Entspannung zwischen den Exporteuren und Importeuren ab März 1974 ist somit wiederum sowohl auf politische Entscheidungen als auch auf das Wirken von Marktkräften zurückzuführen.

3.2: Die Zwischenphase 1974-79: „Five Wasted Years?“

Nachdem die erste Ölpreiskrise vorerst politisch entschärft schien, verschoben sich bis zur zweiten Ölpreiskrise 1978/79 sowohl bei Exporteuren, Importeuren und auch Energieunternehmen politische wie auch ökonomische Parameter: Gerade das Scheitern einer politischen Antwort der Verbraucher auf das Embargo der *OAPEC* ließ den Schutz vor politisch motivierten Lieferunterbrechungen durch die Diversifikation bei Energieträgern und Lieferregionen sowie

Energiesparmaßnahmen wieder dringend erscheinen. Die grobe gemeinsame Linie aller westlichen Verbraucher und Japans in der Energiepolitik lässt sich somit vereinfachend mit *conservation, coal, nuclear (CoCoNuke)* umschreiben: Der außerhalb des Nahen und Mittleren Ostens liegende, durch die Preisanstiege beim Erdöl konkurrenzfähigere Energieträger Kohle sowie die aufwändige Nukleartechnologie zusammen mit technologieintensiven Energiesparmaßnahmen sollten die Abhängigkeit vom Erdöl aus dem Nahen und Mittleren Osten verringern. Darüber hinaus intensivierten die westeuropäischen Verbraucher ihre Energiebeziehungen zur Sowjetunion, europäische Firmen begannen in *joint ventures* mit russischen Staatsunternehmen Erdgaspipelines zu planen (vgl. Seidelmann 1982 ; Turner 1983: 200 - 219). Es entstanden also durch die forcierte Diversifizierung der Energieträger neue Marktpotentiale für Erdgas. Durch die politisch tolerierte Kopplung des Erdgaspreises an die Ölpreisentwicklung wurde für private Investoren aus dem Westen wie Staatsunternehmen der Sowjetunion eine Gewinnabsicherung zugelassen, die schnell Investitionsanreize zum Bau von Gaspipelines schafften.¹⁷ Es entwickelten sich neben dem nun immer mehr auf *spot*-Märkten gehandelten Erdölprodukten und den teilweise massiv subventionierten Kohlemärkten regionale Erdgasmärkte und ein aufgrund des Proliferationsrisikos¹⁸ stark kontrollierter Markt für Nuklearbrennstoffe. Die jeweiligen Märkte unterscheiden sich dabei durch die jeweils verwendeten Technologien unter anderem bei Förderung, Transport, Handel und Vermarktung – das zunehmend global auf den *spot*-Märkten gehandelte und flexibel auf Hochseetankern verschifft Erdöl erlaubt kurzfristige Marktspekulationen und macht den Preis damit volatiler. Erdgas hingegen wird hauptsächlich durch Pipelines transportiert, dies führt zu sehr langfristigen Investitions- und Lieferarrangements zwischen Unternehmen und den jeweiligen Export-, Import und Transitstaaten auf regionalen Märkten (vgl. ECS 2007: 41-65). Daraus folgt, dass der landgebundene Transport des Erdgases einfacher direkt von politischen Akteuren wie auch Unternehmen beeinflussbar ist, während der Erdölmarkt zwar volatiler, aber stärker außerhalb des direkten Einflusses einzelner Akteure ist.

Trotz der festgestellten Neuorientierung der Verbraucher und den zweifelsohne angeschobenen Investitionen in neue Energieträger blieben die Verbraucher bis zur Fertigstellung neuer Infrastruktur (Atomkraftwerke, Pipelines etc.) weiterhin auf Erdöllieferungen angewiesen. Gerade in diesem mittelfristig zentralen Koordinationsbereich behinderten die neuen *policies* der westlichen Importeure sich weiterhin in zentralen Punkten gegenseitig: Während die Bundesrepublik sich aufgrund ihrer außergewöhnlich guten Zahlungsbilanz auch bei einem neuen Preisanstieg auf die *spot*-Märkte zur Deckung des nationalen Bedarfs verlassen konnte, sahen Verbraucher mit geringen Zahlungsbi-

¹⁷ Die Bindung des Erdgaspreises an den Ölpreis garantiert den Investoren wie auch den Exporteuren insbesondere bei einem hohen Erdölpreis Gewinne und schafft dadurch Anreize für die nötigen Investitionen in die aufwändigen Förder-, Transport und Distributionsnetzwerke (Pipelines) bei Erdgas. Dies bindet den Markt für diesen Energieträger zwar direkt an den volatilen Ölmarkt, wurde allerdings im Rahmen der Diversifikationsbemühungen politisch explizit toleriert (Dolinski 1978: 349f.).

¹⁸ Die aus dem *dual-use*-Charakter der Nukleartechnologie erwachsende Proliferationsproblematik und Auswirkungen auf das Nichtverbreitungsregime (vgl. Krause 1998: 37ff.) können hier nicht detailliert behandelt werden.

lanzüberschüssen (etwa England, Frankreich) sich von der Fähigkeit der deutschen Wirtschaft, sich aus Lieferkrisen gewissermaßen „herauszukaufen“, potentiell bei einem erneuten Bieterwettbewerb bedroht. Eine Absprache zur Verhinderung von preistreibenden Überbietungswettbewerben auf den *spot*-Märkten – also genau jene Panikreaktion, die die exorbitante Preisexplosion während des *OAPEC*-Embargos beflügelte – fand nicht statt. Auch konnten sich die europäischen Verbraucher weiterhin nicht auf eine gemeinsame Energiepolitik im Rahmen der EG einigen, dirigistische (etwa Frankreich, Italien, England) und marktorientierte Ansätze (insbesondere BRD) bei der Energiepolitik bestanden weiterhin nebeneinander fort: Frankreichs Bürokratie baute auf ihre Erfahrung in interventionistischen *policies* und setzte auf die nationalisierten Energieindustrien (etwa *Electricité de France*, EDF) – diese halfen durch einen radikalen Umbau hin zum Nuklearstrom die Abhängigkeit von Öllieferungen drastisch zu verringern. Die Bundesrepublik hingegen setzte kaum auf dirigistische Instrumente, sondern ließ die korporatistisch im *Verband deutscher Elektrizitätswerke* organisierte Energieindustrie den Preisschock durch Effizienzsteigerungen teilweise abfangen – die Kohlesubventionen blieben bestehen (vgl. Lieber 1979; Feigenbaum/Samuels/Weaver 1993)

Probleme bei der staatlichen Steuerung der Diversifizierung gab es auch in Japan: Die vom Handels- und Industrieministerium MITI gegründete *Japan National Oil Company* (JNOC) hatte massive Probleme, sich auf den internationalen Energiemärkten gegen die *majors* durchzusetzen und damit die japanische Wirtschaft durch exklusive Direktlieferungen am Markt vorbei dauerhaft vom Nahen und Mittleren Osten als Lieferregion unabhängiger zu machen.. Die hohen Markteintrittskosten der oligopolistischen Energiemärkte behinderten also die Umstellung der japanischen Energieindustrie von einem marktorientierten zu einem dirigistischen Modell massiv. Erfolgreicher waren makroökonomische Anpassungsprogramme wie die Inflationsbekämpfung durch die Zentralbank und die kontrollierte Schrumpfung energieintensiver Industrien wie Aluminium- und Stahlhütten (vgl. Eguchi 1980; Yorke 1981; Ikenberry 1986).

Auch der wirtschaftlich wie politisch mächtigste Verbraucher, die USA, fand lange keine kohärente Antwort auf die Krise: Vielmehr wechselten sich mit einem verwirrenden System von Preiskontrollen unter Präsident Nixon, Plänen des Kongresses zur Zerschlagung der oligopolistischen Erdölindustrie und ein ambitionierter Energieautarkieplan (*Project Independence*) unter Präsident Ford in schneller Folge *policies* ab, die allesamt auf eine größtmögliche *Versorgungssicherheit* der US-Wirtschaft zielten. Trotz seiner auf den ersten Blick guten Ausgangslage bei der Verfügbarkeit heimischer Energieträger (Kohle, Erdöl, Teersande) und auch der Nukleartechnologie verlief der Anpassungsprozess der USA langsam: Zwar waren die Vermittlungsversuche Kissingers mit den Exporteuren ein diplomatischer Erfolg der USA – die Abschaffung von marktverzerrenden Maßnahmen wie den Preiskontrollen für Erdölprodukte hingegen stieß auf massiven politischen Widerstand; die Kompetenz des Beamtenapparats in Washington bezüglich Energiefragen musste erst mühsam entwickelt werden (vgl. detailliert Yergin 1982a; Erickson 1977; Ikenberry 1988).

Zusammenfassend¹⁹ lässt sich also sagen, dass die westlichen Importeure „wasted much of the respite between the first and second energy crisis“ (Lieber 1979: 537). Der Fokus auf die politische Reaktion der Verbraucherstaaten greift allerdings zu kurz, auch die internationalen Energieunternehmen mussten sich an die neue politische und ökonomische Umgebung anpassen. Trotz der politischen Entspannung zwischen Exporteuren und Importeuren verlagerte sich die Preisbildung immer mehr weg von den Firmen und Exporteuren hin zu den für die Exporteure weiterhin profitablen Rohstoffbörsen; die internationalen Preise für Rohöl blieben zunächst über 12 Dollar pro Barrell (vgl. detailliert Levy 1982: 114ff.). Für die auf diesem Markt operierenden internationalen Energiefirmen änderte sich damit die Geschäftskalkulation: Durch die Nationalisierungen und Vertragskündigungen waren sie von einem vollständig vertikal integrierten *major* zu einem Käufer auf einem von einem Fast-Monopol (*OPEC*) geprägten Markt degradiert worden. Somit mussten sie nun wie die kleineren *Independents* Rohöl auf den *spot*-Märkten einkaufen, waren daher also von Preisschwankungen und den *policies* der Exporteure abhängig. Dieser Verlust von Kontrolle und Gewinnen in einem knappen internationalen Energiemarkt schaffte neben den konstant hohen Preisen wirtschaftliche Anreize zur Erschließung aufwändiger zu fördernden Ölressourcen außerhalb der *OPEC*-Staaten (etwa Nordsee, Mexiko, Alaska).

Bei der Analyse der Reaktion der Ölfirmen auf die neue Marktlage lassen sich mehrere interessante Beobachtungen machen: Neben den von Sorgen über ihre wirtschaftliche Sicherheit oder außenpolitische Manövrierfähigkeit motivierten Importeuren waren die bezüglich ihres Kontrollverlusts und möglicherweise schrumpfenden Gewinnmargen besorgten Energieunternehmen ein mindestens gleichwertiger Akteur. Im Unterschied zu den in ihren politischen und finanziellen Mitteln und Expertise begrenzten staatlichen Institutionen der Verbraucher (siehe oben) konnten sie sich dank ihrer Erfahrung im Energiegeschäft und neuer Technologien schneller anpassen. Diese Aussage lässt sich mit dem Beispiel der Nordseeexploration belegen. Dass unter der Nordseemeresboden größere Gas- und Ölvorkommen zu finden sind, war bereits seit den frühen Sechziger Jahren bekannt und hatte bereits *policy*-Initiativen der Anrainerstaaten nach sich gezogen: Verhandlungen über die Aufteilung der Kontinentalschelfsockel des Seegebietes und die Weiterentwicklung des Seerechts machten Fortschritte (vgl. Birnie 1975: 24) und insbesondere die britische und niederländische Regierung drängten schon seit den ersten Explorationserfolgen die *majors* zu einer forcierten Ausbeutung der Ressourcen. Diese verweigerten zwar nicht direkt die Kooperation, waren aber aufgrund der damals übersättigten Energiemärkte nicht an einer kapitalintensiven, risikoreichen Investition interessiert. Diese zunächst nicht mit den *policies* der Anrainer übereinstimmende Interessenslage der Energieunternehmen konnte auch die über traditionell dip-

¹⁹ Dieses Urteil lässt sich auch statistisch belegen: Zwar sank die Importabhängigkeit der EG von Erdöllieferungen zwischen den Ölpreiskrisen langsam von 58% (1973) auf 55% (1978), dies ist allerdings hauptsächlich auf den Wachstumseinbruch der Volkswirtschaften nach der Ölpreiskrise zurückzuführen. In den USA erhöhte sich die sogar Importquote von 33% (1973) auf 50% (1978) (Lieber 1979: 536f.). Auch Japan hatte zwar Erfolg bei den proklamierten Zielen, blieb aber stark importabhängig (1973: 85%, 76% in 1978) (Yorke 1981: 435). Die 1974 gemachten (zugegebenermaßen unrealistischen) Zielvorgaben einer radikalen Abkehr vom massiven Import von Energieträgern wurden also verfehlt.

lomatisch eng mit *British Petroleum* kooperierende britische Regierung nicht durch politischen Druck überwinden; ähnlich scheiterte auch die holländische Regierung mit ihren Anfragen bei *Royal Dutch/Shell*. Erst die Nationalisierungen und die Verschiebungen hin zu den *spot*-Märkten etablierten die komplementäre Interessenlage der profitorientierten Unternehmen und der um ihre nationale Sicherheit und außenpolitische Handlungsfreiheit besorgten Nordseeanrainer – daher nahm die über eine Dekade schleppend anlaufende Explorations- und Fördertätigkeit in der Nordsee erst Mitte der siebziger Jahre schnell an Fahrt auf (vgl. detailliert: Odell 1975; Turner 1975). Die Entwicklung von Erdölressourcen außerhalb des politischen Zugriffs der *OPEC* und *OAPEC* war somit weniger den auf Energiesicherheit fixierten *policies* der Verbraucher, sondern hauptsächlich dem Kapital und den Technologieinvestitionen der profitorientierten Energieunternehmen zu verdanken.

Mit diesen sich gegenseitig unterstützenden *policies* der Verbraucherstaaten einerseits und Investitionsstrategien der Unternehmen andererseits waren allerdings zunächst einige diese Akteursgruppen betreffende, eng miteinander verknüpfte politische wie ökonomische Probleme nicht gelöst: Mangelnde Kenntnis der ökonomischen Zusammenhänge des Energiegeschäfts und die Abwesenheit von für dieses Politikfeld zugeschnittener Regime hatte die Verbraucherstaaten teilweise zu preistreibenden *barter-deals* und unkooperativen Aktionen verleitet. Dies führte nicht nur zu Spannungen im westlichen Alliansystem, sondern verschlechterte auch die Position der Energieunternehmen gegenüber den Exporteuren, welche die Vertreter der *majors* und *Independents* und die im Energiehandel unerfahrenen Diplomaten gegeneinander ausspielen konnten. Darüber hinaus erforderte die oben erläuterte *Angebots- und Nachfrageinelastizität* der Energiemärkte einen kooperativen Mechanismus, der die Zeitspanne bis zum Wirken von Marktkräften überbrückte und damit ökonomische Anpassungsleistungen und durchdachte, koordinierte politische Antworten bei erneuten Lieferausfällen ermöglichte.

Die Lösung für diese Probleme sollte die mit der *OECD* institutionell verknüpfte Internationale Energieagentur (*IEA*) liefern. In ihr waren (und sind) Energieunternehmen und Verbraucher in mehreren kooperativen Mechanismen und Foren vertreten: Die *IEA* unterhält und überwacht zunächst ein *stockpiling*-System, das für alle Mitglieder die Bevorratung mit Erdöl gemäß ihres Bedarfs von 90 Tagen vorsieht. Diese Vorräte sollen bei einem registrierten *Liefermengeneinbruch* von mehr als 7% bei *einem* Mitglied durch die Organisation freigegeben werden. Darüber hinaus werden die jeweiligen *policies* der Mitglieder im Energiebereich koordiniert und einem ständigen Evaluationsprozess gemäß den gemeinsamen Zielen (Energieeffizienz, Ausbau alternativer Energieträger zum Erdöl) unterzogen. Die internationalen Energieunternehmen sind in einem umfassenden Marktbeobachtungsmechanismus der Agentur eingebunden; die Ergebnisse werden regelmäßig veröffentlicht und erhöhen damit die Transparenz der internationalen Energiemärkte (vgl. OECD 1974; IEA 1974). Interessanter als die hier unterbliebene ausführliche Beschreibung des *IEA*-Regimes und seiner einzelnen *boards* sowie eine detaillierte Analyse ihres Zustandekommens, ihrer Mitglieder und ihrer Prozeduren - also was die *IEA* konkret *leistet* – (vgl. hierzu detailliert Lantzke 1975; Keohane 1978; Keohane 1984: 217-242) ist, was die *IEA* explizit *nicht* leistet: Die über die internationalen Energiemärkte vermittelten Anpassungsprozesse werden zwar durch den Verteilungs-

mechanismus bei Liefereinbrüchen erleichtert, da sie auf alle Mitglieder aufgesplittet werden. Eingehegt werden die Marktkräfte aber nicht: Da das *emergency-sharing*-System mengen-, aber nicht preisgebunden ist, wird der Preismechanismus der Energiemärkte explizit nicht behindert. Das *IEA*-Regime stellt somit zwar einen Kooperationsmechanismus bei Lieferunterbrechungen, aber keinen ökonomischen Gegenpol (etwa die Errichtung einer Monopsonie²⁰) zu den Exporteuren und denen von ihnen geförderten *spot*-Märkten dar.

Darüber hinaus hatte sich noch ein weiteres, für die internationalen Energiebeziehungen zentrales Regime seit Anfang der siebziger Jahre verändert: das *Bretton-Woods*-Abkommen²¹. Obwohl auf den ersten Blick funktional mit den internationalen Energiehandel kaum verknüpft, verschoben sich durch die Aufkündigung der Konvertibilität des Dollars in Gold und dem *Smithsonian Agreement* im Dezember 1971 einige sowohl für die Exporteure als auch Importeure zentrale internationale Rahmenbedingungen: Durch die oben erläuterte jahrzehntelange Dominanz der größtenteils amerikanischen, vertikal integrierten Energieunternehmen hatte sich der Dollar zur Abwicklung des internationalen Erdölhandels als Zahlungsmittel fest etabliert. Daher bestand bis 1971 für den internationalen Energiehandel folgende Situation: Während sich die Exporteure in den schwachen kooperativen Mechanismen der *OPEC* auf einen Dollar-Preis für ihr zentrales Exportgut einigen mussten, konnten die Energiefirmen ihre Auslandsgeschäfte dank des stabilen Dollarkurses ohne Absicherung gegen Währungsschwankungen planen. Den USA erlaubte dies eine unilaterale, expansive Geldpolitik zur Förderung des Binnenwachstums und Finanzierung strategischer außenpolitischer Ziele. Die Exporteure und Unternehmen konnten mit einem stabilen, kalkulierbaren Gegenwert für ihr in Dollar abgerechnetes Einkommen aus den Lieferverträgen rechnen, die USA genossen die *Seignorage*-Vorteile²² der Reservewährung. Der Kollaps von *Bretton-Woods* beendete

²⁰ Eine Monopsonie ist das Gegenmodell zu einem Monopol: Während ein Monopol die Angebotsseite dominiert, ahmt eine Monopsonie dies auf der Verbraucherseite nach. Monopsonien finden sich beispielsweise in der Rüstungsindustrie: Mehrere private Rüstungsfirmen konkurrieren um den Zuschlag des Verteidigungsministeriums, Verkäufe ins Ausland oder an Privatpersonen sind gesetzlich stark eingeschränkt oder gar verboten.

²¹ Im Detail war das *Bretton-Woods*-System starrer Wechselkurse und Konvertibilität des Dollars in Gold zu einem festen Wert (35\$ pro Feinunze) auf eine positive Zahlungsbilanz der US-Volkswirtschaft angewiesen. In Folge des Vietnam-Krieges, für den die US-Administration mit einer expansiven Geldpolitik statt mit einer Steuererhöhung zahlte, brach sowohl die Zahlungsbilanzsäule wie auch mit der Dollarschwemme die Konvertibilitätssäule ein. Folge ist das bis heute gültige System flexibler, aber volatiler Wechselkurse (vgl. ausführlich Gilpin 2001: 234-277; Oatley 2006:214-258; vgl. kritisch hierzu Strange 1986: 25-59).

²² *Seignorage* ist generell der Gewinn aus der Ausgabe einer Währung. Auf der internationalen Ebene lassen sich die *Seignorage*-Gewinne der USA aus der zentralen Stellung des Dollars folgendermaßen erläutern: Da für den internationalen Handel (u.a. für Erdöl) Dollar benötigt werden, müssen Zentralbanken Dollar vorrätig halten. Dies ist für die US-Volkswirtschaft wie ein zinsloses Darlehen: Durch die Dollarbestände anderer Länder kann eine große Menge Dollar im Umlauf sein, ohne dabei direkt auf den Wert der Währung in der US-Volkswirtschaft durchzuschlagen. Dies bedeutet, dass die USA teure policies durch Erhöhung der Geldmenge ohne Inflation durchhalten können (Banks 2001: 208-210). Diese massiven Vorteile waren in den sechziger und siebziger Jahre Ziel der Kritik der französischen Regierung, Bonn hingegen tolerierte die *Seignorage*-Gewinne Washingtons aufgrund von Sicherheitsüberlegungen (US-Stationierung) länger (vgl. Oatley 2006: 222-236; Gilpin 2001: 246f.). Gerade dies unterstreicht den hochpolitischen, sicherheitsrelevanten Charakter des bei oberflächlicher Betrachtung eher randständigen Internationalen Währungsregimes.

diesen vorteilhaften Zustand – allerdings nur für die Exporteure: Der Übergang zu dem „non-system“ (Gilpin 2001: 238) eines „parallel financial universe“ (Oatley 2006: 239) flexibler, teilweise stark schwankender Wechselkurse hatte für die Exporteure zur Folge, dass sie angesichts des knappen Energiemarktes der Siebziger Jahre zwar sowohl die Preise für einen zentralen Rohstoff massiv anheben und dies auch kurzfristig mit politischen Forderungen verknüpfen konnten, der an sie ausgezahlte Gegenwert ihres Rohstoffs in Dollar aber zunehmend von Wechselkursschwankungen, spekulativen Attacken und auch den makroökonomischen *policies* der US-Administration und der *Federal Reserve* abhängig war (vgl. Yousefi / Wirjanto 2003: 761). Entsprechend verloren die exorbitanten Preissteigerungen und Gewinne der Exporteure beim Erdöl im Laufe der Siebziger Jahre durch die schnelle Abwertung des Dollar massiv an Wert (vgl. Strange 1986: 17-20, 43-45). Die Position der Exporteure in den internationalen Finanzbeziehungen und damit im Energiehandel war somit strukturell durch das Ende von *Bretton-Woods* geschwächt, die der USA blieb aufgrund der weiterhin bestehenden Rolle des Dollars als Reservewährung im allgemeinen und als Zahlungsmittel im Energiehandel speziell gegenüber den Exporteuren weiterhin dominant.

3.3: Die zweite Ölpreiskrise 1979 - Die iranische Revolution

Trotz des zunehmend volatileren Gegenwerts ihrer Energieexporte erlaubten die Preissteigerungen beim Erdöl den einzelnen Exportstaaten dennoch eine beispiellose Ausgabensteigerung und ambitionierte Modernisierungsprogramme. Die regelrechte Explosion staatlicher Ausgaben der *OPEC*-Mitglieder hatte mehrere eng miteinander verknüpfte politische und ökonomische Konsequenzen: In den Exportstaaten entwickelten sich Rentierstaatsregime²³, in denen der Zustrom von Kapital Nationalökonomien und Innenpolitik nachhaltig veränderte. Während sich beispielsweise in Saudi-Arabien eine konservative Koalition aus der Königsfamilie und wahabitischen Theologen durch den *buy-off* konkurrierender gesellschaftlicher Gruppen die Macht sichern konnte (vgl. Steinberg 2007: 56ff.), kollabierte das pro-westliche Teheraner Regime paradoxerweise an seinem neuen Reichtum: Schah Pahlavi und seine Regierung hatten die Erdöleinnahmen des Landes für ein ehrgeiziges Industrialisierungsprogramm genutzt, das die regionalen Vormachtsambitionen Teherans möglich machen sollte (vgl. Mogdhafer 1977) – Folge dieser forcierten Entwicklungsstrategie waren massive makroökonomische Ungleichgewichte und Wohlfahrtsverluste

²³ Rentierstaatsregime zeichnen sich im Allgemeinen durch einen sehr hohen Anteil an Renteneinkommen (bspw. aus Ressourcenindustrien) am Staatshaushalt aus. In der politikwissenschaftlichen Forschungsdebatte ist dabei allerdings umstritten, wie sich dies langfristig auf das politische System eines Rentierstaates auswirkt: Während Vertreter der *resource-curse*-These von einer dauerhaften ökonomischen und politischen Schwächung bis hin zum Bürgerkrieg in Ressourcenstaaten ausgehen, unterstreichen andere Theorien die bemerkenswerte Stabilität von Rohstoffexporteuren, in denen sich Eliten durch Repression und *buy-off* dauerhaft die Macht sichern können. Neuere makroquantitative Studien hingegen unterstreichen die Relevanz beider Ansätze: Wie die Einnahmen aus natürlichen Ressourcen sich konkret auf Ökonomie und politisches System auswirken, variiert von Fallbeispiel zu Fallbeispiel und ist von einer Vielzahl von Faktoren abhängig (vgl. Smith 2004). Die oben im Text knapp angesprochenen Beispiele Saudi-Arabien und Iran unterstreichen diese Beobachtung und die insgesamt schwer zu fassende und vorherzusagende Wechselwirkung von Politik und Markt.

(*dutch disease*²⁴), die letztendlich zum Sturz des Schahs und dem Übergang Irans in eine antiwestliche Theokratie unter Ayatollah Khomeini führten (vgl. Skocpol 1982). Die Unruhen hatten einen Einbruch der iranischen Erdölproduktion zur Folge; an den *spot*-Märkten stiegen die Preise schnell auf über 40 Dollar pro Barrel (vgl. Yergin 1991: 684). Für den externen Hegemon USA bedeutete dies den Ausfall eines zentralen Alliierten in einer aufgrund der Energieresourcen strategisch wichtigen Region; der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan im Dezember 1979 schien die Gefahr eines Verlusts der Stellung Washingtons in der Region zu unterstreichen (vgl. Bräker 1980). Präsident Carter reagierte hierauf im Januar 1980 mit der *Carter-Doktrin*, in der explizit das strategische Interesse der USA an einem ungehinderten Zugang zu den Energieressourcen unterstrichen wurde (vgl. Carter 1980).

Zusammengefasst erscheinen die Siebziger Jahre somit auf den ersten Blick als Gegenpol zu den von offenen Energiemärkten und sinkenden Preisen dominierten Fünfziger und Sechziger Jahre. Das Bild der von politisierten Märkten, Exporteursmacht, Verbraucherohnmacht und Geopolitik geprägten Dekade greift allerdings wie oben herausgearbeitet zu kurz.²⁵ Zwar sind das *OAPEC*-Embargo, die Gründung der *IEA*, die iranische Revolution sowie die *Carter-Doktrin* hervorstechende Ereignisse, die den Blick auf politische Faktoren und Konstellationen auf internationaler wie nationaler Ebene lenken (vgl. etwa Lieber 1976: 53ff.; Maull 1979: 486ff.; Maull 1980a: 580). Diese Perspektive verdeckt allerdings den Zugang zur Analyse von Marktkräften und deren Wechselwirkung mit politischen Prozessen: Gerade der den Preismechanismus aussparende Zuschnitt des *IEA*-Regimes, das Ende von *Bretton Woods* und die Verschiebung des Ölhandels hin zu den volatilen *spot*-Märkten zeigt vielmehr, dass durch eine Verkettung von politischen Entscheidungen sowohl der Verbraucher als auch der Exporteure Marktkräfte in bisher kaum gekanntem Ausmaß freigesetzt wurden. Zwar wurden auch bei der Zerschlagung von *Standard Oil* und der Aushebelung des *Achnacarry*-Abkommens in den Fünfziger Jahren Marktkräfte entfesselt – allerdings wurde dabei die markteinhegende Funktion der vertikalen Integration niemals so vollständig zerschlagen wie durch die Nationalisierungen und den Aufstieg der *spot*-Märkte in den Siebziger Jahren. Auch der oben vorgenommene Überblick über die *policies* der Verbraucher im Anschluss an die erste Ölpreiskrise unterstreicht diesen Eindruck: Zwar wurden mit den Gasverträgen mit der Sowjetunion und dem begonnenen Ausbau der Nuklear-

²⁴ *Dutch Disease* ist ein makroökonomisches Ungleichgewicht, das durch den unkontrollierten Aufstieg eines neuen, gewinnträchtigen Wirtschaftssektors (häufig Ressourcenextraktion und –verarbeitung) entsteht. Knapp dargestellt entsteht es durch folgende Abläufe: Die neuen Industriezweige ziehen Kapital und Arbeitskräfte aus anderen Branchen durch hohe Gewinnerwartungen und hohe Löhne ab. Während die Produktivität und der output von Nicht-Ressourcen-Sektoren sinkt, wird durch die hohen Gewinne aus dem Ressourcenexport die Währung des Exporteurs durch das Einströmen von Kapital aufgewertet. Seine anderen Industriezweige werden damit zusätzlich zu dem Kapital- und Arbeitskräftemangel in ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch die teure Währung geschwächt. Insgesamt kann somit von einer Schwächung einer Volkswirtschaft gesprochen werden; dies und die Anpassungsschwierigkeiten daran können auch auf das politische System (bspw. Iran 1979) rückwirken.

²⁵ Bis heute wird die *IEA* beispielsweise gelegentlich noch als Verbraucherkartell und Gegenpart zur *OPEC* beschrieben (vgl. bspw. Häckel 2000:162) – da sie allerdings aber gerade nicht den Preismechanismus beeinflussen will, trifft diese These nicht zu. Eventuell erklärt allerdings diese auch in Einführungswerken zu findende Verkürzung auf internationale politische Konstellationen die oben kritisierte Fehlbewertung der Dekade.

technologie in Frankreich und Japan durchaus Diversifizierungsanstrengungen begonnen – im weiterhin wirtschaftlich wichtigeren Erdölsektor unterblieben allerdings kooperative Maßnahmen, die über die IEA-Verpflichtungen hinausgingen. Die Dekade ist daher treffender als eine umfassende Deregulierungsphase des internationalen Erdölmarktes zu charakterisieren, bei der interessanterweise alle Akteursgruppen direkte Einflusskanäle entweder verloren (die Energieunternehmen die vertikale Integration), selber abgegeben (Kündigung der Lieferverträge durch die Exporteure und Hinwendung zu den *spot*-Märkten) oder auch gar nicht erst aufgegriffen haben (keine Preisbindung im IEA-Regime der Verbraucher). Von einer Machtverlagerung hin zu den Exporteuren kann daher nicht gesprochen werden, vielmehr scheint eine umfassende „Machtverpuffung“ stattgefunden zu haben.

4. „*The market strikes back*“ – *Oil glut and stranded assets in den Achtziger Jahren*

Der Sturz des Schahs 1979 und der sich anschließende Iran-Irak Krieg (1980-88) schienen zunächst durch den damit verbundenen Ausfall von Förderkapazitäten den Exporteuren erneut die Möglichkeit zu massiven Preissteigerungen zu geben. In der Folge kündigten die OPEC-Mitglieder alle noch bestehenden langfristigen Lieferverträge mit den Energieunternehmen auf und setzten vollständig auf die etablierten *spot*-Märkte, auf denen sich die vormals im Iran engagierten Unternehmen wie BP und auch Staatsfirmen wie die *Japan National Oil Company* ihre Produktionsausfälle durch Zukäufe kompensieren mussten (vgl. Moghtader 1978: 108 ff; Levy 1982: 123ff.; Yergin 1991: 689ff.).

Dass diese zweite Ölpreiskrise allerdings mit einem massiven, sichtbaren Macht- und Einflussverlust der Exporteure endete, ist wiederum dem komplexen Zusammenspiel ökonomischer wie politischer Faktoren zuzuschreiben: Auf der ökonomischen Ebene griffen mit Zeitverzögerung (Nachfrage- und Angebotsinelastizität) die Marktmechanismen. Die oben erläuterten Investitionstätigkeiten der Energieunternehmen in neue Fördergebiete erhöhten das potentiell verfügbare Angebot an Erdöl über den Ausfall der Exporteure Iran und Irak hinaus. Da die Exporteure in den Siebziger Jahren die langfristigen Lieferverträge mit den Erdölunternehmen gekündigt hatten, fielen die ansonsten hohen Markteintrittskosten für das neue Angebot weg. Damit drängten nun neue Nicht-OPEC-Anbieter auf die *spot*-Märkte, erhöhten das Angebot und ließen damit bis Mitte der achtziger Jahre den Ölpreis schnell sinken (vgl. Maull 1987: 23). Auf der politischen Ebene schlug vor allem der Iran-Irak-Krieg auf die lose institutionelle Struktur der OPEC durch: Die in einem Abnutzungskrieg stehenden Kontrahenten Iran und Irak hatten zwar zunächst Produktionseinbußen zu verzeichnen, mussten allerdings als *rentier states* zur Finanzierung ihrer Armeen vor allem auf die Erdöleinnahmen setzen. Dies zwang sie zur Maximierung ihres Marktanteils, was sie angesichts des zunehmenden Angebotsüberhang auf den *spot*-Märkten nur durch Preisnachlässe erreichen konnten. Damit griff der bereits mehrfach dargestellte Marktmechanismus von *Nachfrageinelastizität*, Überproduktion und Preisverfall – und traf die Besitzer der nationalisierten, unflexiblen *specific assets* im *upstream*-Bereich der Produktionskette am härtesten: Die Exporteure mussten massive Einnahmeausfälle hinnehmen, ihre Rentenökonomien traf dies mangels anderer, wettbewerbsfähiger Industriezweige besonders hart. Zwar gelang der OPEC eine Preisstabilisierung durch einige Ein-

griffe in ihre Arbeitsweise: Produktionsbeschränkungen und Quotenregelungen für die Mitglieder wurden eingeführt. Damit hatte die Organisation sich aufgrund des Marktdrucks zum Kartell gewandelt. Trotz dieser qualitativen Weiterentwicklung der Organisation gelang es ihr allerdings nur, den Ölpreis während der Achtziger Jahre zu stabilisieren. Eine neue Politisierung der Energielieferungen erlaubte das Überangebot und die schwachen Rentenökonomien der Exporteure nicht (vgl. Yergin 1991: 763ff.). Damit war die OPEC wieder auf den Stand der Sechziger Jahre (Stabilisierung des *posted price*) zurückgeworfen. Diese Schwächung war allerdings wie oben herausgearbeitet weniger auf die koordinierten *policies* der Verbraucher, sondern insbesondere auf die Strukturverschiebungen der Energiemärkte der Siebziger Jahre und die Investitionsverlagerungen der Energieunternehmen zurückzuführen. In Folge des Preissturzes gerieten diese ebenfalls unter Druck und begannen ihre Explorationstätigkeiten fast vollständig einzustellen; der *major Gulf Oil* wurde zahlungsunfähig (vgl. Yergin 1991: 752ff.).

Die Entspannung bei den Energiepreisen schlug sich auch in den *policies* der Verbraucherstaaten nieder; Energiepolitik rückte von einem von Sicherheitsinteressen geprägten Politikfeld der *high politics* in den Achtziger Jahren wieder in den Hintergrund. Entsprechend gewann wieder die *Wirtschaftlichkeit* der Energieversorgung Priorität. Die politische wie ökonomische Rechtfertigung einer hauptsächlich an Sicherheitskriterien ausgerichteten Energiepolitik brach weg: Die USA beendeten unter Präsident Reagan die ambitionierten Pläne Nixons, Fords und Carters zur *energy independence* und die Preiskontrollen im Energiesektor (vgl. Yergin 1982a: 106ff.; Yergin 1991: 755ff.). In England begann Premierministerin Thatcher ihr umfangreiches Privatisierungsprogramm der britischen Energieunternehmen (*British Gas*, Anteile an BP etc.) (vgl. Jörnmark 1993: 156 ff). Beide vor allem auf *Wirtschaftlichkeit* ausgerichteten *policies* wurden dabei allerdings von der Pfadabhängigkeit von Energiepolitik behindert: Vormals nationalisierte Investitionsgüter der Energieproduktionskette wurden von *specific assets* zu *stranded assets*, die sich aufgrund des Überangebots auf den Energiemärkten kaum an private Eigentümer verkaufen oder auflösen und in reinvestierbares Kapital umwandeln ließen. In den USA behinderte zudem wiederum der institutionelle Zuschnitt des Regierungssystems umfassende Liberalisierungen: Die Entscheidungen zur Öffnung der Energiemärkte wurden zwar im Kongress auf Bundesebene getroffen, waren aber aufgrund des föderalen Systems vielmehr „Einladungen“ an die Bundesstaaten zur Privatisierung, die diese dann selber umsetzten. Daraus resultierte ein Nebeneinander von Privatisierungsmodellen, die insgesamt die Funktionsfähigkeit der US-Energieinfrastruktur bis hin zu Stromausfällen beeinträchtigten (vgl. detailliert Chick 2007: 112ff.).

Deutschland und Frankreich hingegen gingen andere Wege: Zwar rückten Sorgen über die Versorgungssicherheit auch hier wieder in den Hintergrund und umfangreiche *stockpiling*-Programme wurden beendet (vgl. Maull 1987: 228-238). Eine rein auf *Wirtschaftlichkeit* der Versorgung ausgerichtete Energiepolitik fand allerdings aus innenpolitischen Gründen nicht statt: In Westdeutschland begann eine breite Umweltbewegung auch gegen den in den siebziger Jahren beschlossenen Ausbau der Kernenergie zu protestieren, politisch repräsentiert wurde dies mit der Etablierung von Umweltparteien wie *Die Grünen*. Die Kernreaktorschmelze in Tschernobyl 1986 verhalf dieser Ansicht zu weiterem Zu-

lauf. Der geplante Neubau von Atomkraftwerken wurde politisch kaum durchsetzbar; Forderungen nach umweltschonenden Energieträgern (Windenergie etc.) gewannen breite Zustimmung (vgl. Ziesing 1986). Gleichzeitig gerieten die während Ölpreiskrise größtenteils aus Sicherheitserwägungen abgeschlossenen langfristigen Lieferarrangements mit Preis- und Abnahmegarantien und Kapazitätserhöhungen der Ruhrkohle AG (sogenannte „Jahrhundertverträge“) mit den fallenden Energiepreisen ab Mitte der Achtziger Jahre unter Druck. Ähnlich wie in den Sechziger Jahren wurden allerdings die Verträge nicht aus Wirtschaftlichkeitserwägungen gekündigt, sondern durch Subventionen finanziell abgestützt und somit der Energiepreisverfall sozialverträglich abgefedert (vgl. Jörnmark 1993: 145 ff.). Für Deutschland lässt sich daher die alte Konfliktlinie zwischen *Wirtschaftlichkeit* und *Sozialverträglichkeit* der Energiepolitik feststellen, die allerdings um den bisher kaum politisch ins Gewicht fallenden Ökologiefaktor erweitert wurde.

In Frankreich hingegen wurde die direkte politische Steuerung der staatlichen Energiekonzerne beibehalten. Paris sah in den Schwierigkeiten der angelsächsischen Privatisierungspolitik bei fallenden Energiepreisen Anpassungskosten für die eigenen, umfangreichen Investitionen in Atomkraftwerke (welche dann möglicherweise zu *stranded assets* geworden wären) auf sich zukommen, die eine Liberalisierung als zu teuer erscheinen ließen. Die französische Interpretation der *Wirtschaftlichkeit* der Energieversorgung sah also gerade in den sich aus der Pfadabhängigkeit erwachsenden Kosten einer Umstellung von dirigistischer zu marktorientierter Energiepolitik das Hauptproblem einer preisgünstigen Energieversorgung. Zudem war die französische Bevölkerung im Unterschied zur Bundesrepublik auch nach dem Tschernobyl-Unfall Atomkraftwerken gegenüber nicht ablehnend eingestellt. Paris setzte also seine dirigistische Energiepolitik fort und erreichte geringere Energiepreise nicht durch Liberalisierung, sondern mit Effizienzgewinnen in den immer noch staatlichen Energieunternehmen *Gaz de France* und *Electricité de France* (vgl. Chick 2007: 129ff.).

Japans Energiepolitik geriet ebenfalls unter Anpassungsdruck. Neben der politischen Annäherung an die arabische Position im Nahostkonflikt hatte sich die *policy* des MITI der dirigistischen französischen Linie angenähert: Langfristige, bilaterale Lieferverträge zu fixierten, hohen Preisen zwischen der JNOC und den nationalisierten *upstream*-Unternehmen der Exporteure sollten in den Siebziger Jahren die Versorgungssicherheit der japanischen Wirtschaft gewährleisten, bis die Diversifizierungsmaßnahmen griffen (vgl. Watanuki 1982; Lesbirel 2004: 3f.). Der Preiseinbruch auf den *spot*-Märkten im Laufe der Achtziger Jahre ließ insbesondere den Aspekt der auf hohem Niveau vertraglich fixierten Preise als hochgradig unwirtschaftlich und angesichts des zunehmenden Angebots von nichtarabischen Erdöls auch bezüglich der Versorgungssicherheit als unnötig erscheinen. Flexiblere Preissysteme, die Schwankungen auf den *spot*-Märkten folgen, konnten erst langsam etabliert werden (vgl. Maull 1987: 221-225). Die energiepolitischen Entscheidungen des MITI während der Siebziger Jahre belasteten also die Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Industrie in den Achtzigern; es zeigte sich also auch hier die Pfadabhängigkeit von Energiepolitik.

Insgesamt ist somit bei den *policies* der Importeure eine Abkehr von der massiven Ausrichtung auf Versorgungssicherheit der Siebziger Jahre zu beobachten. Dieser allgemeinen Beobachtung steht allerdings entgegen, dass mit

dieser Zielverschiebung in allen beobachteten Importländern neue ökonomische wie politische Probleme und Zielkonflikte entstanden sind. Dabei ist zwar als grobe Übereinstimmung (ähnlich wie die *CoCoNuke*-Ziele der Siebziger Jahre) eine Neuausrichtung hin zu mehr *Wirtschaftlichkeit* beobachtbar. Wie diese allerdings konkret gestaltet wurde, ist allerdings offensichtlich in großem Maße von innenpolitischen Faktoren und auch den vorangegangenen politischen und unternehmerischen Entscheidungen (*Pfadabhängigkeit*) abhängig. Ein einheitliches Bild abseits dieser zwei sehr groben Beobachtungen entsteht damit also nicht.

Zusammengefasst lassen sich die Achtziger Jahre auf den ersten Blick als Rückkehr zum Zustand der Energiebeziehungen der Sechziger Jahre beschreiben: Geringe Energiepreise und der „hyperpluralism“ (Ahrari 1985: 263) der Exporteure scheinen die beiden Dekaden miteinander vergleichbar zu machen. Auch wenn diese Beobachtung durchaus zutreffend ist, fällt dennoch ins Auge, dass zwar die Marktlage wie auch die *policies* der Verbraucher sich ähneln, allerdings die oben herausgearbeiteten Verschiebungen der Siebziger Jahre (*spot*-Märkte etc.) nicht zurückgenommen wurden. Trotz der Reduzierung der Energieträger auf „just another commodity“ (Yergin 1991:769) bleibt somit die Volatilität der sich in den Siebziger Jahren etablierten Struktur bestehen.

5. Fazit: Energiepolitik zwischen Staat, Markt und Unternehmen bis 1990 – Konstanten und Verschiebungen als Basis eines conceptual frameworks

In diesem Abschnitt wurde versucht, die groben Zusammenhänge zwischen den Internationalen Beziehungen und internationalen Energiemärkten sowie Exporteuren, Importeuren und Unternehmen sowie deren Eigenschaften induktiv herauszuarbeiten. Gleichzeitig wurde die Evolution von Energie- und Energiesicherheitspolitik in ausgewählten Verbraucherstaaten beobachtet und mit Verschiebungen in den internationalen Energiemärkten und Internationalen Beziehungen in Bezug gesetzt. Folgende Beobachtungen haben sich dabei als Konstanten seit Beginn des Untersuchungszeitraums erwiesen:

1. Der Energiesektor bindet Unternehmen an *specific assets*. Diese langfristigen Bindungen an kapitalintensive „sunken, lumpy investments“ (Chick 2007:2) kennzeichnet alle Energieträger (etwa Kohleminen, Bohrtürme und –inseln, Gaspipelines). Dies wiederum zwingt Unternehmen erstens zur Internalisierung von hohen Transaktionskosten mit anderen Marktteilnehmern durch *vertikale Integration* oder *joint ventures*. Zweitens entstehen hieraus *oligopolistische Märkte* für Energieträger.
2. Oligopolistische Märkte sind von hohen Markteintrittskosten gekennzeichnet. Dies führt zu wenigen Marktteilnehmern, welche dadurch zu strategischen Verhalten²⁶ (genaue Konkurrenzbeobachtung) gezwungen sind. Ferner erlaubt die oligopolistische Struktur den Marktakteuren Profite weit über ihren Produktionskosten. Aufgrund der langen Vorlaufzeiten

²⁶ Selbstverständlich planen auch Unternehmen, die nicht in oligopolistischen Märkten agieren, voraus – sie müssen sich allerdings stärker auf ihre eigene Profitabilität (Marktpreis im Vergleich zu ihren Produktionskosten) konzentrieren. Eine genaue Beobachtung aller Mitbewerber wäre nicht nur unmöglich, sondern auch ineffizient: Der Preismechanismus ist bei perfektem Wettbewerb (in der Theorie) der beste Indikator für Unternehmenshandeln – bei steigenden Preisen wird die Produktion erhöht, bei fallenden Preisen die Produktion gesenkt.

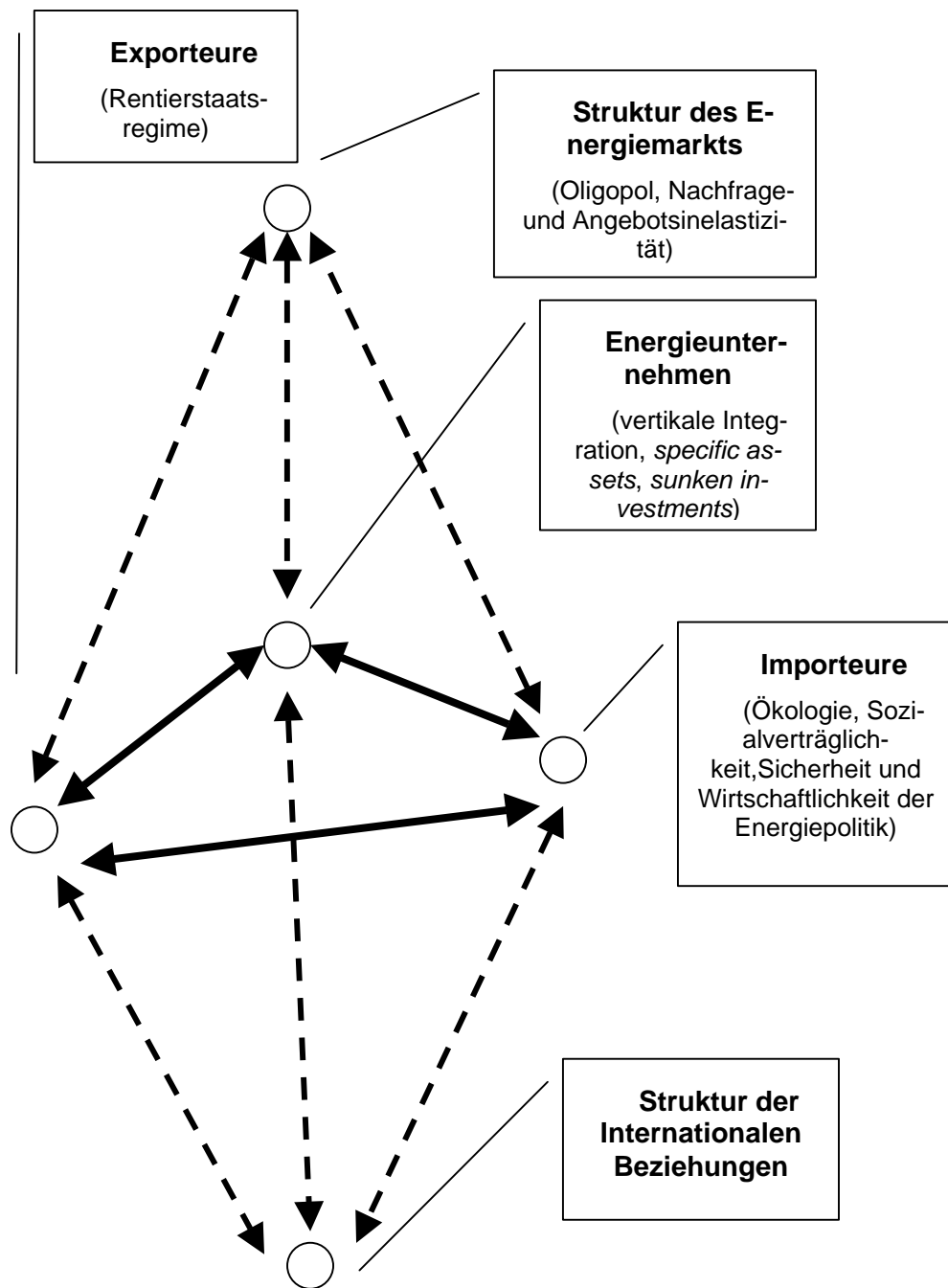
von Energieinvestitionen und einem sich nur langsam anpassenden Verbraucherverhalten sind diese Märkte zudem von einer *Nachfrage- und Angebotsinelastizität* geprägt. Die Unternehmen fangen diese Marktprobleme durch vertikale Integration ab: Angebot und Nachfrage werden innerhalb einer voll integrierten Produktionskette anstatt über den Preismechanismus ausgeglichen. Zusammengenommen erhöht dies für die Unternehmen die Anreize zur Kartellbildung massiv.

3. Neben diesen ökonomischen Aspekten des *conceptual frameworks* fallen folgende Punkte bei den politischen Faktoren (Exporteure, Importeure, Internationale Beziehungen zwischen diesen) folgende Konstanten auf: Die *policies* der Importeure sind in einem hohen Maß von der starren ökonomischen Struktur der Energiewirtschaft (*specific assets*, Oligopol, Nachfrage- und Angebotsinelastizität) geprägt; aus diesen unbeweglichen Strukturen resultiert eine in hohem Maße pfadabhängige *policy*.²⁷ Ähnliches ist bei den Exporteuren zu beobachten: Sobald diese begannen, ihre neuerlangte Souveränität über ihre natürlichen Ressourcen durch Nationalisierung auszuüben, etablierten sich durch die hohen Profitraten der oligopolistischen Marktstruktur Rentenökonomien.²⁸ Auch bei der Beobachtung der Internationalen Beziehungen zwischen Exporteuren und Importeuren erscheint die enge Verknüpfung mit der Struktur der Internationalen Energiemärkte als Konstante: Der Versuch, die Energiebeziehungen als Machtfaktor in den Internationalen Beziehungen zu etablieren („Ölwaffe“) war nur erfolgreich, wenn auch die Lage der internationalen Energiemärkte für die Akteure günstig war.
4. Generell lässt sich also mit Blick auf die Konstanten des *conceptual framework* sagen, dass diese zum größten Teil aus den ökonomischen Zusammenhängen der Energiemärkte resultieren. Diese ziehen sich wie ein roter Faden durch die oben analysierten Dekaden und Krisen. Grafisch lassen sich die hier induktiv herausgearbeiteten Konstanten folgendermaßen ausdrücken:

²⁷ Unter Pfadabhängigkeit soll hier „specifically those historical sequences in which contingent events set into motion institutional patterns and event chains that have deterministic properties“ (Mahoney 2000: 507) verstanden werden. Auf die Energiepolitik gewendet bedeutet dies bspw., dass die Entscheidung für einen hohen Anteil an Atomstrom wie in Frankreich die *policies* bis in die Zukunft prägen wird und ein radikaler Politikwechsel damit unwahrscheinlicher wird.

²⁸ Auf den ersten Blick mag es unangemessen erscheinen, den Faktor „Rentenökonomie“ als Konstante anzusehen: Erstens entwickelten sich die Rentierstaatsregime erst in großer Anzahl in den Siebziger Jahren; zweitens müssen sich nicht zwangsweise in Exporteurstaaten Rentenökonomien entwickeln (bspw. Norwegen); drittens sind die Rentenökonomien in hohem Maße von der jeweiligen, volatilen Lage auf den internationalen Energiemärkten abhängig. Gegen diese Einschätzung spricht allerdings die starke Verbreitung von Rentenökonomien bei den Exporteuren sowohl im Nahen und Mittleren Osten (vgl. Harks/Müller 2007) als auch in den unabhängigen zentralasiatischen Exportstaaten (Franke et al. 2009). Der Aspekt der Rentenökonomie kann also als Konstante betrachtet werden.

Conceptual framework des Politikfelds Energie- und Energiesicherheitspolitik



Quelle: Eigene Darstellung

Diese Grafik beschreibt somit zwar das Verhältnis der wesentlichen Akteure und Strukturen zueinander, lässt dabei die auch in der oben vorgenommenen historisch-soziologischen Analyse herausgearbeiteten Verschiebungen außer

Acht. Während die ökonomischen Komponenten des *conceptual framework* (*specific assets*, vertikale Integration, Oligopol) als vergleichsweise konstant²⁹ betrachtet werden können, entstehen aus der Wechselwirkung von ökonomischen und politischen Faktoren Dynamiken. Diese lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Die *policies* der Importeure bewegen sich zwischen den Zielen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Ökologie und Sozialverträglichkeit. Die exakte Abwägung dieser Ziele gegeneinander ist eng mit der jeweiligen Lage der Internationalen Beziehungen und der Energiemärkte sowie auch der jeweiligen innenpolitischen Konstellation verknüpft (*intermestic policy*). Daraus resultieren Zielkonflikte, die allerdings bei keinem der beobachteten Importeure aufgelöst wurden. Vielmehr stand ein dominanter Zielkonflikt (Wirtschaftlichkeit vs. Sozialverträglichkeit in den Sechziger Jahren; Wirtschaftlichkeit vs. Ökologie seit den Achtziger Jahren) im Vordergrund. Dass ein einziges Ziel der Energiepolitik absoluten Vorrang hatte, war außerdem nur während des Kollapses der internationalen Ordnung und des internationalen Handels während des Ersten und Zweiten Weltkriegs zu beobachten: Nur hier stand allein Versorgungssicherheit durch physischen Besitz von Energieträgern im Vordergrund. Die Kosten hierfür (also Wirtschaftlichkeit, etwa die extrem aufwändige Kohleverflüssigung im Dritten Reich) waren irrelevant.
2. Das Verhältnis zwischen Exporteuren und Energiefirmen sowie Importeuren und Energiefirmen veränderte sich teilweise radikal bei Marktverschiebungen und mit dem Zustand der internationalen Beziehungen zwischen Exporteuren und Importeuren. In der Rückschau fällt dabei die besonders herausgehobene Stellung der Energieunternehmen ins Auge: Trotz Kartellerschlagung, Preisstürzen und Enteignungen organisieren diese seit der Entwicklung von internationalen Energiebeziehungen die Versorgung der Volkswirtschaften mit Energieträgern.
3. In den vergangenen Energiedekaden ergaben sich Dynamiken aus der kumulativen Wirkung einzelner, auf den ersten Blick unverknüpfter Ereignisse und Politikfelder (Energiepolitik, regionale Sicherheitspolitik, internationale Währungspolitik etc.). Ähnlich wie die Unternehmen durch vertikale Integration müssen sich Staaten (sowohl Exporteure wie Importeure) daher durch abgestimmte Politiken in unterschiedlichen Politikfeldern gegen Marktschwankungen absichern. Daraus folgt, dass weniger die direkte, zwischenstaatliche Diplomatie als Instrument hierzu geeignet ist. Vielmehr scheint es klüger, durch die geschickte Manipulation benachbarter Politikfelder (etwa Internationale Währungs- und Finanzpolitik) die politische und volkswirtschaftliche Anpassung an diese Dynamiken zu erleichtern. Beispielsweise waren die USA weder durch ihre die größtenteils ineffiziente Energiespar- und Diversifizierungspolitik, die Gründung der IEA oder durch Zugeständnisse in der Nahostpolitik in der Lage, den Einfluss der OPEC auf die Energiepreise in seinen Folgen für

²⁹ Ein Ende dieser ökonomischen Struktur der Energieindustrie könnte durch die erfolgreiche Liberalisierung von Energiemärkten entstehen, wodurch die oben genannten Eigenschaften zumindest teilweise wegfallen würden – etwa regulierter Wettbewerb statt Oligopol. Diese Reformen sind allerdings politisch wie ökonomisch schwer durch- und umzusetzen.

ihre Volkswirtschaft abzufedern. Vielmehr halfen die Abwicklung des Ölhandels in Dollar und das Ende von *Bretton Woods*, durch die Abwertung des Dollar einen Großteil der Preiserhöhungen der OPEC zu verkraften.

C. Die aktuelle politikwissenschaftliche Debatte um Energie- und Energiesicherheitspolitik – Häufige Analysefehler und ihr theoretischer Hintergrund

Nachdem in Teil B das Fundament in Form eines *conceptual framework* herausgearbeitet wurde, wird in diesem Abschnitt das Hauptargument dieser Arbeit entwickelt und belegt werden: Ein wesentlicher Teil der in den letzten Jahren erschienen politikwissenschaftlichen Analysen erfasst gerade die internationalen Aspekte der Energie- und Energiesicherheitspolitik unzureichend, die abgeleiteten Empfehlungen sind daher zweifelhaft. Für diese Mängel werden hier explizit theoretische Annahmen und Perspektiven der Internationalen Beziehungen sowie der Ökonomie verantwortlich gemacht.

Da in diesem Abschnitt immer wieder der Bezug zu Theorien hergestellt werden soll, müssen hierzu deren einzelne Funktionen erläutert werden. Im Wissenschaftsbetrieb sind Theorien „umfassende Regeln zur Informationsverarbeitung“ (Weidenfeld 1996: 1). Dabei bieten sie dem Wissenschaftler eine Selektions-, Ordnungs-, Erklärungs-, und Operativfunktion: Theorien erläutern, *was* (Selektion) *in welchem Zusammenhang* (Ordnung) *wie erklärt* werden kann (Erklärung); daraus lassen sich dann *Handlungsanleitungen* für die Praxis gewinnen (operative Funktion) (vgl. Nohlen / Schultze 2000). Diese Einordnung erlaubt die folgende Präzisierung des zentralen Arguments dieser Arbeit: Gerade die in ihrer Selektions- und Ordnungsfunktion nicht auf den Untersuchungsgegenstand des Politikfelds Energie- und Energiesicherheitspolitik passenden Theorien können das Politikfeld nicht richtig erfassen und erklären. Ihre operative Funktion ist damit für praktische Politik nicht oder nur sehr begrenzt vorhanden.

Ferner ist noch folgende Klarstellung nötig: Diese Arbeit geht davon aus, dass einmal ausformulierte und verbreitete Theorien „in ihrer überwiegenden Zahl weiterhin im Fundus der Wirklichkeitskonstitution und Wirklichkeitsorientierung vermittelnden generalisierenden Aussagensysteme verbleiben“ (Meyers 1990: 59). Daraus folgt, dass die in diesem Abschnitt kritisierten Analysen trotz nicht publik gemachten theoretischen Annahmen durch das Aufdecken bestimmter Gedankengänge einer Theorie zugerechnet werden können – anders gewendet: Auch ohne ein ausformuliertes beispielsweise realistisches Forschungsdesign greifen Wissenschaftler auf realistische Denkfiguren in ihren Argumentationen zurück und können damit in diese Denkschule eingeordnet werden.

Der Untersuchungszeitraum der hier aufgrund ihres theoretischen Hintergrunds kritisierten Arbeiten konzentriert sich auf die aktuellen Ereignisse in einigen Produzentenländern (Russland, Venezuela etc.) sowie den um die Jahrtausendwende neu auftretenden Verbrauchern wie China.

Aus diesen Vorüberlegungen ergibt sich folgender Aufbau³⁰ dieses Abschnitts: Die jeweiligen Theorien werden mit ihren zentralen Aussagen kurz

³⁰ Der Vollständigkeit halber sei hiermit ausdrücklich auch noch darauf hingewiesen, dass ein Methodenwechsel im Vergleich zu Teil B stattfindet: Die induktive Methode muss hier zwangs-

vorgestellt. In einem zweiten Schritt wird nachgewiesen, dass exakt diese Annahmen in der wissenschaftlichen Debatte (teilweise implizit) zu finden sind.³¹ In einem dritten Schritt findet dann die theoretische Diskussion statt, hierbei werden sowohl Bezüge zu den Ergebnissen von Teil B als auch zu aktuellen Ereignissen hergestellt, um die theoretischen Fehler der jeweiligen Ansätze anschaulich zu machen.

I. „Primat der Geopolitik“ – Realistische Analysen der aktuellen internationalen Energiemärkte

Eine Theorieschule, die sich mit den aktuellen Verschiebungen in den internationalen Energiebeziehungen und –märkten befasst, ist die des Neorealismus. Dessen zentrale Annahmen lassen sich mit ihrem prominentesten Vertreter Kenneth Waltz³² folgendermaßen zusammenfassen: Das bestimmende Merkmal (*ordering principle*) der Internationalen Beziehungen ist die Anarchie. Diese Systemstruktur belohnt *self-help* als Handlungsmaxime der in ihr agierenden Einheiten, den Staaten, und bestraft Verhalten, das diesen systemischen Zwängen zur Absicherung gegen Bedrohung zuwiderläuft. Dabei wird den Staaten in dieser Theorie lediglich der Status als *unitary actors* zugestanden, deren interne Verfassung auf die Zwänge des anarchischen Systems keinerlei Einfluss hat – sowohl demokratische wie autoritäre Staaten können diesem Korsett nicht enttrinnen. Einzig die Verteilung von Machtmitteln (*capabilities*) erlaubt eine Differenzierung zwischen den Einheiten: Besonders mächtige Einheiten (Hegemonialmächte) bedrohen das oberste Ziel der kleineren Staaten, das Überleben im anarchischen System, potentiell besonders stark. Interdependenzen zwischen den Einheiten existieren zwar, sind jedoch eher eine abhängige Variable der Verteilung von *capabilities* – mächtige Akteure können ihre Verflechtungen und Abhängigkeiten durch den Einsatz von Machtmitteln reduzieren. Daher ergeben sich generell für Staaten folgende Möglichkeiten: Entweder sie schließen sich in einer Allianz einer oder der einzigen Großmacht an (*bandwagoning*) oder bilden einen Gegenpol zu ihr (*balancing*). Daraus resultiert dann durch das Nullsummenspiel bei einer Verschiebung der *capabilities* (ähnlich wie bei der angenommenen Herausbildung eines Marktgleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage über den Preismechanismus) eine Stabilisierung des anarchischen Systems über die Herausbildung einer bi-, uni-, oder multipolaren Ordnung (vgl. Waltz 1979: 79-128).

weise aufgrund des theoriekritischen Aspekts dieses Abschnitts zu Gunsten eines deduktiven Vorgehens aufgegeben werden.

³¹ Dabei wird – anders als in Teil B – stark auf direkte Zitate statt auf inhaltliche Verweise gesetzt werden müssen. Dies hat folgende Gründe: *Erstens* arbeiten die meisten Autoren theoretische Ansätze implizit in ihre Argumentationen ein, es muss also präzise dargestellt werden, wo genau der jeweilige theoretische Zugriff in einer Analyse durchscheint. *Zweitens* ist das Platzargument anzuführen: Das alternative vollständige Paraphrasieren eines Argumentationswegs als Beleg kostet mehr Platz als ein präzises wörtliches Zitat. Daraus folgt, dass in den jeweiligen Zitaten die zentralen, auf eine Theorie verweisenden Begriffe (etwa *balancing*, Interdependenz, Konstruktion etc.) hervorgehoben werden und damit die Verbindung zu den Theorien nachgewiesen wird.

³² Es ist selbstverständlich eine grobe Vereinfachung des realistischen Paradigmas, an dieser Stelle nur die Arbeit von Waltz anzuführen. Allerdings würde eine vollständige Diskussion aller Ansätze dieser Theorieschule *erstens* den Rahmen dieser Arbeit sprengen und ist *zweitens* für die hier vorgenommene theoriekritische Analyse der aktuellen politikwissenschaftlichen Debatte zum Thema Energiesicherheit auch nicht zwingend nötig.

Überträgt man nun die theoretischen Annahmen des Neorealismus auf die aktuellen Entwicklungen in den internationalen Energiebeziehungen, so erscheint folgende Interpretation logisch: Staaten betrachten diese Verschiebung in den *capabilities* ihres Umfelds als potentiell ihre Souveränität bedrohendes Nullsummenspiel. Entsprechend versuchen sie sich gegen diese Machtverschiebung außenpolitisch abzusichern beziehungsweise diese auszugleichen. Denkbare Wege sind hier die Knüpfung neuer Allianzen (*bandwagoning / balancing*) durch den politisch direkt flankierten Ausbau neuer Energiebeziehungen bis hin zu Autarkieprojekten durch die physische Sicherung von Energiequellen im eigenen Souveränitätsbereich. Aufgrund der Konzentration auf Staaten als *unitary actors* können bei der Beurteilung der Lage und den abgeleiteten Politikempfehlungen auf detaillierte Analysen der internationalen Energieunternehmen, Märkte sowie innenpolitischer Zusammenhänge verzichtet werden.

Diese Sichtweise und die entsprechenden Handlungsempfehlungen finden sich in auch in der aktuellen politikwissenschaftlichen Debatte:

„[Die gegenwärtige Entwicklung] ist ein globales *Nullsummenspiel* um Zugriffsrechte auf Erdöl- und Erdgasfelder und ein „Great Game“ um Pipelines [...]“. „[D]ie vermeintliche *gegenseitige Verflechtung* [Deutschlands und Russlands ist] eher ein *Mythos*³³ [...] (Umbach 2006b: 9, 14; Hervorhebung durch den Verfasser).

„Gestützt auf den immer stärker werdenden *Machtfaktor Energie* könnte die neue OPEC auf der Basis der SCO [...] zu einem *zweiten Pol* der Weltordnung des 21. Jahrhunderts werden“[...] „Ein *Schulterschluss* [also ein *bandwagoning!*] mit dem Energieimperium und der zweitgrößten Atommacht [=Russland] wird den Westen und seine Märkte langfristig sicherer machen“ (Rahr 2006: 22f. Hervorhebung durch den Verfasser).

„Russia is re-emerging as a factor in the East Asian *balance of power*. The close proximity of one [of] the world's largest energy producers to the Chinese manufacturing and export juggernaut suggests the potential for a highly complimentary relationship.[...] The West must remain attentive to these developments. [...] A trilateral Russia-Japan-US summit (with the EU [...]) [...] would enhance [...] a *more stable balance of power* for East Asia [...]“ (Goldstein/Kozyrew 2006: 175, Hervorhebung durch den Verfasser).

„Die Jagd nach Ressourcen schafft neue Allianzen und Konflikte und führt mehr und mehr zu *Verschiebungen im internationalen Machtgefüge*“ [...] „Die explosionsartig gestiegenen Ölpreise [...] ermöglichen Chavez eine beträchtliche Ausweitung seines innen- und außenpolitischen Handlungsspielraums, [...] letzteres - in Form der Form eines *Nullsummenspiels* – auf Kosten des außenpolitischen Handlungsspielraums seines Gegners Bush“ (Bodemer 2007: 171, 197f., Hervorhebung durch den Verfasser).

³³ Gerade in dieser Schlussfolgerung imitiert Umbach (wenn auch ohne expliziten Literaturbezug) fast wörtlich Waltz' Argumentation. Zum Vergleich: „Today, the *myth of interdependence* both obscures the realities of international politics and asserts a false belief about the conditions that may promote peace“ (Waltz 1970:222, Hervorhebung durch den Verfasser)

Was ist nun gegen diese Analysen (vgl. auch Umbach 2003; Bremmer 2005; Braml 2007: 118-123; Umbach 2007) und ihre (teilweise implizite) theoretische Herangehensweise bei der Beurteilung der aktuellen Verschiebungen auf dem internationalen Energiemarkt einzuwenden? Zunächst erscheint der häufig von liberalen Politikwissenschaftlern angeführte Einwand gegen die Ausblendung innenpolitischer Strukturen (*second image* nach Waltz) sowohl bei Exporteuren (Rentenökonomien) wie auch Importeuren (Aushandlungsprozesse zwischen Versorgungssicherheit, Ökologie usw.) als naheliegend. Auch die Vernachlässigung transnationaler Akteure wie der sich in Teil B als durchaus einflussreich herausgearbeiteten Energieunternehmen - insbesondere die *majors* - ist ein schnell ins Auge fallender Kritikpunkt. Schließlich ist auch die Interdependenz³⁴ in Form gegenseitiger Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten zwischen Exporteuren und Importeuren (beziehungsweise deren Volkswirtschaften) eine empirische Beobachtung, die der Neorealismus nicht abbilden will (vgl. zur Debatte etwa Lebow 1994; Powell 1994).

Problematisch an diesen durchaus naheliegenden Einwänden gegen neorealistic Analysen der internationalen Energiemärkte ist allerdings, dass sie hierbei auf ausgetretenen Argumentationswegen Kritik vorbringen, die von neorealistic Theoretikern wie Waltz schon bei der Konzeption ihrer Theorie bedacht und seitdem mit stoischer Gleichförmigkeit und ähnlichen Debattenversatzstücken abgeblockt werden:

“The American rhetoric of interdependence has taken on some forms of the qualities of an ideology. The word interdependence subtly obscures the inequalities of national capability” [...] “The inequality of nations produces a condition of equilibrium at a low level of interdependence” (Waltz 1970: 220, 223).

„A state worries about a division of possible gains that may favor others more than itself. [...] This simple thought explains quite a bit of the behavior of states: their imperial thrusts to widen the scope of their control and their autarchic strivings toward greater self-sufficiency” [...] “[Neorealism] makes assumptions about the interests and motives of states, rather than explaining them. What it does explain are the constraints that confine all states” (Waltz 1979: 106, 122).

„The structure of international politics is not transformed by changes internal to states, however widespread the changes might be” [...] “Structures shape and shove; they do not determine the actions of states” [...] “States are free to disregard the imperatives of power, but they must expect a price for doing so” (Waltz 2000: 10, 24, 37).

Diese Zitate aus fast dreißig Jahren IB-Theoriedebatte unterstreichen also, dass die naheliegendsten Einwände gegen die neorealistic Theorie mit dem Hinweis auf die Konzentration auf das internationale System abgeblockt werden können – empirische Abweichungen in den Außenpolitiken können als simple Fehler abgetan werden; Innenpolitik und transnationale Akteure ändern nichts

³⁴ Eine genaue Darstellung und Analyse von liberalen Theorieansätzen zur Interdependenz und ihrer Nützlichkeit für die Untersuchung der internationalen Energiebeziehungen erfolgt erst im nächsten Abschnitt.

an der Anarchie des internationalen Systems; Interdependenz ist eine abhängige Variable der Verteilung von *capabilities*.

Eine schlagkräftigere Kritik, die die obigen neorealistischen Analysen erfolgreich widerlegt, muss also nicht nur auf empirische Ungereimtheiten und zu starke Vereinfachungen verweisen, sondern vielmehr den Kern der neorealistischen Theoriekonzeption mit Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand Energiemärkte und –beziehungen widerlegen. Pointiert ausgedrückt: Es gilt nachzuweisen, dass Waltz' Theorie nicht nur zu viele Details ausblendet, sondern schon bei ihrer Entwicklung theoretische Aussagen gemacht wurden, die eine erfolgreiche Anwendung auf den Untersuchungsgegenstand ausschließen. Dazu ist ein detaillierter Blick in Waltz' Argumentation nötig: Kern der neorealistischen Theoriekonzeption ist eine mikroökonomische Analogie. Demnach sind „[i]nternational political systems, like economic markets, [...] formed by the coaction of self-regarding units“ (Waltz 1979: 91). Zunächst erscheint diese Analogie für den Untersuchungsgegenstand sogar als besonders treffend – schließlich wurde in Teil B auch immer wieder der Bezug zu ökonomischen Konzepten hergestellt, um die Grenzen der politikwissenschaftlichen Spezialisierung zu überwinden. Bei genauerer Gegenüberstellung der Ergebnisse von Teil B und der Marktanalogie wird allerdings deutlich, dass Waltz' Konzept gerade nicht zutrifft. Indirekt hat Waltz dies auch selbst in seine Argumentation eingebaut: „Reasoning by analogy is permissible where different domains are structurally similar“ (Waltz 1979:89). Und genau dies ist die Doppelstruktur der internationalen Energiemärkte und der Internationalen Beziehungen zwischen den Exporteuren und Importeuren gerade *nicht*: Waltz' Strukturkonzept passt zwar sehr gut auf die in Teil B als vergleichsweise statisch herausgearbeiteten ökonomischen Aspekte der internationalen Energiebeziehungen (vertikale Integration, Oligopole, Nachfrage- und Angebotsinelastizität) – was wohl der Effekt seiner an der Mikroökonomie angelehnten Vorgehensweise ist -, allerdings nicht auf die hiermit interagierende Struktur der Internationalen Beziehungen (vgl. Fazit von Teil B). Hier kann keinesfalls von einer automatischen, eventuell zeitverzögerten Ausgleichsbewegung hin zu einem neuen (Markt-)Gleichgewicht gesprochen werden: Vielmehr entwickelten sich aus dem komplexen Zusammenspiel unternehmerischer wie politischer Entscheidungen schnell abwechselnde Machtpositionen einzelner Akteure bzw. Akteursgruppen (*majors* in den Fünfziger und Sechziger Jahren, Exporteure in den Siebziger Jahren), jedoch niemals ein stabiles, lange anhaltendes Gleichgewicht. Auf den Punkt gebracht: Die in Teil B herausgearbeiteten Strukturelemente und deren Dynamik passen nicht mit dem statischen Strukturbild des Neorealismus zusammen, denn “[n]eorealism is statist before it is structuralist“ (Ashley 1986: 241).

Hiergegen ließe sich aus Sicht der Neorealisten als Argument anführen, dass sich zwar das erwartete Gleichgewicht noch nicht eingestellt habe, die realistische Konzeption aber aufgrund des anarchischen Charakters der internationalen Beziehungen, der unterschiedlichen *capabilities* der Akteure sowie deren funktionaler Ähnlichkeit im *self-help*-System dennoch auf die Energiebeziehungen anwendbar ist. Entsprechend deutet Waltz die Ölpreiskrise aus Sicht der Vereinigten Staaten: „The country that makes much of the world's goods [die USA] finds many more ways of taking care of itself than most other countries can hope to“ (Waltz 1979: 156) – die *capabilities* des Hegemons USA würden

es Washington erlauben, sich von externen Energielieferungen unabhängiger zu machen, sollte dies notwendig sein. Was ist nun gegen diese Interpretation einzuwenden? Zunächst ist Waltz und den aktuellen realistischen Analysen der internationalen Energiebeziehungen durchaus zuzustimmen, dass besonders mächtige Staaten mehr Mittel zur Abänderung und Beeinflussung von Energieabhängigkeiten und –märkte besitzen als Akteure mit geringen *capabilities*. Interessant ist allerdings jetzt wieder der Rückgriff auf Teil B dieser Arbeit – wann trat die Situation ein, dass Staaten mit Hilfe ihrer Machtmittel und ohne jede funktionale Ausdifferenzierung ihre Energiebeziehungen als *self-help* managten? Diese Konstellation war nach dem absoluten Zusammenbruch sämtlicher internationaler Handelsbeziehungen außerhalb von Allianzen und der absoluten Dominanz von Sicherheitsdenken in der Energiepolitik (Autarkiepolitik und physische Sicherung von Ressourcen) während des Ersten und Zweiten Weltkriegs zu beobachten. Seitdem hat vielmehr eine ständige funktionale Ausdifferenzierung zwischen Exporteuren und Importeuren stattgefunden; Rollen- beziehungsweise Funktionswechsel (vom Importeur zum Exporteur und umgekehrt) sind bis heute äußerst selten (etwa England und Norwegen in den Siebziger Jahren; China seit 1993). Gerade mit dieser Beobachtung lässt sich die realistische Perspektive auf die internationalen Energiebeziehungen besonders effizient widerlegen, lässt sie doch die gerne angebrachten Einwände – „Realism is a powerful flashlight in the room; even though it cannot illuminate every nook and cranny, it is a powerful tool for navigating through the darkness“ (Mearsheimer 2002: 11) – ins Leere laufen: Gerade die neorealistic Theoriekonzeption nach Waltz lässt Politikwissenschaftler sich in ihren Analysen der internationalen Energiemärkte und –beziehungen auf geopolitische Aspekte konzentrieren. Diese schlagen in dem vom Neorealismus modellierten Ausmaß allerdings erst in Situationen wie Weltkriegen durch. Pointiert ausgedrückt: Neorealismus betrachtet Energiebeziehungen im Licht eines sehr unwahrscheinlichen Extremszenarios; die abgeleiteten, eindimensionalen Politikempfehlungen für die Verbraucherstaaten (Diversifizierung nach Allianz-Kriterien) sind also hochgradig zweifelhaft.

II. „Interessen, Innenpolitik und Interdependenzen“- Liberale Analysen der Internationalen Energiemärkte

Eine weitere Denkschule der Internationalen Beziehungen, die sich in Konkurrenz zu neorealistic Perspektiven in die Debatte um die neue Situation auf den Weltenergiemärkten eingebracht hat, ist die des Liberalismus. Da das liberale Paradigma grundsätzlich noch heterogener als das realistische ist, muss hier zur Beleuchtung und Kritik der theoretischen Hintergründe dieser Analysen schon anfangs eine Einschränkung beziehungsweise eine Auswahl getroffen werden. Nach Auswertung der Debatte scheinen dabei folgende Argumentationsstränge als Gegenpol zu den oben besprochenen neorealistic Analysen im Vordergrund zu stehen: Erstens die Interdependenz zwischen Exporteuren und Importeuren, zweitens die jeweilige innenpolitische Konstellation und die sich daraus ergebenden präferierten Interessen der jeweiligen Staaten. Aus einer Durchsicht der hiermit korrespondierenden Theorieliteratur wurden für die Diskussion Keohanes und Nyes Interdependenzansatz sowie Moravcsiks

präferenzorientierte Theorie der Internationalen Beziehungen als besonders passend ausgewählt.³⁵

Keohanes und Nyes Ansatz konzentriert sich auf Interdependenzen als einschränkende, intervenierende Variable in den Internationalen Beziehungen. Dabei konzentrieren sie sich zwar grundsätzlich wie der Neorealismus auf die systemische Ebene der Internationalen Beziehungen, stellen allerdings in bestimmten *policy*-Bereichen und zwischen einigen Staaten einen Zustand komplexer Interdependenz fest. Dieser ist als Gegenpol zum neorealistischen Modell der Internationalen Beziehungen zu sehen, da hier durch die enge Verflechtung von Volkswirtschaften und Gesellschaften die Rolle von Machtmitteln (*capabilities*) schrumpft und die Bedeutung innenpolitischer sowie transnationaler Akteure und internationaler Organisationen steigt – Waltz' Modell des Staates als zentraler und unitärer Akteur gilt also hier nicht. Darüber hinaus verneinen die Autoren allerdings keinesfalls den Machtfaktor in Interdependenz-Beziehungen, denn diese können über die damit verknüpften Kosten durchaus asymmetrisch strukturiert sein, also einem Akteur Einflussmöglichkeiten und Vorteile verschaffen. Dies machen sie an den Kosten der Interdependenz fest – werden Interdependenzbeziehungen politisch beeinflusst (etwa durch Handels-sanktionen), so lassen sich Machtpositionen anhand der Verteilung der anfallenden Kosten ermitteln: Muss ein Staat seine *policies* anpassen, um die Kosten zu vermeiden, so ist er anfällig (*sensitive*); kann er dies nicht, so ist er verwundbar (*vulnerable*). Die ungleiche Verteilung von Anfälligkeiten und Verwundbarkeiten in verknüpften Politikfeldern (*issue structures*) schafft dann Anreize zur Zusammenarbeit in spezifischen Themen, es kommt zur Regimebildung. Decken sich die Resultate (*outcomes*) dieser Regime nicht (mehr) mit der Verteilung der Anfälligkeiten und Verwundbarkeiten, so werden neue Regime ausgehandelt³⁶ (vgl. Keohane/Nye 1977: 3-62).

Aus Sicht des Interdependenz-Ansatzes sind folgende *policies* in Anbetracht der aktuellen Verschiebung auf den internationalen Energiemärkten zu empfehlen: Die komplexe Verknüpfung von Volkswirtschaften und Staaten in *issue structures* wie den internationalen Energiebeziehungen lässt unilaterales Handeln ineffizient werden; multilaterale Kooperation in internationalen Organisatio-

³⁵ Auf den ersten Blick mag es überraschen, dass Keohanes oft als „neoliberaler Institutionalismus“ bezeichneter Zugriff aus „After Hegemony“ (1984) explizit nicht ausgewählt wurde. Dies ist durch die Fragestellung dieser Arbeit, die Empirie der internationalen Energiebeziehungen sowie dem konkreten Theoriezuschnitt Keohanes in diesem Buch zu begründen: *Erstens* will diese Arbeit die aktuelle Debatte und ihre theoretischen Hintergründe aufarbeiten – Keohanes institutionalistischer Ansatz spielt dabei kaum eine Rolle. *Zweitens* werden die Energiebeziehungen zwar von Institutionen und Regimen beeinflusst und flankiert (IEA bspw.), dies allerdings keineswegs so stark wie andere Politikbereiche wie etwa das Nichtverbreitungsregime – der Mehrwert einer Einbeziehung von Keohanes Zugriff ist hier also eher zweifelhaft. *Drittens* nähert sich Keohane in *After Hegemony* so stark an den Neorealismus von Waltz in seinen zentralen theoretischen Annahmen an, dass sich bei einer genauen Diskussion zu viele Doppelungen mit dem Neorealismus-Abschnitt ergeben würden.

³⁶ Demnach wäre etwa die Neuaushandlung des *posted price* durch die Gründung der OPEC gegenüber den Ölfirmen 1960 folgendermaßen zu interpretieren: Der *outcome* der bisherigen Regelung waren geringe Gewinnbeteiligungen für die Exporteure und ein hoher Profit für die Energieunternehmen. Da die Verwundbarkeit der Firmen gegenüber den Exporteuren aufgrund der Marktverschiebungen der Fünfziger Jahre zugenommen hatte (vgl. Teil B), mussten diese einer Neuregelung mit höheren Gewinnbeteiligungen für die Exporteure zustimmen. Das 50:50-„Regime“ entstand.

nen und Regimen zwischen Exporteuren, Energieunternehmen und Importeuren ist daher zur Vermeidung von Wohlfahrtsverlusten und anderen negativen Effekten notwendig.

Andrew Moravcsiks neuere liberale Theorie der Internationalen Beziehungen fordert den Realismus direkter heraus: Anstatt nur eine Modifikation für Sonderfälle der Internationalen Beziehungen (*complex interdependence*) anzubieten, entwickelt er eine eigenständige liberale Theorie als Konkurrenzmodell. Dies erreicht er durch die Verknüpfung eines Rückgriffs auf klassische liberale Themen und Ansätze -methodologischer Individualismus, Republikanischer Liberalismus nach Kant, ökonomischer Liberalismus nach Smith, ideeller Liberalismus nach Hamilton- mit positivistischen Kriterien zur Bewertung von Theorien. Ergebnis ist eine gesellschafts- beziehungsweise präferenzorientierte Theorie der Internationalen Beziehungen: „Variation in ends, not means, matters most“ (Moravcsik 1997: 522). Genau diese Interessen und abgeleitete Zielvorstellungen, die sich aus den Aushandlungsprozessen in den jeweiligen Staaten ergeben, sind der Schlüssel zum Verständnis der Internationalen Beziehungen: Aus der Summe der (innenpolitisch ausgehandelten) Interessen der Staaten entsteht die die internationale Handlungsfreiheit einschränkende primäre Systemstruktur der Internationalen Beziehungen. Realistische und institutionalistische Elemente (Verteilung von *capabilities*; Informationsasymmetrien usw.) greifen erst als sekundäre Variablen (vgl. Moravcsik 1997).

Folgt man Moravcsiks Argumentation, so sollten Staaten und Interessengruppen internationale Koalitionen mit ähnlichen bis komplementären Interessen bilden – denkbar wäre eine Gruppe aus Exporteuren und Energieunternehmen für die Durchsetzung hoher Energiepreise oder Importeuren und verarbeitender Industrie für niedrige Preise; in Anbetracht volatiler Energiepreise wäre die gemeinsame Aushandlung eines Preiskorridors und Maßnahmen zu dessen Stabilisierung zwischen beiden Gruppen naheliegend.

Genau diese Ansätze finden sich auch (wieder meistens implizit) in der aktuellen politikwissenschaftlichen Debatte:

„Ohne Zweifel berührt Chinas internationale Energiepolitik bereits heute die *Interessen* westlicher Importländer. [...] [Allerdings] besteht eine breite *Schnittmenge gemeinsamer Interessen*. Am grundsätzlichsten ist das *Interesse* aller am Welthandel beteiligten Länder, dass China als ‚Motor der Weltkonjunktur‘ weiterhin über eine ausreichende und günstige Energieversorgung verfügt.[...] Ebenso grundlegend ist das *klimapolitische Interesse* an einer deutlichen Reduzierung der Kohlenstoffdioxidemissionen [Chinas] [...]“ (Mayer 2007: 69; Hervorhebung durch den Verfasser).

„[Die geopolitische Argumentation] übersieht allerdings die *geschäftlichen Interessen* der beteiligten *Unternehmen*. Gasprom [sic!] ist auf seine Exporterlöse und seinen Ruf als verlässlicher Lieferant entscheidend angewiesen und wäre daher keineswegs geneigt, sie einer russischen ‚Energieaußenpolitik‘ unterzuordnen, die seine *kommerziellen Interessen* erheblich schädigen würde. Die These der ‚asymmetrischen Abhängigkeit‘ zu Lasten der Konsumentenstaaten ist daher kein überzeugender Einwand gegen die offenbare *starke gegenseitige Abhängigkeit* [=Interdependenz!] von Lieferanten und Abnehmern [...] (Götz 2007a: 22; Hervorhebung durch den Verfasser).

„Die chinesische Energiediplomatie befindet sich gerade in der Golfregion keineswegs auf Konfrontationskurs mit den USA. Im Gegenteil: Gerade dort lassen *gemeinsame strategische Interessen* [gemeint sind Stabilität und eine Ausweitung der Erdölförderung] die chinesische Führung im Sinne Washingtons handeln“ (Gu / Mayer 2007: 126; Hervorhebung durch den Verfasser).

„[Die starke Position von Hugo Chavez] originates not only in Chavez ability to shape Venezuela's and the region's agenda, but also in the failure of other governments to do so. His legitimate and well-expressed concern for *social questions* [also innenpolitische Interessen, nicht Erdöl!] strikes a chord in Latin America [...]. [A] U.S. strategy must be built around efforts to [...] address *the conditions* [also innenpolitische Interessenkonflikte] *that gave rise to Chavez in the first place*“ (Shifter 2006: 58f. Hervorhebung durch den Verfasser).

Warum sollte der theoretische Hintergrund dieser Analysen (vgl. auch Douglas / Nelson / Schwarz 2006; ICG 2008) nun auf die internationalen Energiemärkte und –beziehungen nicht zutreffen? Ähnlich wie bei der Diskussion des neorealistischen Analysezugriffs muss hierzu ein detaillierter Blick in die jeweiligen theoretischen Argumentationen folgen.

Die Nützlichkeit von Keohanes und Nyes Ansatz lässt sich am besten anhand des von ihnen favorisierten *issue-structure*-Modells (vgl. Keohane/Nye 1977: 49-52) abwägen. Hierbei wird ein Politikfeld, auf das die realistischen Annahmen (*capabilities* als militärische Macht operationalisiert usw.) nicht anwendbar sind, mit Hilfe der Annahmen des Modells der *complex interdependence* untersucht. Zunächst scheint dieser Ansatz besonders gut auf die Energiebeziehungen zu passen, denn wie die Autoren richtig anmerken ist „power in petroleum issues [...] distributed very differently than in other areas of world politics“ (Keohane/Nye 1977: 50). Die beobachtete spezielle Machtverteilung wird allerdings lediglich bei Staaten gesehen; ein Wandel in deren Machtposition (ausgedrückt durch *vulnerability*) schlägt dann auf das Energieregime durch. Das Konzept zielt also interessanterweise nicht auf Machtbeziehungen außerhalb von staatlichen Institutionen ab. Vielmehr fixiert es das Forschungsinteresse exklusiv auf exakt den Bereich, der in einem (neuen) Regime geregelt wird. Das Resultat dieses Vorgehens ist dann in Beiträgen abzulesen, die extrem detailliert die Entscheidungsmechanismen und den institutionellen Zuschnitt der IEA als Reaktion auf die gestiegene Verwundbarkeit der Importländer bezüglich des Einsatzes einer Ölwanne analysieren (vgl. insbesondere Keohane 1978; Keohane 1984: 217-242) und darüber jede Analyse des internationalen Energiegeschäfts und verknüpfter *policy*-Bereiche (etwa das Ende von *Bretton Woods*) vernachlässigen. Dies ist allerdings eine massive Beschränkung auf einen viel zu kleinen Teil des Untersuchungsgegenstands, denn wie in Teil B herausgearbeitet ist die IEA vielmehr ein winziger Aspekt dieses Politikfelds. Ein Einsatz des Krisenmechanismus ist auf Extremsituationen begrenzt und die relevanten Verschiebungen auf den Energiemärkten waren weder konkret von diesem Regime induziert noch haben sie massive institutionelle Rückwirkungen gehabt. Die Konzentration auf Interdependenzen und die aus ihnen erwachsenden Anfälligkeiten, Verwundbarkeiten und Kooperationsbeziehungen führt also in der

tautologischen Form³⁷ wie sie Keohane und Nye vorschlagen zu einer starken Verengung politikwissenschaftlicher Untersuchungen auf einen kleinen Bereich der Energiebeziehungen und verdeckt damit viel relevantere Entwicklungen wie das Aufkommen von *spot*-Märkten und deren Rückwirkung auf die Machtbeziehungen in dem Politikfeld. Ferner führt die Konzentration auf die institutionalisierten Kooperationen (Regime) dazu, diese sich sehr langsam verändernden Untersuchungsgegenstände als Gradmesser für das Politikfeld zu übernehmen und dabei externe Dynamiken zu übersehen oder unterzubewerten.³⁸ Zusammengefasst scheint damit der *complex interdependence*-Ansatz als Alternative zum Realismus absurderweise dessen Schwächen (statisch, staatszentriert etc.) zu übernehmen und gleichzeitig dessen Stärken (*parsimony*) zu verlieren.

Wie schlägt sich nun die neuere und präziser formulierte Variante dieses Ansatzes? Moravcsiks Sicht der Internationalen Beziehungen scheint ebenso zunächst besonders gut auf den Untersuchungsgegenstand zu passen: Der in Teil B immer wieder auftauchende Zielkonflikt der Energiepolitik und die damit zusammenhängenden Aushandlungsprozesse sowie der beständige Einfluss starker Interessengruppen (Anti-AKW-Bewegung, *Independents*, *majors* usw.) auf nationaler wie internationaler Ebene scheint Moravcsiks durchaus beeindruckende Theoriekonzeption zunächst als sehr geeigneten Ansatz erscheinen. Besonders hervorstechend ist dabei seine die klassische realistische Kritik (*reductionism* nach Waltz) antizipierende Übertragung des liberalen, interessenbeziehungsweise präferenzorientierten Ansatzes auf das internationale System:

„[A]ccording to liberal theory the expected behavior of any single state – the strategies it selects and the systemic constraints to which it adjusts – reflect not simply its own preferences, but the configuration of preferences of *all* states linked by patterns of significant policy interdependence. National leaders must always think systematically about their position in a structure composed of the preferences of other states” (Moravcsik 1997: 523, Hervorhebung im Original).

Ironischerweise ist es gerade dieser auf den ersten Blick besonders gelungene intellektuelle Coup Moravcsiks, der den praktischen Nutzen seiner Theoriekonzeption für den Untersuchungsgegenstand internationale Energiemärkte und –beziehungen schmälert beziehungsweise deutlich dessen Grenzen aufzeigt. Nimmt man nämlich die Präferenzen sowohl der Exporteure wie auch der Importeure als zentralen Ausgangspunkt für eine Analyse, so erscheint der spezifische Verlauf mancher Energiekonflikte nicht vollständig erklärbar: Wie in Teil B herausgearbeitet wurde, war seit den Fünfziger Jahren das Interesse einiger Exporteure (etwa Libyen, Ägypten) durchaus vorhanden, die verhassten westlichen Importeure (und ehemaligen Kolonialisten) durch den Einsatz einer Energiewaffe in Form eines Embargos politisch zu treffen und auch ihren eige-

³⁷ Interdependenz ist gleichzeitig ein festgestellter Zustand und auch Folge. Damit werden keine Aussagen über Entstehung und Dynamik der Beziehung gemacht – ein Umstand, den die Autoren auch selber offen zugeben (Keohane/Nye 1987: 738).

³⁸ Als Beispiel ist hier das Analyseergebnis von Keohane (1984: 240) anzuführen: „The IEA played an important role in that crisis [die zweite Ölpreiskrise] [...] But to be successful, these institutions require not just a pattern of common underlying interests but a sufficiently favorable environment[...]“. Gerade die genaue Untersuchung dieses Umfelds – also der Marktbedingungen des Energiemarkts und der Regeln des Energiegeschäfts – unternimmt Keohane allerdings in seinem Buch kaum.

nen Profit zu maximieren. An einer erfolgreichen Durchführung wurden sie jedoch bis 1973 nicht durch eine Interessenkoalition der Importeure, dies zu verhindern, gehindert. Wie herausgearbeitet wurde, taten diese über Dekaden hinweg ziemlich wenig für ihre Energiesicherheit. Vielmehr war es die sich wandelnde Lage des Internationalen Energiemarktes *in Kombination* mit Verschiebungen der Interessenlage zentraler Exporteure wie Saudi-Arabien, die das erste erfolgreiche Ölembargo von 1973 möglich machten – und auch die Macht der Exporteure bis Mitte der Achtziger Jahre wieder rapide verfallen ließ. Und gerade dieser wesentliche Faktor der internationalen Marktlage und -regeln wird nicht von Moravcsiks Konzeption von System als *configuration of preferences of all other states* in einem von *policy*-Interdependenz geprägten Politikfeld abgedeckt: Vielmehr sind die dort geltenden Regeln und Beschränkungen (Nachfrage- und Angebotsinelastizität, Oligopol) direkte Folgen der ökonomischen Zwänge und funktionellen Besonderheiten des internationalen Energiegeschäfts.

Diese Beobachtung lässt sich übrigens nicht nur für weiter zurückliegende Ereignisse wie die Ölpreiskrise 1973 machen, sondern auch für die aktuellen Entwicklungen der internationalen Energiebeziehungen. Yergin stellt bezüglich der massiven Preissteigerungen auf den *spot*-Märkten und Terroranschlägen auf Energieinfrastruktur durchaus zutreffend fest, dass „[e]nergy interdependence and the growing scale of energy trade require *continuing collaboration among both producers and consumers* to ensure the security of the entire supply chain“ (Yergin 2006:78; Hervorhebung durch den Verfasser). Folglich besteht durchaus eine ausreichend große, grundlegende Interessenkonvergenz aller relevanten Akteure (Unternehmen, Exporteure, Importeure), zusammenzuarbeiten und die Energiemärkte zu stabilisieren. Dies würde für die Exporteuren und Energieunternehmen kalkulierbare Gewinne und die Importeuren berechenbare Kosten bedeuten. Die fortwährenden Schwierigkeiten hierbei und die volatilen internationalen Preise resultieren also nicht aus einer diametralen Interessenlage, sondern aus den immer noch präsenten ökonomischen Regeln der Energiemärkte (vgl. ebd.: 79ff.).

Zusammengefasst scheitern also ältere wie neuere liberale Ansätze – trotz der durchaus gelungenen Weiterentwicklung durch Moravcsik – an dem Untersuchungsgegenstand, da sie beide massive Schwierigkeiten haben, die ökonomischen Aspekte des Politikfelds richtig zu erfassen.

III. Energiediskurse und policy-Narrative – Konstruktivistische Analysen der Energiebeziehungen

Als dritte, neuere politikwissenschaftliche Denkschule analysiert der Konstruktivismus die Energiebeziehungen. Obwohl diese Beiträge in der Debatte um die politikwissenschaftliche Bewertung der internationalen Energiebeziehungen quantitativ eine geringere Rolle als realistische und liberale Ansätze spielen, dürfen sie aufgrund der theoriekritischen Ausrichtung dieser Arbeit nicht übersehen werden. Konstruktivistische Ansätze lassen sich - stark vereinfacht - auf folgende Grundannahmen und Ausgangspunkte zurückführen: Realität wird durch Akteure und deren soziales Handeln erst eine konkrete Bedeutung zugewiesen. Dadurch konstruieren die Akteure handlungsbeschränkende Strukturen, welche allerdings auch durch veränderte Handlungsmuster neu gebildet beziehungsweise re-konstruiert werden können – Strukturen und Akteure

beeinflussen sich also gegenseitig.³⁹ Die Möglichkeit einer Rekonstruktion beziehungsweise Neuinterpretation von Strukturen und Akteuren ist insbesondere zu Krisenzeiten gegeben, da hier *policies* hinterfragt und neu ausgehandelt werden können. Daraus resultiert ein Forschungsprogramm, das stärker an politischen Diskursen und den in ihnen stattfindenden intersubjektiven Bedeutungszuweisungen interessiert ist als die stärker an materiellen Faktoren und rationalen, nutzenmaximierenden Akteuren orientierten Realisten und Liberalen (vgl. Ulbert 2005: 5-10).⁴⁰

Diese Ansätze finden sich auch in der aktuellen Debatte um die Verschiebungen in den internationalen Energiemärkten:

„*Mutual othering* between the EU and Russia is a *constitutive phenomenon*, leading to a situation where the *identity of each party* becomes crucially dependent on the *image of the other* as a geopolitical competitor, and potentially an adversary. The positive image of the EU [...] is melting into the undifferentiated figure of the west as the eternal antagonist. Conversely, the current pan-European *discourse* [...] is recreating the Cold War descriptions of Russia [...]. [Thus,] given the significance of energy for Russia's economy and its role in global affairs, this policy sector becomes increasingly politicized and securitized” (Morozov 2008: 59; Hervorhebung durch den Verfasser).

“[I]n order to devise grounds for energy policy making, [...] I suggest that they [=policy makers] will need to resort to story telling. [...] [T]he EU-Russia energy dialogue *becomes understood as a larger story in the writing*, and where two parties are trying to address mutual concerns [...]. [T]he language we use for its own part helps to construct our realities within the material constraints set by issues like availability of energy and other resources [...] (Aalto 2008: 29f.; Hervorhebung durch den Verfasser).

„ [O]pponents of the ECT [=Energy Charter Treaty] were able to *elaborate their arguments* against the agreement to undermine the arguments of proponents, *reframe the meaning* of the ECT for decision makers so that they no longer saw it as in the national interest and tied the interest of the state to the interest of Gazprom. [...] [Thus,] Russia's foreign policy with respect to the ECT *changed due to change in thinking about the national interest* rather than due to systemic materialist, institutional, cultural or personal factors” (Barkanov 2007: 10f., 55; Hervorhebung durch den Verfasser).

³⁹ Zum Vergleich: Waltz sieht den (anarchischen) Charakter der Internationalen Beziehungen als eine unausweichliche, die Aktionen der Akteure einengende Struktur. Moravcsik nimmt hingegen den Akteur als Ausgangspunkt, durch dessen Handlungen (bzw. Interessen) in Verbindung mit Handlungen anderer Akteure erst die Struktur entsteht.

⁴⁰ Selbstverständlich ist auch diese Zusammenfassung des Konstruktivismus eine grobe Vereinfachung. Es ließe sich beispielsweise zwischen stark staatsorientierten *mainstream*-Konstruktivisten (Alexander Wendt) und stärker sprachfixierten, mit linguistischen Methoden (Inhaltsanalyse etc.) arbeitenden Konstruktivisten (bspw. Barry Buzan und die *copenhagen school*) weiter differenzieren. Für die hier vorgenommene Analyse der Debatte um Energiesicherheit ist dies allerdings nicht notwendig.

Auf den ersten Blick scheint diese Perspektive nach den enttäuschenden, weil doch sehr stark verengenden oben diskutierten Theorieansätzen Neorealismus und Liberalismus eine interessante Alternative zu bieten. Schließlich beginnt ein zentrales Werk dieser Theorieschule mit der durchaus richtigen Feststellung, „[t]he fact that Neorealists and Neoliberals agree on so much [Anarchie, Staatszentriertheit etc.] has contributed to progress in their conversation, but has also substantially narrowed it“ (Wendt 1999:3). Auch scheinen die zentralen, teilweise älteren Ausgangspunkte der Entwicklung des konstruktivistischen Paradigmas zentrale Beobachtungen und Vermutungen aus Teil B zu reflektieren: Akteure haben durchaus die Möglichkeit, Strukturen zu manipulieren, etwa wie die wiederholte Zerschlagung der vertikalen Integration der Energiefirmen und die dauerhafte Etablierung von *spot*-Märkten Mitte der Siebziger Jahre. Gleichzeitig schränken die Strukturen wie die oligopolistischen Energiemärkte die Handlungsfreiheit von Akteuren ein – allerdings nur so lange, wie diese von den Akteuren selbst durch ihre Handlungen dauerhaft reproduziert werden. Der schnelle Wechsel von Machtpositionen während internationaler Krisen in den Energiebeziehungen über teilweise weniger als eine Dekade hinweg scheint also wie geschaffen für konstruktivistische Zugriffe. Wendts theoretische Ausführungen – „If the properties of states and system structures are both thought to be causally relevant to events in the international system, and if those properties are somehow interrelated, then theoretical understandings of both those units are necessary [...]“ (Wendt 1987: 365) – treffen also durchaus einen wunden Punkt der oben diskutierten realistischen und liberalen Analysen: Die Bevorzugung von Strukturen oder Akteuren in den internationalen Energiebeziehungen führt zwangsweise zu den herausgearbeiteten Analysefehlern. Nur eine genaue Zerlegung und Analyse der Akteure wie Strukturen und deren Wechselwirkungen erlaubt einen besseren Zugriff. Der Aussage „Energiebeziehungen und -märkte sind das, was die Akteure daraus machen“ (vgl. analog Wendt 1992) ist also durchaus zuzustimmen.

Das Problem an konstruktivistischen Analysen der internationalen Energiebeziehungen und -märkte ist also nicht ihr vor über zwanzig Jahre entwickelter theoretischer Kern – die Kodetermination von Strukturen und Akteuren –, sondern vielmehr die daraus abgeleitete Epistemologie: Alle oben knapp zitierten Arbeiten zu den Verschiebungen in den internationalen Energiebeziehungen analysieren interpretativ die öffentlichen Statements von Amtsträgern, Regierungsvertretern und Energieunternehmen und schließen daraus auf deren Konstruktion von Realität. Diese Konzentration auf qualitative Diskursanalyse als Hauptmethode der politikwissenschaftlichen Analyse ist allerdings für den Untersuchungsgegenstand extrem ungeeignet, da hierdurch dessen mit Abstand von der materiellen Realität (politisch wie ökonomisch) teilweise absurd abgehobenster, verzerrender Aspekt herausgestellt wird: die öffentliche Debatte über die tatsächlichen Implikationen internationaler energiepolitischer Entwicklungen.

Diese zunächst sehr drastisch wirkende These soll an einigen älteren wie neueren Debattenbeispielen belegt werden; dabei wird teilweise auf bereits in Teil B analysierte Ereignisse zurückgegriffen.

Als klassische Krisensituationen im Sinne des konstruktivistischen Zugriffs sind definitiv die Ölpreiskrisen der Siebziger Jahre zu begreifen – Allianzsysteme wie die NATO gerieten unter Druck, ebenso mussten die jeweiligen *policies*

in den Importstaaten neu ausgehandelt, angepasst und kommuniziert werden. Was ist nun an diesen Kommunikationsprozessen als verzerrend anzusehen? Zunächst fällt bei der Reaktion auf das arabische Ölembargo 1973 die Fehldeutung der Funktionsweise des internationalen Energiemarktes und der Energieunternehmen ins Auge. Der größte Teil der Presseanalysen (vgl. die Übersicht bei Hohensee 1989: 136-146; Hohensee 1996: 109-174) sah den internationalen Erdölmarkt weniger als einen Angebot und Nachfrage über den Preis ausgleichenden Mechanismus mit speziellen Eigenschaften (Nachfrage- und Angebotsinelastizität, Oligopol), sondern interpretierte die Energiebeziehungen zwischen Importeuren und Exporteuren als eine Art bilateralen Austausch im Sinne eines *barter deals*.⁴¹ Daraus resultierte die (bis in Regierungskreise verbreitete) Einschätzung, dass bei einem Embargo seitens der Exporteure exakt dieser Lieferumfang an Erdöl ausfallen werde. Damit hätten die arabischen Exporteure trotz ihrer schwachen Volkswirtschaften und geringen militärischen Mittel eine dauerhaft starke Machtposition aufgebaut. Die in Teil B knapp dargestellte Panikreaktion und Ohnmachtsgefühle insbesondere der westeuropäischen Entscheidungsträger gingen direkt auf diese analytische Fehlleistung von öffentlichen Diskursen zurück – was sich auch an der Reaktion mancher Diplomaten erkennen lässt, die im Anschluss an die Krise überteuerte *barter-deals* oder *government-to-government*-Geschäfte über Erdöllieferungen abschlossen (vgl. Neff 1981; Yergin 1991: 619ff.). Denn wie in Teil B herausgearbeitet wurde kam es trotz des Embargos durch die Umleitung von Erdöllieferungen durch die Energiefirmen zu keinen massiven Lieferausfällen bei den westlichen Importeuren – das in der Öffentlichkeit vorherrschende „melodrama usually associated with the relief of a beleaguered fortress“ (Yergin 1991: 629) traf also die tatsächliche Lage keineswegs. Dies führte zu falschen *policies*, die zwar der Wahrnehmung der jeweiligen Entscheidungsträger bezüglich des Problems entsprachen – „Energiebeziehungen sind bilateral; auf ein Embargo muss daher mit bilateralen *barter deals* geantwortet werden“, also wurden *barter deals* abgeschlossen – jedoch im Anbetracht der tatsächlichen Situation hochgradig kontraproduktiv waren. Anstatt den in Teil B durch die Verschiebung auf die *spot*-Märkte festgestellten Machtverlust der Exporteure korrekt einzuordnen, behinderten die *government-to-government*-Geschäfte eher den Marktmechanismus und die im Energiehandel erfahreneren Unternehmen.

⁴¹ Interessanterweise hält sich diese Fehlinterpretation des internationalen Erdölmarktes als bilaterales *barter*-Geschäft bis heute auch in wissenschaftlichen Analysen: „China bezieht über ein Drittel seines Rohöls aus dem Nahen und Mittleren Osten, Japan sogar rund 80 Prozent. Eine Schließung des Rohölflusses aus dem Mittleren Osten [durch die Verminung der Straße von Hormuz] würde also vor allem die aufstrebenden Volkswirtschaften Chinas und des asiatisch-pazifischen Raumes sowie Japan betreffen“ (Lippke 2006:4). Diese Einschätzung ist bestenfalls teilweise richtig: Zwar würde eine Sperrung des Persischen Golfs durch Iran den Ölpreis schnell ansteigen lassen und dies auch die Volkswirtschaften der südostasiatischen Staaten massiv treffen. Allerdings gerade *nicht* aufgrund ihrer quantitativ besonders starken Lieferbeziehung zum Mittleren Osten, sondern aufgrund des Preismechanismus der *spot*-Märkte - steigt hier der Preis in Dollar, schlägt dies auf die Zahlungsbilanz der Importeure durch. Einfach gewendet: Sinkt die verfügbare Menge, steigt der Preis und nur noch die zahlungskräftigen Kunden können sich die teurere Lieferung leisten. Eine intelligentere Indikatorenwahl wäre daher beispielsweise die nationale Zahlungsbilanz (insbesondere Dollarüberschüsse). Im Anbetracht dessen scheint eine Sperrung der Straße von Hormuz Japan weniger zu treffen als die schwächeren Volkswirtschaften Südostasiens.

Besonders obskure Wirkungen hatte diese verzerrte Wahrnehmung der konkreten ökonomischen Zusammenhänge in den USA, der Heimat der Erdölindustrie: In der Folge der kurzfristig extrem gestiegenen Benzinpreise sahen sich die amerikanischen Erdölunternehmen dem Vorwurf ausgesetzt, den Preisanstieg selbst verursacht zu haben; Folge waren diverse Initiativen im Kongress zur Zerschlagung der Erdölkonzerne (vgl. NSIC 1977). Hätten diese Maßnahmen Erfolg gehabt, so wäre zwar auf den ersten Blick die oligopolistische Struktur des Energiemarkts massiv in Richtung eines vollständigen Wettbewerbs verändert worden. Insbesondere in der damaligen Situation wäre dies allerdings hochgradig kontraproduktiv gewesen: Zwar fallen wie in Teil B herausgearbeitet durch die oligopolistische Struktur der Energiemärkte den Marktteilnehmern Profite weit über ihren Grenzkosten zu – diese können allerdings nach einer Nationalisierung von *upstream-assets* zur Erschließung alternativer Förderregionen genutzt und damit die vertikale Integration wieder vervollständigt werden. Zerschläge man nun allerdings die vorhandenen Konzerne und deren nach der Nationalisierung nur noch teilintegrierte Produktionskette vollständig, so würden diese „serve its stockholders by spending management time on getting the most of the split-up of existing assets, not on planning for new spending which is only one tenth as large“ (Adelman 1977:10). Auf den Punkt gebracht: Eine vollständige Zerschlagung der vertikalen Integration der Energieindustrie hätte insbesondere in der Situation nach der ersten Ölpreiskrise eine Schwächung der Marktteilnehmer bedeutet. Dies hätte den Ausfall zentraler Investitionen zur Folge und käme deswegen einer politisch herbeigeführten Verlängerung der Hochpreisphase beim Erdöl gleich – ein Analyseergebnis, das mit konstruktivistischen Ansätzen und Diskursanalyse kaum zu leisten ist.

Diese massive Kritik an den diskursanalytischen Methoden des Konstruktivismus lässt sich auch auf die heutige Debatte problemlos ausdehnen. Die oben angeführten realistischen und liberalen Analysen lassen sich im konstruktivistischen Sinne als Diskursbeiträge auffassen, die lediglich unterschiedliche Konstruktionen bei der Wahrnehmung eines materiellen Problems darstellen. Analog zu Wendt – „a constructivist analysis [...] is at base cognitive rather than behavioral [...]“ (Wendt 1992: 417) - wäre dann der nächste Analyseschritt, eine genaue Verfolgung des Diskurses über das Thema Energiesicherheit in den jeweiligen nationalen wie internationalen *epistemic communities* aus Experten und Politikern anzustellen: Dies erlaube Rückschlüsse über die Konstruktion der Realität der Energiemärkte und –beziehungen in den jeweiligen Staaten, deren *policies* werden dadurch als eher realistisch oder liberal konstruiert erklärbar. Was dieses Vorgehen allerdings nicht leisten kann (und will), ist die oben vorgenommene kritische Zerlegung der realistischen wie liberalen Argumente für ihre jeweilige Interpretation der Situation. Vielmehr werden diese als Konstruktionen in ihrer Angemessenheit bezüglich der tatsächlichen Logik der Energiemärkte oder als Abbild des Einflusses einer mächtigen Interessengruppe gar nicht mehr hinterfragt, sondern als geradezu apolitischer Ausgangspunkt für eine interpretative Analyse genommen (vgl. detailliert Zehfuss 2002). Besonders deutlich wird dies auch in der oben knapp zitierten Arbeit Barkanovs. Zwar stellt er auf Basis einer Inhaltsanalyse durchaus richtig das “[reframing] of the ECT for decision makers so that they no longer saw it as in the national interest and *tied the interest of the state to the interest of Gazprom*“ (Barkanov 2007: 55; Hervorhebung durch den Verfasser) fest. Dabei übersieht er allerdings eine konkrete Bewertung dieser Diskurs- und Politikverschiebung, bei der

Russlands Interessen mit denen von Gazprom als gleich angenommen werden: Vermutungen über eine mögliche zentrale Rolle des russischen Energieunternehmens bei der Steuerung dieses Diskurses in seinem Interesse und die Frage, ob dieses festgestellte *reframing* überhaupt tatsächlich in Russlands langfristigen volkswirtschaftlichen Interesse als Anbieter auf regionalen Gasmärkten ist, kommen in seiner Analyse überhaupt nicht vor.

Dieses aktuelle Problem von -aus politökonomischer Perspektive betrachteten- zweifelhaften Entscheidungen, die allerdings durch realitätsferne Diskurse und Mythen legitimiert werden, ist nicht auf Russland beschränkt. Auch in den USA wurde 2005 das Übernahmeangebot des chinesischen *offshore*-Spezialisten CNOOC für die zum Verkauf stehende amerikanische Erdölfirma UNOCAL nach einer von Sicherheitsbedenken gegenüber dem Staatsunternehmen geprägten Debatte im US-Kongress zurückgezogen. Den Zuschlag erhielt das schlechtere Gebot des US-Energiekonzerns ChevronTexaco (vgl. Kielmas 2005: 27f.). Auf den ersten Blick wurde damit zwar die Übernahme eines US-Unternehmens durch einen für die nationale Energiesicherheit bedrohlichen Staatskonzern, der Erdöl (angeblich) exklusiv für die chinesische Volkswirtschaft erschließt, verhindert. Analysiert man die Situation allerdings genauer, so wird deutlich, dass selbst wenn dies tatsächlich die Absicht CNOOCs gewesen wäre, dies sowohl den globalen Energiemarkt wie auch die US-Wirtschaft entlastet hätte: Durch den (möglicherweise überbewerteten) Kauf hätte CNOOC ein mitten in einem Umstrukturierungsprozess stehendes Unternehmen erworben, das sich seit der Jahrtausendwende zunehmend von seinem Nordamerikageschäft getrennt hat. UNOCAL hielt nur noch geringe Beteiligungen (zwischen 15-28%) an *upstream*-Aktivitäten von British Petroleum im Golf von Mexiko, *downstream-assets* (Raffinerien) in Texas hatte das Unternehmen schon in den neunziger Jahren an die PDVSA-Tochter CITGO verkauft. Damit konzentrierte sich die Geschäftstätigkeit von UNOCAL zunehmend auf Südostasien (insbesondere Indonesien, Thailand), wo es durchweg Mehrheitseigner von Investitionen in Gasfelder war (vgl. UNOCAL 2003; UNOCAL 2004). Es stand also ein Energieunternehmen zum Verkauf, das sich zunehmend in seinen Explorationstätigkeiten in Richtung des aufstrebenden asiatischen Marktes orientiert hatte und sich dabei auf den noch unterentwickelten Erdgassektor der Region konzentrierte. Für CNOOC, die ebenfalls in der Region insbesondere in der *offshore*-Förderung im chinesischen Meer tätig sind, wäre UNOCAL somit ein wertvoller Zukauf im eigenen Hauptmarkt – insbesondere da CNOOC ebenfalls stark in die Erdgasexploration der Region investierte: Die Fördermenge des Unternehmens stieg von 195 mmcf/d (million cubic feet/day) im Jahr 2001 zu 559 mmcf/d bis Ende 2007 (vgl.: CNOOC 2006: 3f.; CNOOC 2007: 3ff.). Mit dem Kauf von UNOCAL wäre also die vertikale Integration von CNOOC insbesondere im ostasiatischen Erdgassektor gestiegen – wie in Teil B herausgearbeitet wurde, ist diese Unternehmensform eine wesentliche Voraussetzung für ein dauerhaftes Bestehen im Energiesektor. Damit wird deutlich, dass das Übernahmeangebot von CNOOC ökonomisch motiviert war, die Debatte im Kongress mit ihrer Sorge um die Versorgungssicherheit der USA also an der Realität vorbeiging – insbesondere da die US-Wirtschaft ihre Energieträger nicht aus Südostasien, sondern aus der Region um den Persischen Golf, Venezuela und Kanada importiert (vgl. EIA 2008). Der Kauf von UNOCAL hätte CNOOC also bei der Entwicklung der eigenen vertikalen Integration unterstützt und damit Südasiens Energiemärkte weiter integriert. Auch dieses Analyseergebnis

ergibt sich nicht aus einer Diskursanalyse, sondern durch eine genaue Untersuchung der Geschäftsaktivitäten der beiden Unternehmen.

Zusammengefasst lässt sich also die diskursanalytische Methodik der meisten konstruktivistischen Analysen der aktuellen Energiebeziehungen und –märkte als besonders ungeeignet zurückweisen, da dadurch „the politics already involved in representing reality“ (Zehfuss 2002: 250) verdeckt werden: Diskurse werden als unproblematischer Ausgangspunkt einer Konstruktion von Realität aufgefasst, die dann interpretativ zerlegt und analysiert werden können. Die Möglichkeit einer bewussten oder unbewussten verzerrten Darstellung materieller Zusammenhänge, seien sie ökonomisch oder politisch, wird damit ironischerweise schwerer erkennbar. „Fehlkonstruktionen“ von Realität können durch den analysierenden Wissenschaftler so schwerer bis gar nicht aufgedeckt und hinterfragt werden. Gerade dies findet aber – wie oben gezeigt wurde – in einer beeindruckenden Regelmäßigkeit in den öffentlichen Diskursen um Energiepolitik und Energiesicherheit statt: Mit falschen Sicherheitsbedenken aufgeladene Debatten sind vielfach eine „patriotic cloak in which protection-seeking domestic fuel industries can wrap themselves“ (Chick 2007: 13). In Wendts eigenen Worten fallen damit konstruktivistische Analysen bei diesem Untersuchungsgegenstand „into the trap of method-driven rather than question-driven social science“ (Wendt 1992: 425): Eine analytisch korrekte Lagebeurteilung der ökonomischen und politischen Zusammenhänge und Verschiebungen auf den Energiemärkten und eine darauf aufbauende wissenschaftlich fundierte Politikberatung ist somit schwer bis gar nicht möglich.

IV. „Economists do it with Models“ – Ökonomische Analysen der aktuellen Verschiebungen der Energiemärkte

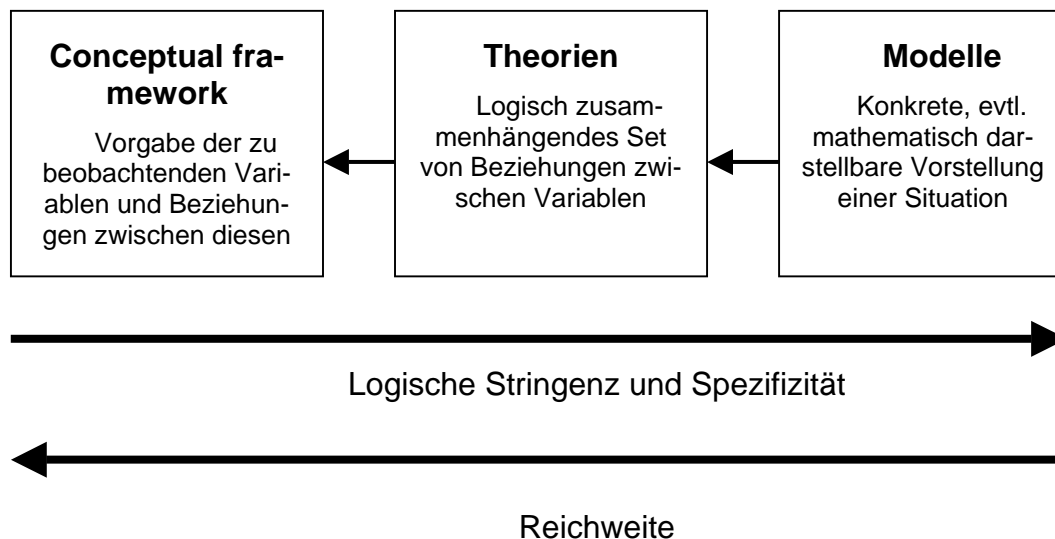
Nachdem nun die politikwissenschaftlichen Ansätze aus den Theorien der Internationalen Beziehungen nun als ungeeignet für den Untersuchungsgegenstand verworfen worden sind, erscheint ein Blick über die Disziplingrenzen zur Ökonomie als naheliegend: *Erstens* wurde schon in Teil B immer wieder der Bezug zu ökonomischen Ansätzen gesucht; *zweitens* hatten die oben diskutierten Ansätze – trotz mikroökonomischer Analogien wie bei Waltz – Schwierigkeiten, die in Teil B herausgearbeiteten, zentralen ökonomischen Komponenten der internationalen Energiebeziehungen (Oligopol, vertikale Integration etc.) in ihre Analysen einzuarbeiten.

Was unterscheidet nun ökonomische Zugriffe von politikwissenschaftlichen Ansätzen und wie tauglich sind sie für die Analyse der aktuellen Verschiebungen auf den Energiemärkten? Zunächst fällt auf, dass ökonomische Analysen ontologisch mit dem politik-wissenschaftlichen *mainstream* (bis auf den Konstruktivismus) fast identisch sind: Zentraler Akteur ist der rationale und nutzenmaximierende *homo oeconomicus* als Individuum (vgl. etwa Krugman 1996).⁴² Die zentrale Abweichung findet sich dann allerdings in der angewandten Methode: Energieökonomie arbeitet größtenteils nur mit streng formalisierten Untersuchungen auf Basis mathematisch-ökonomischer Modelle. Daraus resul-

⁴² Waltz überträgt dies auf Staaten als Akteure; Moravcsik beginnt hingegen wie die Ökonomen ebenfalls beim Individuum. Auch wenn daraus später unterschiedliche Forschungsprogramme und Ergebnisse resultieren, fallen dennoch die ontologischen Parallelen zwischen Politikwissenschaft und Ökonomie ins Auge.

tiert ein Vorgehen, das bei genauer Betrachtung die Methodik der Politikfeldanalyse (und damit auch das Vorgehen und Aufbau dieser Arbeit) exakt umkehrt: Anstatt erst relevante Akteure und Strukturen sowie deren Beziehungen zueinander und Eigenschaften zu benennen (*conceptual framework*), dann hieraus zu abstrahieren (Theorie) und daraus gegebenenfalls ein (mathematisches) Modell abzuleiten, beginnen ökonomische Analysen beim Modell als ersten Arbeitsschritt: Zuerst werden Modelle vorheriger Untersuchungen abgewogen und diskutiert, dann verfeinert und getestet.

Ökonomische Vorgehensweise bei der Analyse des Politikfelds „Energiepolitik“



Quelle: Schubert/Bandelow 2006: 8; mit eigenen Veränderungen

Diese Vorgehensweise findet sich auch in der ökonomischen Debatte um Energieökonomie und Energiepolitik⁴³:

„[Given the recent massive rise in oil prices], we *estimate models* that seek to understand how economic and institutional variables influence the rate of crude oil production by individual OPEC Nations. [...] [Concluding,] for seven of the eight [OPEC] nations, the rate at which members reduce production when their quota is lowered is not statistically different from the rate at which they increase production when their quota is increased. [...] *Only Venezuela shows an asymmetric response. According to our results, Venezuela increases production when its quota is raised more rapidly than it lowers production when its quota is reduced*“ (Kaufmann et al. 2008: 334, 347; Hervorhebung durch den Verfasser)

National Oil Companies (NOCs) now dominate the international oil market. [...] It is therefore important to understand whether NOCs behave differently from IOCs [International Oil Companies][...]. *[W]e develop a model of NOC operation and development in which the NOC seeks to maximize the flow of revenue from the production of a depletable re-*

⁴³ Es wurden aus einer Durchsicht der ökonomischen Zeitschriftenbeiträge zum Thema jene ausgewählt, welche sich der politikwissenschaftlichen Debatte in Themenwahl und Bezug auf aktuelle Entwicklungen (Ölpreisanstieg, EU-Russland-Beziehungen etc.) annähern. Extrem technische Fragestellungen der Energieökonomie wurden explizit nicht einbezogen.

source but is also influenced by the alternative objectives of politicians. [...] [In conclusion,] *the predictions of the model* in response to the imposition of various political objectives are consistent with *NOCs being more focused on current output and cash flow and less focused on forward looking strategies in developing resources than private firms*" (Hartley / Medlock 2008: 2459f., 2482f.; Hervorhebung durch den Verfasser).

The natural gas market in the European Union is undergoing considerable changes. [...] [T]he liberalization of the industry initiated by the European Union, the increasing demand for natural gas and, simultaneously, an *increasing import dependency on gas supplied from outside the European Union*. These factors have brought natural gas to the focus of the public's and politics' attention, and they underline that there is a need for better understanding the European gas market. [...] *The numerical simulation model* developed in this paper, called GASMODO, is a contribution to this research [...]. [In conclusion, t]he comparison with real world data indicates that the current state of the European natural gas market is *best represented by a scenario of Cournot competition* [in both upstream and downstream sectors]" (Holz et al. 2008: 767, 785; Hervorhebung durch den Verfasser).

Was ist nun gegen diese Analysen und ihre Vorgehensweise einzuwenden? Neben der oben bereits erwähnten gemeinsamen Methodik (ökonometrische Modelle) fällt ein weiterer Punkt ins Auge: Obwohl alle zitierten Arbeiten Fragestellungen mit direkt politisch relevanten Implikationen verfolgen beziehungsweise auch von tagespolitischen Debatten inspiriert worden sind, bleiben ihre oben angeführten Schlussfolgerungen auffallend apolitisch und beenden die Analyse kurz vor einer politischen Einordnung und Bewertung ihrer durchaus wertvollen Ergebnisse. Damit werden zentrale Fragen jedoch gar nicht erst gestellt: Was bedeutet es für die Kohäsion und den Markteinfluss der OPEC, dass Venezuela so langsam auf eine Neuordnung des Quotensystems reagiert? Könnte dies mit innenpolitischen Faktoren wie der Neustrukturierung des Staatsapparats unter Chavez (vgl. Boeckh / Siedlaczek 2006) zusammenhängen? Hat es Rückwirkungen auf die Energiesicherheit, wenn den *upstream*-Sektor dominierende NOCs langsamer und ineffizienter als private Energieunternehmen agieren oder wird dies durch den Technologievorsprung der IOCs im *mid*- und *downstream*-Sektor ausgeglichen? Welche politischen Auswirkungen hat ein Cournot-Markt⁴⁴ sowohl im russischen Erdgas-*upstream*-Sektor wie im europäischen *downstream*-Sektor? An dieser Stelle soll die These vertreten und

⁴⁴ Ein Cournot-Markt ist ein Sonderfall eines oligopolistischen Marktes, bei dem zwei oder mehr Anbieter mit der Angebotsmenge als zentraler strategischer Variable interagieren. Diese Übersetzung des Fazits von Holz et al. (2008) unterstreicht besonders, dass ökonomische Analysen bisweilen praktisch wenig relevante Ergebnisse liefern. Die (aufwändig mathematisch errechnete) Erkenntnis, dass sowohl der russische *upstream*-Sektor (Gazprom) wie auch der europäische *downstream*-Sektor von einem Oligopol geprägt sind, ist – wenn man sie vom Formeljargon entkleidet – verblüffend banal. Zwar stellen die Autoren in ihrem Fazit fest, dass eine einseitige Liberalisierung des europäischen Gasmarkts durchaus Wohlfahrtsgewinne für die europäischen Verbraucher bringen könnte und nicht zwingend die Verhandlungsmacht der Gasimporteure und –firmen der EU gegenüber Gazprom schwächen muss – die in Teil B herausgestellten unterschiedlichen *policy*-Traditionen der EU-Mitglieder im Bereich der Energiepolitik (etwa dirigistisch in Frankreich, marktorientiert in BRD und seit Thatcher auch in England) als Hindernis einer Liberalisierung bedenken sie allerdings nicht.

belegt werden, dass zwischen der die Ökonomie dominierende ökonometrischen Methodik und diesen überraschend eng formulierten Ergebnissen ein direkter kausaler Zusammenhang besteht. Exakt dies macht rein ökonomische Betrachtungen für die Analyse der aktuellen Verschiebungen auf den Energiemärkten (ebenso wie die oben diskutierten politikwissenschaftlichen Ansätze) ungeeignet.

Hierzu wird auf das Konzept der *epistemic community* zurückgegriffen: Ökonomen sind demnach ein „network of knowledge-based experts“ (Haas 1992: 2).⁴⁵ Im Hinblick auf die hier vorgenommene Argumentation ist dabei insbesondere der Aspekt der dieser Gemeinschaft inhärenten „shared notions of validity“ (ebd.: 16) zentral – was als eine wissenschaftlich akzeptierte Argumentation auf Basis von empirisch erhobenen Daten und Fakten akzeptabel ist, wird also durch Konsens in der *epistemic community* festgelegt. Dies gilt allerdings nicht nur in positiven Sinne (Welche Methoden und Daten dürfen benutzt werden?), sondern auch im negativen Sinne (Welche sind unzulässig?), denn

„[t]he solidarity of epistemic community members derives not only from their shared interest [...], but also from their *shared aversions*, which are based on their *reluctance to deal with policy agendas outside their common policy enterprise* or invoke policies based on explanations they do not accept“ (Haas 1992: 20; Hervorhebung durch den Verfasser).

Mit Blick auf die *epistemic community* der (Energie-)Ökonomen sind diese „shared aversions“ also offensichtlich eine Abneigung gegen nicht formalisierte, modellorientierte Methoden. Diese Aussage lässt sich an dem aktuellen *Call for Papers* der führenden wissenschaftlichen Zeitschrift dieser Gemeinschaft, *Energy Economics*, zu den makroökonomischen Auswirkungen von Energiepreisschocks gut belegen:

„Modern economies have been subjected to a number of shocks. In particular, during the last two years, the energy shock has caused concerns for potential stagflation for both the U.S. and numerous other countries. The discovery of nonlinear dynamics in the transmission mechanism of shocks as well as in the relationships between energy prices and macroeconomic variables *revealed an increasing interest in employing new econometric tools and computational techniques*“ (Kyrtsov / Malliaris 2008: 1; Hervorhebung durch den Verfasser).

In diesem – vollständig (!) – zitierten Forschungsauftrag steht offensichtlich kaum das Interesse an einer Analyse der Auswirkungen sowie Gründe von Energiepreisschocks und Lösungsvorschlägen zur Überwindung oder Abmilderung von deren negativen Auswirkungen (Arbeitslosigkeit, Inflation etc.) im Vordergrund. Vielmehr gilt das Forschungsinteresse der Verfeinerung von ökonometrischen Modellen. Greift man auf die oben angeführte Grafik zu dem Ver-

⁴⁵ Streng genommen ist es nach Haas' Definition einer *epistemic community* nicht richtig, Ökonomen an sich als *epistemic community* zu bezeichnen, da hierzu gemeinsame „principled beliefs“, causal knowledge“, „knowledge base“ und „interests“ vorhanden sein müssen (vgl. ausführlich: Haas 1992: 18ff.). Präziser wäre etwa die Einteilung in *epistemic communities* wie „Keynesianer“ oder „Monetaristen“. Für die hier vorgenommene Argumentation ist allerdings das gemeinsame Bekenntnis zur mathematischen Modellbildung als Ausgangspunkt aller hier diskutierten ökonomischen Analysen entscheidend, daher kann eine genauere Differenzierung in ökonomische Denkschulen unterbleiben.

hältnis zwischen *conceptual frameworks*, Theorien und Modellen zurück, so sind Modelle zwar der logisch stringenteste und spezifischste Arbeitsschritt bei der Erforschung eines Politikfelds, allerdings im Gegenzug auch mit einer äußerst geringen Reichweite bezüglich der von ihnen erfassten Phänomene ausgestattet. Auf die Forschungspraxis und die Möglichkeit, neue Erkenntnisse über den Untersuchungsgegenstand zu erreichen, hat dies in diesem Fall einen sehr negativen Effekt, der nur von wenigen Mitgliedern der ökonomischen *epistemic community* eingestanden wird: „Model-building, especially in its early stages, involves the evolution of ignorance as well as knowledge [...]“ (Krugman 1995: 79). Obwohl Krugman die ökonometrische Methode keineswegs verwirft, sondern vielmehr auf die Entwicklung besserer und flexiblerer Modelle in naher Zukunft setzt (vgl. ebd.: 80ff.; Krugman 1998), ist die von ihm herausgearbeitete „evolution of ignorance“ eine zutreffende und für diese Argumentation wertvolle Beobachtung: Der Verlust von Wissen über Zusammenhänge, die vorher durch andere, weniger formalisierte Methoden erkannt wurden, ist durchaus möglich.⁴⁶ Verknüpft man nun diese Feststellung mit dem Konzept der *epistemic community*, so wird schnell deutlich, dass das Ausblenden von Zusammenhängen durchaus andauern kann und dies auch an der akzeptierten Methodik liegt: Zutritt zu dieser Gemeinschaft hat nur, wer „professional pedigrees“ (Haas 1992: 17) vorweisen kann, also innerhalb der akzeptierten wissenschaftlichen Medien veröffentlicht. Diese zeichnen sich allerdings weniger durch die von Krugman erhoffte „evolution of knowledge“ aus, sondern dass „[...] so many economists seem to be playing the ‚journal game‘, i.e. producing variations on a theme that are uninteresting and which do not enlighten“ (Blaug 1998: 12). Ökonometrie als Methode hat also die Funktion einer Eintrittskarte zur *epistemic community* beziehungsweise ihren Medien angenommen – alles was außerhalb dieser Methode liegt, wird (auch in *Energy Economics*) nicht akzeptiert. Dies hat die von Krugman beschriebene „evolution of ignorance“ zur Folge, deren Effekt in den oben zitierten Arbeiten deutlich abzulesen ist: die Apolitisierung des Untersuchungsgegenstands Energie- und Energiesicherheitspolitik durch die erzwungene Fixierung auf modellorientierte Forschung. Daraus folgt, dass wenn ein Forschungsprozess nicht bei einem *conceptual framework* ansetzt, sondern Modelle als ersten Analyseschritt betrachtet, eine *a priori*-Verengung des Erkenntnisinteresses und auch der analysierbaren Zusammenhänge innerhalb des Politikfelds unvermeidlich ist. Die in Teil B unternommene Verknüpfung von ökonomischen wie politischen Aspekten als „solution of practical questions rather than merely multiplying brainteasers“ (Blaug 2009: 242) ist damit nicht mehr möglich.

Zusammengefasst sind damit rein ökonomische Ansätze aufgrund der von der *epistemic community* vorgegebenen Methodik zu stark verengend, deswegen apolitisch und daher ungeeignet zur Betrachtung der aktuellen Verschiebungen auf den internationalen Energiemärkten.

⁴⁶ Krugman beschreibt dies mit einer treffenden Analogie: Das Wissen über die Geographie Afrikas war im Mittelalter in Europa zwar wenig exakt, aber dennoch vorhanden. Mit dem Aufkommen neuer Techniken (Sextanten, Kompass etc.) und neuer *epistemic communities* (professionelle Geographen der *Royal Geographic Society* usw.) wurden Beschreibungen wie „Drei Tagesritte vom Fluss entfernt Richtung Westen“ allerdings nicht mehr als valide angesehen. Es entstand also durch die Verfeinerung von Methoden ein – wenn auch temporärer – Verlust von Wissen; Afrika wurde kurzzeitig wieder ein weißer Fleck auf der Landkarte (Krugman 1995).

V. „Petrodollars, Ölimperialismus und gekaufte Kriege“ – Verschwörungstheorien in der wissenschaftlichen Debatte um Energiebeziehungen

Die in Teil B herausgearbeitete komplexe Natur des Untersuchungsgegenstands Energiepolitik und die oben belegten Schwierigkeiten der ökonomischen wie politikwissenschaftlichen *mainstream*-Theorien und Methoden bei seiner Untersuchung bilden die Grundlage für Verschwörungstheorien. Diese finden sich auch in der wissenschaftlichen Debatte.⁴⁷ Verschwörungstheorien verbinden zwei in den jeweiligen Argumentationen und Varianten wiederkehrende Eigenschaften: *Erstens* der Verweis auf den maßgeblichen Einfluss einer kleinen, konspirativen Gruppe auf historische und aktuelle Ereignisse und *zweitens* ihre nicht vorhandene Falsifizierbarkeit – Verschwörungstheorien sind so konstruiert, dass „was immer sich [ereignet], eine Bestätigung für sie [ist]“ (Popper 1994: 48).⁴⁸

Diese Argumentationseigenschaften finden sich – wenn auch in unterschiedlichen Variationen – in der politikwissenschaftlichen Debatte:

„[Das kaspische Becken und Mittelasien] wird höchstwahrscheinlich eine der bedeutenden Konfliktregionen des 21. Jahrhunderts werden.[...] [*Zusammengefasst:*] Ohne die Rohstoffe dieser Region hätte es niemals eine Ausweisung Abdullah Öcalans aus Syrien [und die Zerschlagung der PKK] gegeben. Auch die Taliban [...] wären ohne die Rohstoffe dieser Region [...] nie zustande gekommen. [...] Ohne die Rohstoffpolitik der Vereinigten Staaten [...] wäre es nie zum zweiten Tschetschenien-Krieg gekommen“ (Baraki 2008: 135,146; Hervorhebung durch den Verfasser).

„Tatsache ist jedoch, dass der Krieg gegen Irak [=Operation Iraqi Freedom 2003] *nur Teil eines groß angelegten Projekts* [der US-Administration] ist, das [...] das Ziel verfolgt, die Energievorräte der gesamten Region vom Golf bis zum kaspischen Becken unter US-Kontrolle zu bringen. [...] Und in dieses Szenario passt der Krieg gegen Afghanis-

⁴⁷ Verschwörungstheorien sind an sich als unwissenschaftlich zu betrachten, müssen allerdings hier trotzdem diskutiert werden, da sie sich überraschenderweise auch in wissenschaftlichen Publikationen und der aktuellen Debatte um die Verschiebungen auf den internationalen Energiemärkten wiederfinden lassen. Da hier die wissenschaftliche Debatte untersucht und ihr theoretischer Hintergrund kritisiert werden soll, wurden hierzu nur auf Veröffentlichungen von Wissenschaftlern in Fachpublikationen zurückgegriffen. Die oftmals plump-diffamierend formulierten Angriffe von Publizisten in anderen Medien wurden explizit nicht einbezogen, etwa: „Die Öl- und Gasbosse der USA haben George W. Bush mit Millionen Dollars den Wahlkampf finanziert. Er ist ihr Mann. [...] Der Energiewirtschaft verdanken sie [G.W. Bush und H.W. Bush] ihren Aufstieg und ihre Karriere. Also: Nichts liegt näher als Kriege um Öl und Gas“ (Alt 2002: 24f.).

⁴⁸ Diese zwei Kriterien vereinfachen natürlich die Debatte um Verschwörungstheorien beziehungsweise den wissenschaftstheoretischen Hintergrund hierzu (vgl. Popper 1974; Popper 1958; kritisch zu Poppers Argumenten Pigden 1995). Auch wird hier nicht detailliert erörtert, warum Verschwörungstheorien sich so ausdauernd halten können und regelmäßig neue Varianten auftauchen – eine interessante sozialpsychologische Erklärung hierfür liefert Clarke (2002): Verschwörungstheoretiker betonen demnach unterbewusst „*dispositional factors*“ (Ziele einer Person oder Gruppe) und blenden „*situational factors*“ (Kontextbedingungen) aus. Dadurch erscheint jedes Ereignis als von einer Gruppe oder Person geplant und weniger als Ergebnis einer Kette sich gegenseitig beeinflussender, voneinander unabhängiger Entscheidungen und Kontextvariablen. Für die oben unternommene theoriekritische Zerlegung der Debatte sind allerdings diese Details nicht zentral.

tan, der offenbar schon lange vor dem 11. September 2001 geplant war“ (Ruf 2003: 10; Hervorhebung durch den Verfasser).

„Die Vorteile der USA in Folge des Dollars als Öl-Zahlungsmittel sind vielseitig [gemeint sind die *Seignorage*-Vorteile]. [Nach Überlegungen Irans und Saudi-Arabiens, den Euro als Zahlungsmittel für Öllieferungen anzunehmen], ist die *Militäraktion der USA [im Irak 2003] wahrhaftig eine Präventivmaßnahme [...], um ihren wirtschaftlichen Niedergang präventiv gegenüber ihrem Hauptkonkurrenten Euro abzubremsen*“ (Abdolvand / Adolf 2003: 138f.; Hervorhebung durch den Verfasser).

„[B]eim Aufstieg der Vereinigten Staaten zu einem *Imperium [waren] zwei Faktoren von zentraler Bedeutung [...]* Die Rolle des US-Dollars als Weltwährung, welche [...] enorme *Seignorage*vorteile mit sich brachte; und zum anderen die Kontrolle über große Teile des weltweiten Handels mit Öl [...]. Diese Kombination von Weltwährung und Ölhandel ermöglichte es den USA, ohne Rücksicht auf ihr Handelsbilanzdefizit wirtschaftlich zu expandieren [, zur Absicherung dieser Position müssen sie in Erdöl-exportstaaten wie den Irak 2003 einmarschieren und den Dollar als Zahlungsmittel erzwingen]“ (Ritz/Wiesmann 2007: 844; Hervorhebung durch den Verfasser).

Die offensichtlich auch in politikwissenschaftlichen Veröffentlichungen populäre These des von den USA langfristig geplanten Rohstoffkriegs (vgl. auch Klare 2003; Klare 2004; Ruf 2003; Ruf 2007: 77f.) lässt sich leicht als unsinnig und schlecht begründet zurückweisen - alle Autoren verweisen als Hauptgrund auf die Interessen der starken US-Öllobby an der Ausbeutung neuer Quellen oder auf ähnliche Verschwörungen. Anekdotisch aneinandergereihte und willkürlich verknüpfte Fakten ersetzen theoretisch hergeleitete Forschungsdesigns.⁴⁹

Die in den unteren beiden der oben zitierten Arbeiten dargelegte „Petrodollar-Theorie“ (vgl. auch Abdolvand 2005; Abdolvand / Adolf 2003) ist allerdings schwieriger als Verschwörungstheorie zu erkennen und damit zu widerlegen, da hier faktisch richtige Elemente wie die *Seignorage*-Vorteile der USA dank der Rolle des Dollars als Reservewährung (vgl. Gilpin 2001: 246-257; Strange 1986: 43ff.) und der in Dollar abgewickelte Erdölhandel in die Argumentation eingewoben werden und damit zumindest auf den ersten Blick eine um wissenschaftliche Klärung bemühte Argumentations- und Beweiskette aufgestellt wird.⁵⁰ Warum ist nun die „Petrodollar-Theorie“ trotzdem eine unwissenschaftliche Verschwörungstheorie? Um dies argumentativ darzulegen und empirisch nachzuweisen, ist es nötig, diese Theorie zunächst in möglichst einfacher Form

⁴⁹ Beispielsweise interpretiert Klare (2003: 38; 2004: 13 ff.) die Carter-Doktrin weniger als Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, sondern vielmehr allein als gegen die OPEC –Mitglieder gerichtet. Diese Lesart ist allerdings absurd, da sich die Beziehungen zwischen der USA und den Exporteuren bis dahin bereits entspannt hatten und wie in Teil B herausgearbeitet es auch nie zu einem physischen Mangel an Erdöl und Raffinerieprodukten während der 70er Jahre kam sowie die IEA als Krisenmechanismus gegründet war. Noch weiter geht Ruf (2003; 2007), der die gesamte US-Außenpolitik von Pakistan, Afghanistan bis zum Irak und Algerien als amerikanischen Rohstoffkrieg sieht. Als Beweis genügt ihm eine theoretisch unfundierte, krude Ansammlung von Behauptungen und willkürlichen Zitaten.

⁵⁰ Offensichtlich hat dies auch die Herausgeber und *reviewer* von *Welttrends* und *Blätter für deutsche und internationale Politik* überzeugt, die auf der „Petrodollar-Theorie“ aufbauenden Aufsätze zu ver-öffentlichen.

in unabhängige und abhängige Variablen zu zerlegen: Aus der Weltreserve-währungsrolle des Dollars (unabhängige Variable) folgen Kriege der USA zur Stützung beziehungsweise Erzwingung der Aufrechterhaltung der Reservewäh-rungsrolle durch die Sicherung von Ölquellen (abhängige Variable).

Zunächst erscheint eine detaillierte Diskussion der gewählten unabhängigen Variable interessant: Wie viel überprüfbare, aktuelle Daten über die genaue Zu-sammensetzung von Währungsreserven sind verfügbar? Währungsreserven werden in der Regel von Zentralbanken gehalten und diese sind „reluctant to reveal detailed information on their currency trades and positions [...] [since the-se are] too sensitive to make available to the public“ (Eichengreen / Mathieson 2000: 2) - öffentlich zugängliche, exakte und aktuelle Daten über Währungsre-serven und Verschiebungen in deren Zusammensetzung sind eine Information, die stabilisierende Eingriffe von Zentralbanken in Währungsmärkte mitunter er-schweren bis verhindern könnten. Für die „Petrodollar-Theorie“ bedeutet dies, dass sie nur sehr schwer mit präzisen Datenreihen untermauert wie widerlegt werden kann.

Diese Feststellung ist allerdings zunächst für die „Petrodollar-Theorie“ wenig problematisch, da sie lediglich auf ein Messproblem hinweist. Währungsöko-nomen haben trotzdem mehrere theoretische Annahmen über die Verkettung von ökonomischen wie politischen Faktoren bei der Auswahl einer dominanten Reservewährung hergeleitet: (1) Der (möglichst große) *output* der Volkswirt-schaft, deren Währung international genutzt wird und (2) die Größe und Liquidi-tät ihrer Finanzmärkte; (3) politische Stabilität des Reservewährungslandes so-wie (4) Vertrauen in die Stabilität der Währung als Wertspeicher (*store of value*) und schließlich (5) historisch gewachsene, vernetzte Externalitäten⁵¹ (vgl.: Lim 2006: 6-9). Ordnet man die „Petrodollar-Theorie“ in dieses Bündel möglicher Faktoren bei der Wahl einer internationalen Reservewährung ein, so scheint sie sich lediglich auf die *store of value*-Funktion zu konzentrieren. Diese sieht sie insbesondere durch die Abwicklung des Erdölhandels in Dollar gewährt, da ins-besondere Erdöl und Raffinerieprodukte den Gegenwert für den weltweit akzep-tierten Dollar bilden.

Die vollständige Ausblendung der anderen Faktoren lässt also erste Zweifel an der Leistungsfähigkeit der „Petrodollar-Theorie“ aufkommen – als unwissen-schaftlich ist sie allerdings damit noch nicht überführt, da auch unter Wäh-rungsökonomien die Dominanz eines oder mehrerer der oben genannten fünf Faktoren umstritten ist (vgl. die Diskussion in Lim 2006: 10-15; sowie EZB 2006). Dennoch ist dieser Blick in die ökonomische Diskussion für die Beurtei-lung der „Petrodollar-Theorie“ und ihre Disqualifizierung wertvoll: Es existiert bei der Wahl der Reservewährung ein historisch nachvollziehbarer Faktor (*network*

⁵¹ Externalitäten sind im allgemeinen unintendierte Effekte einer (ökonomischen) Handlung. Vernetzte Externalitäten beziehungsweise Netzwerkeffekte (*network externalities*) sind sich gegenseitig verstärkende, unintendierte Effekte sowohl auf der Angebots- wie Nachfrageseite. Ein Beispiel: Wenn immer mehr Personen ein Telefon besitzen, steigt der Nutzen jedes einzel-nen Telefonanschlusses für jeden Verbraucher auf der Nachfrageseite, da er immer mehr Per-sonen telefonisch erreichen kann. Gleichzeitig vergrößert dies den Markt für die Angebotsseite und erhöht damit die Absatzchancen für Telefone. Übertragen auf die Reservewährungsrolle bedeutet dies folgendes: Wenn immer mehr Personen den Dollar für internationale Transaktio-nen nutzen, lassen sich Geschäfte innerhalb des „Dollarnetzwerks“ für die Verbraucher wie Anbieter schneller und einfacher abwickeln (vgl. ausführlich Lim 2006: 8ff.).

externalities). Konzentriert man sich nun auf diesen Faktor, so lässt sich der oben angesprochene Mangel an aktuellen und präzisen Datenreihen ausgleichen: Zentralbanken geben ihre aktuellen Datensätze zur Zusammensetzung ihrer Währungsreserven nicht heraus. Ältere Daten sind allerdings verfügbar, von ihnen kann dann auf die historische Entwicklung von Reservewährungszusammensetzungen geschlossen werden. Wirtschaftshistoriker kamen nach Rekonstruktion der Archivbestände mehrerer Zentralbanken hierbei zu einem überraschenden Ergebnis: Der Dollar ist nicht wie vielfach angenommen durch die Etablierung von *Bretton Woods* und den ökonomischen wie politischen Abstieg Englands (*imperial retreat*) nach dem Zweiten Weltkrieg zur dominanten internationalen Reservewährung an Stelle des Pfund Sterling geworden, sondern bereits in den 1920er Jahren (vgl. Eichengreen / Flandreau 2008: 15ff.). Verknüpft mit anderen, breit angelegten historischen Untersuchungen zur Reservewährungsrolle des Dollars nach dem Zweiten Weltkrieg – „we do not detect radical shifts in the currency composition of reserves over time“ (Eichengreen / Mathieson 2000: 25) – scheint der Dollar also bereits kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs bereits seine Rolle als Reservewährung angenommen und seitdem gehalten zu haben. Was bedeutet dies für die „Petrodollar-Theorie“? Zunächst erscheint es als hochgradig zweifelhaft, dass durch die Abwicklung des Erdölhandels in Dollar dessen Rolle als Reservewährung maßgeblich bestimmt wurde – schließlich folgte die breite Umstellung von national verfügbarer Kohle zu international gehandeltem Erdöl erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Als unwissenschaftlich widerlegt wird die „Petrodollar-Theorie“ allerdings durch die festgestellte Invarianz der Reservewährungsrolle des Dollar: Wenn der Dollar seit den 1920er Jahren konstant die dominante Reservewährung war, kann dies nicht als unabhängige Variable für die Erklärung historischer wie aktueller Entscheidungen der US-Außenpolitik gegenüber Ressourcenexporteuren herangezogen werden, da die so konstruierte Theorie nicht falsifizierbar ist. Nicht nur viele, sondern jede außenpolitische Weichenstellung seit dem Auftritt der Vereinigten Staaten auf internationaler Ebene lässt sich mit der konstant vorhandenen Reservewährungsrolle des Dollar beziehungsweise den Bemühungen der jeweiligen Administration, diese zu erhalten, erklären. Damit ist ein Risiko, dass die „Petrodollar-Theorie“ durch empirische Studien widerlegt wird, nicht vorhanden. Ein wissenschaftlicher Mehrwert der „Petrodollar-Theorie“ besteht somit nicht. Wertvoll war ihre Zerlegung und Diskussion allerdings bezüglich ihres Verweises auf internationale Währungs- und Finanzbeziehungen als Machtfaktor sowie dessen Verknüpfung mit internationalen Energiemärkten. Auch wenn diese Beziehung keinesfalls in der von der „Petrodollar-Theorie“ postulierten Form besteht, scheint ein Aufgreifen der Währungsbeziehungen ein Ansatz für die Entwicklung eines besseren Theorieansatzes in Teil D darzustellen.

VI. Fazit: Der Zusammenhang zwischen Theorie- und Analysefehlern

Ziel dieses Abschnitts war es, die aktuelle politikwissenschaftliche und ökonomische Debatte um Energiepolitik und insbesondere Energiesicherheit aufzuarbeiten und konkret die verbreitetsten Analysefehler und ihren theoretischen Hintergrund herauszustellen. Fügt man die obigen detaillierten Einzelanalysen der jeweiligen Theorien und Methoden zu einem Gesamtbild zusammen, so fallen folgende Punkte besonders ins Auge: *Erstens* ist allen oben diskutierten Ansätzen zunächst zuzugestehen, jeweils einen durchaus wichtigen Teilaspekt

des Untersuchungsgegenstands hervorzuheben.⁵² Dieser Verweis auf einzelne Faktoren (Selektionsfunktion von Theorien) wird allerdings zu stark betont:

Denn *zweitens* scheitern die obigen Theorien und Methoden insbesondere an ihrer zu engen Spezialisierung auf politische wie ökonomische Faktoren: Es werden entweder selektiv politische oder ökonomische Zusammenhänge aus der Analyse ausgeklammert, um damit einfach anzuwendende (und in der jeweiligen *epistemic community* akzeptierte) Analysewerkzeuge zu gewinnen. Dies steht im krassen Gegensatz zu der gewinnbringenden Verbindung von Ökonomie und Politikwissenschaft bei Erarbeitung des *conceptual frameworks* in Teil B.

Eng damit verknüpft sticht *drittens* eine Erstarrung von Debatten innerhalb von *epistemic communities* und die Abwesenheit eines Dialogs zwischen diesen hervor: Die politikwissenschaftliche Debatte zur Energiepolitik und Energiesicherheit orientiert sich an der jahrzehntealten Debatte zwischen realistischen (vgl. etwa Umbach 2006a; Rahr 2006) und liberalen (vgl. etwa Mayer 2007; Götz 2007a) Argumenten. Verknüpfungen zwischen den *epistemic communities* werden von Politikwissenschaftlern eher selten (vgl. etwa Goldthau/Geden 2007; Mitchell/Lahn 2007; Munk 2005), von Ökonomen nie gesucht.

Was folgt hieraus? In dieser Arbeit wurde zwar argumentiert, dass das *conceptual framework* von Energie- und Energiesicherheitspolitik nicht angemessen in den (impliziten) theoretischen Hintergrund der aktuellen Debatte um die Verschiebungen auf den internationalen Energiemärkten und Energiebeziehungen eingearbeitet wurde. Damit ist allerdings lediglich kritisiert worden, *wie* die Debatte geführt wurde, nicht *dass* sie geführt wurde. Gerade in Anbetracht aktueller internationaler Ereignisse wie der Georgien-Krise im August 2008, während der der mögliche Einsatz einer Energiewaffe seitens Russland oder die Formierung eines Gaskartells in der öffentlichen Debatte angesprochen wurden,⁵³ scheint eine wissenschaftliche Lagebeurteilung zwingend nötig. Allerdings sind die wesentlichen, etablierten Theorien und Methoden als für den Untersuchungsgegenstand ungeeignet verworfen worden. Es stehen daher für eine analytische Neuorientierung folgende Ausgangspunkte zur Verfügung:

Erstens: die Abkehr von jedweder theoretischer Grundlage in der Analyse. Auch wenn die Entscheidung hierfür bereits mehrfach gefallen ist (vgl. etwa Umbach 2003; DGAP 2008), ist diese Option grundsätzlich zu verwerfen: Gerade das anekdotisch-unsystematische Aneinanderreihen von Fakten, dass diese

⁵² Realismus den Faktor Macht, Liberalismus die Interessen beziehungsweise Präferenzen, Ökonomie die Wirkung von Marktkräften.

⁵³ So die Äußerung von DGAP-Russlandexperte Alexander Rahr in einem Interview mit sueddeutsche.de über den Georgienkonflikt im August 2006 (vgl. Kolb 2008). Interessanterweise ist diese Lageeinschätzung Rahrs allerdings hochgradig zweifelhaft: Kartellbildung setzt die Kontrolle über Produktion und damit über die Preisbildung voraus (vgl. Bade/Parkin 2007: 398ff.). Erdgas wird allerdings größtenteils leitungsgebunden auf regionalen Märkten nach langfristigen Verträgen gehandelt. Zur Formierung eines Kartells müssten also Verträge gekündigt, Leitungen möglicherweise stillgelegt und auch andere regionale Exporteure in politische wie ökonomische Absprachen eingebunden sowie deren Einhaltung überwacht werden. Diese Hürden machen ein Gaskartell wenig wahrscheinlich (vgl. ähnlich Goldthau 2008).

Ansätze vereint, verhindert jedwede wissenschaftliche Erkenntnis und resultiert in Allgemeinplätzen als Ergebnis.⁵⁴

Zweitens: die synoptische Verknüpfung von Theorien. Die Verbindung von verschiedenen Theorieansätzen in einem gemeinsamen Zugriff beziehungsweise Analyserahmen scheint zunächst naheliegend, da alle diskutierten Theorien relevante Teilaspekte abbilden, andere jedoch ausblenden. Eine *catch-all*-Verbindung bietet sich also an. Die Erfahrungen mit diesen Ansätzen sowohl in der IB-Forschung (vgl. Kindermann 1996: 25-28) sowie Integrationstheorie (vgl. Busch 2001) sind allerdings ernüchternd: Da hierdurch fast jeder Faktor und jede Variable in *eine* Theorie eingebaut wird, fällt damit ein wesentlicher Vorteil von Theoriebildung als forschungsleitende Tätigkeit weg: Gerade die so zentrale Selektions- und Ordnungsfunktion – was ist wichtig, wie hängen diese zentralen Aspekte zusammen? – von Theorien kann dann nicht mehr genutzt werden. Eine komplexitätsreduzierende Abstraktion findet damit nicht mehr statt.

Drittens: die Hinwendung zu einem anderen Forschungsprogramm. Zwar erscheint dieser Schritt als die mit Abstand radikalste und auch riskanteste Möglichkeit – insbesondere da alle hier kritisierten Theorien und Methoden breit akzeptiert sind. Da jedoch deren Schwächen bezüglich dieses Untersuchungsgegenstands oben detailliert herausgearbeitet worden sind und nicht-theoriegeleitete sowie synoptische Lösungen sich nicht in der Praxis bewährt haben, scheint diese Option dennoch die akzeptabelste.

Erste Gedanken und Vorüberlegungen sollen dafür zusammen mit einer knappen Zusammenfassung der oben entwickelten Argumentation im nächsten Abschnitt vorgestellt werden.

⁵⁴ Besonders prägnant lässt sich das Versagen eines explizit nicht theoriegeleiteten, unsystematischen Vorgehens an der aktuellen Veröffentlichung der DGAP (2008) zum Thema Energiesicherheit beobachten: Die Herausgeber streben zwar „systematisch-vergleichende Außenpolitikforschung“ (ebd.: 7) bezüglich des Themas Energie- und Energiesicherheit an. Dabei versäumen sie es allerdings aber, eine forschungsleitende, klare Fragestellung herauszuarbeiten und daraus einen Katalog von unabhängigen und abhängigen Variablen abzuleiten, die als Leitlinie zur Auswahl von Fallbeispielen („*samples*“) dienen (vgl. zu dieser Methode Jahn 2006: 223-250). Grobe, unverknüpfte Kriterien werden lediglich auf einer halbseitigen Stichpunktliste im Anhang genannt (vgl. DGAP 2008: 367). Das Resultat dieses Vorgehens sind dann insgesamt deskriptive, unzusammenhängende Einzelbeiträge und ein von Allgemeinplätzen strotzendes Fazit („Notwendigkeit von Ordnungspolitik“, „Weltverträglichkeit von Energieversorgung“ etc.).

D. Fazit und Ausblick: Energiepolitik und Energiesicherheit als Untersuchungsgegenstand der Internationalen Politischen Ökonomie

Ziel dieser Arbeit war es, die aktuelle politikwissenschaftliche und ökonomische Debatte um Energiepolitik und Energiesicherheit bezüglich ihres theoretischen Hintergrunds kritisch aufzuarbeiten und insbesondere die Mängel in den angewandten Theorien und Methoden detailliert aufzuzeigen. Dazu wurde der Untersuchungsgegenstand als Politikfeld eingeordnet und zunächst in Teil B ein *conceptual framework* aus der Verknüpfung von ökonomischen wie politikwissenschaftlichen Kategorien in historischer Perspektive induktiv erarbeitet. Dies wurde dann in einem zweiten Schritt (Teil C) mit dem theoretischen Hintergrund der aktuellen Debatte um die politische Bewertung der Verschiebungen auf den internationalen Energiemärkten kontrastiert. Ergebnis dieser detaillierten Untersuchung war, dass die verbreiteten ökonomischen wie politikwissenschaftlichen Methoden und Theorien zur Bearbeitung des Untersuchungsgegenstands nur sehr bedingt geeignet sind, da sie die Zusammenhänge der Energie- und Energiesicherheitspolitik stark verengt abbilden: Die untersuchten politikwissenschaftlichen Ansätze (Realismus, Liberalismus, Konstruktivismus) scheiterten ebenso wie ökonomische Modelle, ferner wurden verbreitete Verschwörungstheorien verworfen. Gleichzeitig ist aber die Analyse von Energiepolitik und Energiesicherheit aufgrund der zentralen ökonomischen wie sicherheitspolitischen Relevanz von Energieträgern zwingend nötig. Daraus wurde geschlossen, dass Energie- und Energiesicherheitspolitik in ein anderes Forschungsprogramm als die etablierten IB-Theorien und rein ökonomisch-mathematische Zugriffe übersiedelt werden muss. Einige erste Vorüberlegungen zur Einordnung dieses Zugriffs in die bestehende Literatur soll hier den Abschluss dieser Arbeit bilden.

Zunächst erscheint hierzu der Ansatz bei den Ergebnissen von Teil B als logisch, da zur Auswahl eines passenden Theorieansatzes dieser auch zu dem vorher erarbeiteten *conceptual framework* passen muss. Hierbei wurde ein Akteursdreieck aus Exporteuren, Importeuren und internationalen Energieunternehmen herausgearbeitet sowie festgestellt, dass in diesem Akteursdreieck die maßgeblichen Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse zur Energiepolitik und Energiesicherheit stattfinden. Dabei entstanden hieraus in der Vergangenheit teilweise schnell wechselnde Machtpositionen einzelner Akteursgruppen (Energiekonzerne in den Fünfziger und Sechziger Jahren, Exporteure in den Siebziger Jahren, Importeure in den Achtziger Jahren). Gerade diese komplexe Wechselwirkung aus Politik sowie ökonomischen Regeln haben bisher die Dynamik des Untersuchungsgegenstands Energiepolitik und Energiesicherheit geprägt.

Diese Dynamik setzt sich bis heute fort und scheint dabei erneut an Komplexität gewonnen zu haben: Der Auftritt neuer, staatsnaher oder direkt im Staatseigentum befindlicher Energiekonzerne als Akteure in allen Teilen der Produktionskette seit Anfang der Neunziger Jahre sowohl auf Seiten von Importstaaten (etwa Chinas CNOOC und Sinopec) oder auch der Exporteure (PDVSA in Venezuela, Gazprom in Russland) deutet eine bis jetzt in ihren Konsequenzen schwer einzuschätzende Entwicklung an: Ist die starke Rolle des Staates bei diesen Unternehmen Teil einer außenpolitischen Strategie, innenpolitisch moti-

viertes *rent-seeking* oder logische Konsequenz einer politisch flankierten, exportorientierten Wachstumsstrategie⁵⁵? Gewinnen damit wiederum die Exporteure neue ökonomische und politische Macht? Und was hat dies für Auswirkungen auf die etablierten westlichen Energiekonzerne und Verbraucherstaaten und Exporteure sowie deren jeweilige Kooperationen in diesem Politikfeld (*IEA*, *OPEC*) – müssen diese angepasst werden?

Diese Vorüberlegungen unterstreichen den zwischen Politikwissenschaft und Ökonomie liegenden Charakter des Untersuchungsgegenstands und die offenbar enge Verflechtung zwischen staatlichen und substaatlichen Akteuren. Da transnationale Akteure (Energiekonzerne) eine wesentliche Rolle in diesem Politikfeld spielen, liegt ein Blick in das Forschungsprogramm über Transnationale Beziehungen nahe. Allerdings müssen hier Ansätze gesucht werden, die explizit auch ökonomische Zusammenhänge (Marktregeln des Oligopols etc.) einbeziehen. Auf die politischen Einflusskanäle und Wirkungsmöglichkeiten von transnationalen Akteuren auf innenpolitische Prozesse oder Internationale Organisationen zugeschnittene Forschungsdesigns (vgl. beispielsweise Risse-Kappen 1995: 5ff.) sind hier ungeeignet, da gerade dies in Teil B herausgearbeitete, wesentliche Besonderheiten des Untersuchungsgegenstands eher verdeckt: Obwohl der politische Einfluss und die Verhandlungsposition der Energiekonzerne bei den *OPEC*-Exporteuren seit den Siebziger Jahren massiv einbrach, konnten sie sich bis heute aufgrund der ökonomischen Besonderheiten des Energiemarkts (hohe Markteintrittsbarrieren des oligopolistischen Marktes, Gewinne weit über Produktionskosten) flexibler an die neuen Gegebenheiten anpassen und sich auf den Märkten halten. Internationale Regime haben das Politikfeld politisch eher nur schwach flankiert (*IEA*) und daher Marktmechanismen und –akteuren wie Energiekonzernen viel Freiraum zugestanden.

Ein besonders geeigneter Zugriff ist daher das parallel zu dem Transnationale Beziehungen und Interdependenzansatz seit den siebziger Jahren aufkommende Forschungsprogramm zur Internationalen Politischen Ökonomie. Hier stand weniger Ausblendung von ökonomischen Zusammenhängen bei der Analyse im Vordergrund, sondern vielmehr „questions about the *locus and distribution of power over economic processes*, [...] about the *intervention of authority for political purposes* into the economic processes [and] questions concerning the consequences [...]“ (Strange 1976: 343; Hervorhebung durch den Verfasser). Das Forschungsinteresse gilt hier also einer Analyse eines international relevanten Wirtschaftssektors, wobei die Wechselwirkung von ökonomischen wie politischen Prozessen und Vorgaben sowie die daraus resultierenden Konsequenzen in den Mittelpunkt gestellt werden. Akteure sind dabei sowohl international agierende Firmen wie auch deren Heimatländer und Staaten, in denen diese produzieren oder investieren. Diese finden sich zunehmend nach dem Ende des Kalten Krieges (und dem offenkundigen Versagen von Importsubstitutionsstrategien⁵⁶ zur Wirtschaftsentwicklung) in einer „triangularen Diplomatie“

⁵⁵ Exportorientierte Wachstumsstrategien setzen unter anderem auf eine unterbewertete Währung und billige Kredite von staatseigenen Banken für einheimische Firmen als Instrumente. Staatliche oder teilstaatliche Energiekonzerne können hierbei möglicherweise durch verbilligtes Kapital schneller aufgebaut und damit ein wichtiger Baustein dieser aktiv gesteuerten Strategie sein.

⁵⁶ Importsubstitution war eine in den Sechzigern und Siebzigern verbreitete Strategie in Entwicklungsländern, die auf der Dependenztheorie fußte. Durch hohe Schutzzölle sollen heimische,

wieder (vgl. zur Entwicklung des Konzepts knapp Strange 1992; ausführlich Stopford / Strange 1991: 19ff.). Dabei wird allerdings den transnationalen Konzernen (*multinationals*) keineswegs lediglich eine Rolle als von politischen Entscheidungen und internationalen, zwischenstaatlichen Macht- und Interessenkonstellationen abhängiger Akteur zugestanden (vgl. etwa Gilpin 1975: 33). Vielmehr sind diese zentrale Besitzer von Produktionsmitteln wie Technologie, Kapital und qualifizierten Mitarbeitern, deren unternehmerische Entscheidungen maßgeblich politische Akteure beeinflussen, während diese durch politisch ausgehandelte Rahmenbedingungen⁵⁷ das Zustandekommen und die Entwicklung von Investitionen steuern. Damit wird „state-firm bargaining as the nexus of international treaties affecting the balance of power [...] on all three sides of the triangle“ (Stopford / Strange 1991: 23). Das Herausarbeiten und die analytische Bewertung der Konsequenzen dieser *bargains* in einem Wirtschaftssektor ist somit eines der zentralen Anliegen dieses Ansatzes.

Dieses Modell einer triangularen Diplomatie zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Motivlagen und Kompetenzen muss dann allerdings noch mit einem Modell einer sie in ihren Handlungen beschränkenden Struktur kombiniert werden. Auch hier muss sich von den in Teil C verworfenen Konzepten (Anarchie, Verteilung von Machtmitteln und Interessen etc.) gelöst werden und vielmehr die diesen Wirtschaftssektor (Energie) politisch wie ökonomisch einrahmende Struktur gesucht werden. Dazu wurde bereits Vorarbeit in der Internationalen Politischen Ökonomie geleistet: Anstatt nur politische Machtstrukturen zu thematisieren, wurden hier explizit auch ökonomische Strukturen einbezogen und ein kombiniertes Modell herausgearbeitet. Daraus folgt die Idee einer auf den vier verknüpften Einzelaspekten Sicherheit, Finanzen und Kredit, Produktion und Wissen basierenden internationalen politökonomischen Struktur, die sowohl Staaten wie auch Unternehmen in ihren Handlungsoptionen beschränkt (vgl. ausführlich Strange 1994: 7-134). Macht wird in dieser Struktur weniger als relationale Beziehung wahrgenommen, sondern ist vielmehr die Fähigkeit eines oder mehrerer Akteure „to change the range of choices open to others, without apparently putting pressure directly on them [...] Such power is less visible“ (Strange 1994: 31). Macht als Konzept wird damit von der oft implizit übernommenen Weberschen Definition⁵⁸ zu einer strukturellen Macht, die vier verknüpften Strukturen indirekt zum eigenen Vorteil zu manipulieren, umgedeutet.

Auch wenn diese groben Vorüberlegungen an sich noch kein ausformuliertes Forschungsdesign sind, so lässt sich dennoch knapp demonstrieren, dass der hier vorgeschlagene Forschungsprogrammwechsel zum Verständnis und der politikwissenschaftlichen Bewertung von aktuellen Ereignissen im Energiesektor

noch unterentwickelte Industriezweige vor der bereits weitentwickelten internationalen Konkurrenz geschützt werden. Dies produzierte meistens ineffiziente, nicht wettbewerbsfähige Unternehmen. Seitdem suchen Entwicklungsländer verstärkt die Partnerschaft mit transnationalen Unternehmen zur Unterstützung von exportorientierten Wachstumsstrategien (vgl. Bieling 2007: 206ff.).

⁵⁷Beispiele sind hierfür etwa *local content*-Klauseln, die Verpflichtung zu *joint ventures* mit einheimischen Firmen oder Ausbildung von lokalen Arbeitskräften und gesetzgeberische Maßnahmen wie Umweltauflagen.

⁵⁸„Jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“ (Weber, zitiert nach Weiß 2000: 359).

durchaus differenziertere Ergebnisse als die etablierten, aber in Teil C verworfenen Ansätze bringen kann. Dazu sollen an dieser Stelle knapp die aktuellen Ereignisse in Venezuela mit besonderer Berücksichtigung der fortgesetzten Nationalisierung des Erdölkonzerns PDVSA und der politisch motivierten, angekündigten Kooperation Chavez' mit Erdölkonzernen aus China und Iran untersucht werden.

Zunächst ist zu der Sicherheitsstruktur in Venezuelas regionalem Umfeld und der Wissensstruktur – „what knowledge is discovered, how is it stored and who communicates it“ (Strange 1994: 121) – lediglich knapp festzustellen, dass hier die strukturelle Macht des regionalen Hegemons USA unverändert ist. Trotz Chavez' Rüstungsk Kooperationen mit Russland dominiert die US-Marine und SOUTHCOM das regionale Umfeld (SIPRI 2007: 287 ff.). Auch die Wissensstruktur wird im Energiesektor weiterhin durch die technologisch ihrem Konkurrenten PDVSA überlegenen US-Energiekonzerne ExxonMobil und ConocoPhillips dominiert.⁵⁹

Für eine differenzierte Lageeinschätzung von Venezuelas Energiesektor sind somit die von Strange identifizierten Strukturen Produktion sowie Finanzen und Kredit als auch deren Wechselwirkung interessanter – in diesen Strukturen hat Chavez' Regierung im Zuge der von ihr propagierten „bolivarischen Revolution“ einige Verschiebungen in den triangularen *bargains* zwischen Unternehmen, Caracas und den Regierungen der Heimatstaaten der in Venezuelas Energiesektor tätigen ausländischen Unternehmen vorgenommen.

Zunächst ist für die Produktionsstruktur – „the sum of all arrangements determining what is produced, by whom and for whom, by what method and on what terms“ (Strange 1994: 64) – aus den Ergebnissen von Teil B folgendes übertragbar: Produziert wird in einem kapitalintensiven, oligopolistischen Sektor für einen aufgrund von Angebots- und Nachfrageinelastizität schwer einschätzbaren Rohstoffmarkt. Strukturelle Macht in dieser Produktionsstruktur lässt sich also als die Fähigkeit eines Energieunternehmens beschreiben, unter diesen schwierigen Marktbedingungen dauerhaft im Geschäft zu bleiben und Gewinne zu erwirtschaften. Dabei ist es gleichgültig, ob es in privatem oder staatlichen Besitz ist. Dies gelingt Energieunternehmen durch die Kontrolle der gesamten

⁵⁹ Gerade für das Konzept der Wissensstruktur müssen Stranges in diesem Bereich sehr grobe Forschungsdesignvorschläge durch einige detaillierte Erweiterungen und Präzisierungen verbessert werden. Dies kann keinesfalls in diesem knappen Schlussteil geschehen. Für die Bewertung der Wissensstruktur wurde daher an dieser Stelle vereinfachend die technologischen Fähigkeiten der Konkurrenten PDVSA, ConocoPhillips und ExxonMobil im aufwändigen *heavy crude* und Teersande-Bereich als Indikator gewählt, da alle drei Firmen in diesem Bereich stark engagiert sind. Dies überschneidet sich zwar mit der Produktionsstruktur, erlaubt aber dennoch Einblick in das von den Firmen besessene Technologiewissen. ConocoPhillips konnte beispielsweise den Verlust seines *upstream*-Besitzes 2005 in Venezuela durch neue *joint ventures* als begehrter Technologiepartner in Kanadas Ölsandsektor ausgleichen (vgl. ConocoPhillips 2008: 11ff.). ExxonMobil verweist auf demnächst produzierende Felder, die die verlorenen Anteile an Venezuelas Produktion mehr als wettmachen sollen: Der Verlust von 27 Millionen Barrell/Jahr in Venezuela wird durch 684 Millionen Barrell/Jahr Produktionspotential an kanadischen Ölsanden abgefangen (vgl. ExxonMobil 2008: 42ff.). PDVSA hat zwar ebenfalls eigene Explorationen angekündigt (vgl. PDVSA 2008: 50ff.), diese Darstellungen werden allerdings im Unterschied zu denen ExxonMobils und ConocoPhillips angezweifelt (vgl. EIA 2007). Somit konnten ConocoPhillips und ExxonMobil weiter ihren *upstream*-Sektor aufwändig erweitern, während PDVSA trotz anderer Ankündigungen in der Explorationstätigkeit stagniert.

Produktionskette - entweder durch direkte vertikale Integration oder durch *joint ventures* mit anderen Energieunternehmen-, wodurch die für Energiemärkte charakteristischen Angebots- und Nachfrageschwankungen innerhalb eines einzelnen Unternehmens ausbalanciert werden können.

Was lässt sich nun zu der Entwicklung der vertikalen Integration von PDVSA unter Chavez beobachten? Die von PDVSA besessenen Vorkommen⁶⁰ sind größtenteils Schweröl (*heavy crude*), die Entwicklung des *upstream*-Sektors ist hierfür komplizierter und kapitalintensiver als für Leichtöl. PDVSA hat dies in der Vergangenheit durch *Operating Service Agreements* (OSA) mit ausländischen Energieunternehmen gelöst, dabei entwickelten diese die Ressourcen und warteten die Förderanlagen – PDVSA kaufte lediglich das geförderte Rohöl auf. Seit 2001 sind diese OSAs allerdings schrittweise in *joint ventures* überführt worden, in denen PDVSA die Mehrheit hält – Motivation hierfür war die Maximierung des für den Staatshaushalt abschöpfbaren Anteils an den Gewinnen des Staatskonzerns. Da sich in Folge dieser politisch forcierten Neuaushandlung der *bargains* zwischen Staat und Unternehmen mehrere ausländische Unternehmen zurückzogen, musste PDVSA deren Aktivitäten im *upstream*-Bereich nun vollständig selber übernehmen – die indirekte vertikale Integration wurde damit durch eine direkte abgelöst. Auch im *mid*- und *downstream*-Bereich sind die Anforderungen komplex: Für *heavy crude* müssen speziell auf diese Rohölsorte zugeschnittene Raffinerien gebaut werden; das Aufkaufen bestehender Kapazitäten in anderen Märkten ist also zur Diversifizierung des *downstream*-Sektors kaum möglich. Die Raffineriekapazität der PDVSA-Tochter CITGO in den USA ist mit 961. 400 tbl/d (=Tausend Barrel pro Tag) neben den Raffinerien in Venezuela (1. 282. 100 tbl/d) der Hauptabnehmer venezuelanischen Erdöls; außerhalb dieser Strukturen ist PDVSA nur über Beteiligungen an Raffinerien in Europa und der Karibik an andere Märkte angebunden. Damit bleibt PDVSA's Vermarktungssystem mittelfristig weiterhin auf den US-Markt ausgerichtet, eine Diversifizierung bei den Absatzmärkten ist nur durch kapitalintensive Investitionen möglich. Zusammengefasst hat die vertikale Integration des venezuelanischen Erdölunternehmens somit insbesondere im *upstream*-Sektor seit 2001 zwar zugenommen, ist aber damit für PDVSA aufwändiger im Management sowie den Kapital- und Personalanforderungen geworden, da langjährige, bedeutende Geschäftspartner wie ConocoPhillips und ExxonMobil sich von den OSAs zurückgezogen haben. Gleichzeitig verlor PDVSA durch die politisch motivierte Entlassung der Hälfte (18 000) seiner Mitarbeiter nach einem Streik gegen die Politik Chavez' 2002 exakt die für diese gestiegenen Anforderungen notwendigen Ressourcen. Verschärft wird diese Schwächung des Unternehmens noch durch den starken Kapitalverlust durch die direkte Finanzierung von Chavez' Sozialprogrammen aus dem PDVSA-Haushalt. Die für die internationale Bewertung des Kreditrisikos des Unternehmens zuständige Agentur Moody's stufte PDVSA aufgrund dieser Entwicklung mittlerweile mehrfach zurück, damit wird der Zugang zu internationalen Kapitalmärkten schwieriger.⁶¹ Die Förderleistung des Unternehmens blieb unter den vor dem Streik erfassten Mengen (vgl. ausführlich EIA 2007; PDVSA 2008: 30-86; Bodemer 2007). Insgesamt hat

⁶⁰ PDVSA exportiert hauptsächlich Erdöl, eine Erdgasindustrie befindet sich erst im Aufbau (EIA 2007).

⁶¹ 2007 bekam PDVSA ein B2-rating (spekulatives Investment, hohes Kreditrisiko); Moody's schließt weitere Abwertungen nicht aus (Forbes 2006; BusinessNewsAmericas 2007).

damit durch die Politisierung des Unternehmens zwar auf den ersten Blick die vertikale Integration in Form einer zentralen Kontrolle über alle Teile der Produktionskette zugenommen, die Fähigkeit diesen Zuwachs als eine vorteilhafte und effektive Unternehmensform in einem Rohstoffmarkt zu nutzen hat allerdings ironischerweise gleichzeitig abgenommen: Auch wenn PDVSA nun mehr Quellen im *upstream*-Sektor direkt ohne Partner kontrolliert, produzieren diese weniger und können ihr Produkt auch hauptsächlich nur auf dem US-Markt absetzen. Die strukturelle Macht Venezuelas in der Produktionsstruktur des Energiesektors hat also abgenommen.

Eng verknüpft mit diesen Verschiebungen in der Produktionsstruktur des venezuelanischen Energiesektors sind auch massive Eingriffe Chavez' in die Finanzstruktur – „the sum of all the arrangements governing the availability of credit plus all the factors determining the terms on which currencies are exchanged for one another“ (Strange 1994: 90) – beobachtbar. Nach einer massiven Bankenkrise während der neunziger Jahre (vgl. detailliert Garcia-Herrero 1997: 6ff.) konnte sich der venezuelanische private Finanzsektor nach mehreren Bankeninsolvenzen nach der Jahrtausendwende zunächst stabilisieren – damit erholte sich somit zunächst der erste Aspekt der Finanzstruktur (Kreditwesen). Mit der Konsolidierung von Chavez' Machtposition seit 2003 wurde allerdings parallel zum Erdölsektor auch der Bankensektor politisiert. Seit 2005 werden Kredite von den privaten Banken nicht mehr allein gemäß deren eigener Einschätzung der Güte eines Investitionsprojekts vergeben und die Zinsrate nach Höhe des Kreditrisikos festgesetzt, sondern vielmehr zu einem Drittel nach staatlichen Vorgaben an bestimmte Sektoren und Personengruppen vergeben.⁶² Diese Verzerrung der Vergabekriterien des Kreditsektors hat zur Folge, dass „banks appear very vulnerable to cyclical downturns that would affect the main macroeconomic and financial variables“ (Blavy 2006: 30) - es besteht somit ein stark erhöhtes Risiko von Kreditausfällen, insbesondere größere externe Schocks wie ein Einbruch der volkswirtschaftlich extrem wichtigen Erdöleinnahmen trafen auch den privaten Finanzsektor sehr hart (vgl. detailliert Blavy 2006). Die strukturelle Macht Venezuelas im Kreditsektor hat damit auch abgenommen. Gleiches lässt sich auch bezüglich des zweiten von Strange identifizierten Aspekts der Finanzstruktur, der Währungsstabilität, beobachten. Chavez hat zwar durch strenge Kapitalkontrollen und den Strom von Erdöleinnahmen die Liquidität des Finanzsektors trotz der oben beschriebenen Auflagen aufrechterhalten können, damit allerdings – auch durch seine mit PDVSA-Kapital finanzierten Sozialprogramme – die im Umlauf befindliche Geldmenge erhöht und damit inflationsstabilisierende Eingriffe der Zentralbank unmöglich gemacht (vgl. ausführlich Zalduendo 2006; Da Costa / Olivo 2008). Die Inflationsrate stieg entsprechend an (2006: 13, 7 %; 2007: 18, 7 %), der IWF sagt eine Verschlimmerung der Entwicklung voraus (2008: 25,7 %; 2009: 31 %) (IMF 2008: 83). Damit hat die strukturelle Macht Venezuelas in der Finanzstruktur – Kredit und Währungsstabilität – ebenfalls abgenommen.⁶³

⁶² Die Maßnahmen zielen seit 2005 auf landwirtschaftliche Kredite, sozialen Wohnungsbau, Tourismus und Mikrokredite für Kleinstbetriebe (Blavy 2006:14).

⁶³ Interessanterweise decken sich die beobachteten Entwicklungen (faule Kredite, verschwenderische Ausgabenpolitik, Versagen von monetären Instrumenten) mit Faktoren, die die letzte Krise einleiteten: „The Venezuelan banking crisis was caused by [...] high real interest rates and

Fügt man jetzt die Beobachtungen in der Entwicklung der Produktionsstruktur und der Finanzstruktur zusammen und verknüpft diese zu dem von Strange vorgeschlagenen „*network of bargains*“, so ergibt sich für PDVSAs und damit Venezuelas Stellung in den Energiemärkten ein düsteres Bild: Um die charakteristischen Schwankungen dieser Märkte abzufangen und Einkünfte zu stabilisieren, braucht PDVSA eine vertikal integrierte Unternehmensstruktur. Um dies trotz der oben skizzierten politischen Eingriffe aufrecht erhalten zu können, muss das Staatsunternehmen – auch aufgrund der besonders komplexen Anforderungen des venezuelanischen *heavy crude* – entweder finanzstarke und fähige Kooperationspartner für *joint ventures* finden oder muss diese Fähigkeiten selbst entwickeln. Nachdem sich die größten Partnerunternehmen (Exxon-Mobil, ConocoPhillips) zurückgezogen haben, muss PDVSA dieses Kapital selbst aufbringen. Da seine eigene Kapitalbasis stark geschrumpft ist und der Zugang zu internationalen Kapitalmärkten schwieriger geworden ist, erscheint der nationale (und ebenfalls politisierte) Kapitalmarkt als logischer Ausweg. Dieser ist im Gegenzug allerdings erstens strukturell geschwächt und zweitens auch stark von der Entwicklung auf dem internationalen Energiemarkt abhängig, ausländische Investitionen sind aufgrund der hohen Inflationsrate ebenfalls schwerer verfügbar. Damit ergibt sich der folgende *vicious circle* zwischen Produktions- und Finanzstruktur: Bricht der internationale Energiemarkt ein, muss PDVSA dies durch vertikale Integration abfangen können – dies erfordert allerdings (aufgrund der politischen Eingriffe Chavez') Kapital. Dies will der internationale Kapitalmarkt nicht zur Verfügung stellen und der politisierte nationale Kreditsektor kann dies nicht – insbesondere nicht nach einem Einbruch der für Venezuelas Banken so wichtigem Energiesektor. Auf den Punkt gebracht: Die strukturelle Schwäche der Produktionsstruktur und die strukturelle Schwäche der Finanzstruktur behindern sich gegenseitig. Augenblicklich wird dies nur durch die hohe Nachfrage auf den internationalen Energiemärkten verdeckt. Setzt der in Teil B herausgearbeitete, für diesen Sektor charakteristische Marktabsturz (Nachfrage- und Angebotsinelastizität) ein, kann weder PDVSA, noch der venezuelanische Kreditsektor und damit auch nicht Venezuelas gesamte Volkswirtschaft dies mit probaten Mitteln (vertikale Integration, stabile Währung und ausreichender Kredit) abfangen. Chavez „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ wird daher beim nächsten Marktumschwung auf den internationalen Energiemärkten einbrechen, da PDVSA und Venezuelas Finanzsektor die strukturelle Macht zum Ausgleichen dieser Entwicklung verlorengegangen ist.

Zum Vergleich. Realisten sehen in Chavez' angekündigten „Energieallianzen“ mit anderen Energieexporteuren eine „Achse des Öls“, die dringend ausbalanciert werden muss und potentiell die Energiesicherheit des Westens bedroht (vgl. etwa Umbach 2006a; Bodemer 2007). Liberale Analysen betonen die Interdependenz zwischen Venezuela, den USA sowie anderen Regionalmächten und ihr gemeinsames Interesse an einer funktionierenden Energiehandelsbeziehung (vgl. etwa Maihold 2008; Boeckh / Siedlachzek 2006). Konstruktivistische Analysen würden sich auf die gegenseitige Konstruktion der Energiepartner USA-Venezuela als Feind oder Freund konzentrieren; ökonomische Analysen stellen mathematisch modellierbare Aspekte des venezuelanischen Ener-

bad loans [...], fiscal policy was too lax and monetary policy became overburdened” (Garcia-Herrero 1997: 6). Diese Beobachtung stützt die obige These zusätzlich.

giesektors und seiner Partner in den Vordergrund (vgl. etwa Jabir 2001; Hartley / Medlock 2008). Die hier vorgenommene – wenn auch kurze – Analyse aus dem Forschungsprogramm der Internationalen Politischen Ökonomie stellt dem einen differenzierteren Zugang entgegen. Die Verknüpfung von ökonomischen wie politischen Faktoren kann dabei ein detaillierteres und realistischeres Bild als die in Teil C verworfenen Ansätze liefern. Darüber hinaus werden damit auch die in dem *conceptual framework* von Teil B herausgearbeiteten Besonderheiten des Politikfelds abgedeckt: Die Pfadabhängigkeit von energiepolitischen Entscheidungen kann durch die genaue Analyse der zwischen politischen Akteuren und Unternehmen ausgehandelten *bargains* nachvollzogen und beurteilt werden – im oben diskutierten Fallbeispiel Venezuela deutet dies eher auf einen baldigen Zusammenbruch von Chavez' Politik- und Gesellschaftsmodell hin. Ferner ist das von Strange vorgeschlagene Konzept der Strukturellen Macht besonders in der Lage, die am Ende von Teil B angesprochene Verknüpfung von Energiepolitik und Energiesicherheit mit anderen *policies* abzubilden. Die in Teil C als wertvoll eingestuften Überlegungen Wendts (Kodetermination von Akteur und Struktur) werden ebenso durch die Einbettung der zu analysierenden *bargains* in die Strukturen Sicherheit, Wissen, Produktion und Finanzen eingegliedert.

Damit erlaubt dieser Ansatz, über die rein relationale Betrachtung der Energiebeziehung USA – Venezuela herauszugehen, Caracas strukturell geschwächte Position im Produktions- und Finanzsektor offen zu legen und damit auch differenzierte Lageeinschätzungen für eine wissenschaftliche Politikberatung aufzustellen. Anstatt also Chavez auszubalancieren oder sich auf die Interdependenz zwischen dem Staatskonzern PDVSA und seinem größtem Absatzmarkt in Nordamerika zu verlassen, sollte das *State Department* Pläne für ein Post-Chavez-Szenario eines wirtschaftlich und finanziell ausgebluteten Venezuela (nach einem für die Energiemärkte charakteristischen, länger anhaltendem Preiseinbruch) erstellen.

Zusammengefasst: Auch wenn ein konkreterer Zuschnitt von Stranges Vorüberlegungen auf den Untersuchungsgegenstand Energie- und Energiesicherheitspolitik notwendig ist, wird das Potential ihres Ansatzes somit schnell deutlich. Die Weiterentwicklung des Forschungsprogramms der Internationalen Politischen Ökonomie sowie seine Anwendung auf den Untersuchungsgegenstand Energiepolitik und Energiesicherheit ist daher dringend notwendig.

E. Literaturverzeichnis

Aalto, Pami 2008: "The EU-Russian Energy Dialogue and the Future of European Integration: From Economic to Politico-Normative Narratives", In: Aalto, Pami (Hrsg.): "The EU-Russian Energy Dialogue – Europe's Future Energy Security", Aldershot, S. 23-42.

Abdolvand, Behrooz 2005: „Die geoökonomischen Interessen der USA und deren Auswirkung auf die Neuverteilung der kaspischen Energieressourcen“, Dissertation FU Berlin, online verfügbar unter: <http://www.diss.fu-berlin.de/2007/118/> (Zugriff: 23.4.2007).

Abdolvand, Behrooz / Adolf, Mathias 2003: "Verteidigung des Dollars mit anderen Mitteln – Der 'Ölkrieg' im Kontext der kommenden Währungs bipolarität", *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2003, S. 175-185.

Abdolvand, Behrooz / Adolf, Mathias 2003: "Von Enduring Freedom zu Iraqi Freedom – Washington in der Zwickmühle von Antiterrorkrieg und präventiver Interessenpolitik", *Welttrends* 3/2003, S.127-141.

Adelman, M.A. 1977: "The Changing Structure of Big International Oil", In: NSIC (National Strategy Information Center) (Hrsg.) 1977: "Oil, Divestiture and National Security", New York, S. 1-10.

Ahrari, Mohammed E. 1985: "OPEC and the Hyperpluralism of the oil market in the 1980s", *International Affairs* 2/1985, S.263-278.

Akins, James E. 1973: "The Oil Crisis - This Time the Wolf is here", *Foreign Affairs* 3/1973, S. 462-490.

Alt, Franz 2002: "Krieg um Öl oder Frieden durch die Sonne?", München.

Ashley, Richard K. 1984: "The poverty of neorealism", *International Organization* 2/1984, S.225-286.

Bade, Robin / Parkin, Michael 2007: "Foundations of Microeconomics", 3rd edition, Boston et al.

Baraki, Martin 2008: "Die US-Strategie für die Regionen Mittlerer Osten und Kaukasus in der unipolaren Weltordnung", In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): „Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen? Schachspiel der Weltmächte zwischen Präventivkrieg und zukunftsfähiger Rohstoffpolitik im Zeitalter des globalen Treibhauses“, Wien, S. 133-148.

Barkanov, Boris 2007: „Constructing the National Interest: The Energy Charter Treaty and Transformations in Russia's Foreign Policy“, Paper Presented at the Political Science Graduate Student Conference, University of California, Berkeley, May 2, 2007.

Barnds, William J. 1974: "Die Internationale Position Japans in den siebziger Jahren – Kontinuität der Außenpolitik vor dem Hintergrund wachsender wirtschaftlicher Schwierigkeiten", *Europa-Archiv* 6/1974, S. 175-184.

Barnes, Joe / Myers Jaffe, Amy 2006: "The Persian Gulf and the Geopolitics of Oil", *Survival* 1/2006, S. 143-162.

- Bell, Coral 1974: „The October Middle East War – A case study in crisis management during detente“, *International Affairs* 4/1974, S.531- 543.
- Bieling, Hans-Jürgen 2007: „Internationale Politische Ökonomie – Eine Einführung“, Wiesbaden.
- Banks, Ferdinand E. 2001: „Global Finance and Financial Markets – A Modern Introduction“, Singapore et al.
- Birnie, Patricia W. 1975: „The Legal Background to North Sea Oil and Gas Development“, In: Smart, Ian / Saeter, Martin (Hrsg.): „The Political Implications of North Sea Oil and Gas“, Oslo, S. 19-35.
- Blaug, Mark 1998: „Disturbing currents in modern economics“, *Challenge* 3/1998, S. 11-34.
- Blaug, Mark 2009: „The Trade-Off Between Rigor and Relevance – Sraffian Economics as a case in point“, *History of Political Economy* 2/2009, S. 219 – 247.
- Bodemer, Klaus 2007: „ Petropolitics – politischer Diskurs, Geopolitik und ökonomisches Kalkül in den Beziehungen zwischen Venezuela und den Vereinigten Staaten“, *Lateinamerika-Analysen* 1/2007, S. 169-201.
- Boeckh, Andreas / Siedlaczek, Magdalena 2006: „Venezuela nach 8 Jahren Hugo Chavez: Versuch einer Bilanz“, online verfügbar unter: <http://www.politikwissenschaft-lateinamerika.de/downloads/VenezuelaBerlinOkt2006.pdf> (Zugriff: 26.8.2007).
- Bräker, Hans 1980: „Iran, Afghanistan und die sowjetische Mittelost-Politik“, *Europa-Archiv* 7/1980, S. 227-236.
- Braml, Josef 2007: „Can the United States shed its Oil addiction?“, *The Washington Quarterly* 4/2007, S. 117-130.
- Brand, Ruth / Corbach, Matthias 2004: „Akteure der Energiepolitik“, In: Reiche, Danyel (Hrsg.): „Grundlagen der Energiepolitik“, Frankfurt/M., S. 251-278.
- Braun, Ursula: „Der Entscheidungsprozess innerhalb der OPEC und die Stabilität der Organisation“, *Europa-Archiv* 7/1976, S. 225-234.
- Bremmer, Ian: „The Dragon Awakes“, *The National Interest* 3/2005, S. 52-59.
- Brown, L. Carl 1984: „International Politics and the Middle East“, Princeton.
- Burchhard, Hans-Joachim 1974: „Der Souveränitätswechsel beim Erdöl“, *Außenpolitik* 25/1974, S. 447-460.
- Busch, Klaus 2001: „Politikwissenschaftliche Integrationstheorien in Interaktion – Der synoptische Ansatz II“, In: Loth, Walter / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): „Theorien europäischer Integration“, Opladen, S. 247-292.
- BusinessNewsAmericas 2007: „Moody’s downgrades Venezuela’s heavy oil prospects“, online verfügbar unter: http://www.bnamericas.com/research_detalle.jsp?documento=258583&idioma=l (Zugriff: 28.8.2008).
- Carter, Jimmy 1980: „State of the Union Adress, 23rd January 1980“, abgedruckt in: *Europa-Archiv* 5/1980, S. 101-106.

- Chen, Matthew E. 2007: „Chinese National Oil Companies and Human Rights“, *Orbis* 1/2007, S. 41-54.
- Chick, Martin 2007: „Electricity and Energy Policy in Britain, France and the United States since 1945“, Cheltenham.
- Clarke, Steve 2002: „Conspiracy Theories and Conspiracy Theorizing“, *Philosophy of the Social Sciences* 2/2002, S. 131-150.
- Clement, Hermann 1992: „Der sowjetische Energiesektor und der Weltenergiemarkt. Schwerpunkt: Die Energieerzeugung in der Sowjetunion“, In: Müller, Friedemann (Hrsg.): *Russlands Energiepolitik – Herausforderung für Europa*, Baden-Baden, S. 15-48.
- CNOOC (China National Offshore Oil Corporation) 2006: „Your Energy of Life [=CNOOC Jahresabschlussbericht mit Finanzen für das Jahr 2005]“, online verfügbar unter http://www.cnocold.com/en/Investment_report.aspx?w=bq (Zugriff: 24.8.2008).
- CNOOC (China National Offshore Oil Corporation) 2008: „Drawing a brighter future together [=CNOOC Jahresabschlussbericht mit Finanzen für das Jahr 2007]“, online verfügbar unter http://www.cnocold.com/en/Investment_report.aspx?w=bq (Zugriff: 24.8.2008).
- ConocoPhillips 2008: „2007 Annual Report“, online verfügbar unter: <http://www.conocophillips.com/NR/rdonlyres/3838234F-F20C-4BCE-AE8D-78DE29D67455/0/07RevisedARfinal.pdf> (Zugriff: 24.8.2008).
- Cornelius, Peter / Story, Jonathan 2007: „China and Global Energy Markets“, *Orbis* 1/2007, S. 5-20.
- Da Costa, Mercedes / Silvo, Victor 2008: „Constraints on the Design and Implementation of Monetary Policy in Oil Economies – The Case of Venezuela“, *IMF Working Papers*, June 2008.
- Daojiong, Zha 2006: „China's Energy Security: Domestic and International Issues“, *Survival* 1/2006, S. 179-190.
- DGAP (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) (Hrsg.) 2008: „Weltverträgliche Energiesicherheitspolitik – Jahrbuch Internationale Politik 2005/2006“, München.
- Dohner, Robert 1982: „The Bedeviled American Economy“, In: Yergin, Daniel / Hillenbrand, Martin (Hrsg.): „Global Insecurity – A Strategy for Energy and Economic Revival“, Boston, S. 58-59.
- Dolinski, Urs 1978: „Welterdgasmarkt und deutsche Gaswirtschaft“, *Aussenpolitik* 3/1978, S. 338-350.
- Douglas, John Keefer / Nelson, Matthew B. / Schwartz, Kevin: „Fueling the Dragon – How China's Energy Demand affects its relationship in the Middle East“, Paper Presented to the China Economic and Security Review Commission, September 14 2006, online verfügbar unter: http://www.uscc.gov/researchpapers/2006/China_ME_FINAL.pdf (Zugriff: 26.8.2008)

Düngen, Helmut 1993: „Zwei Dekaden deutscher Energie- und Umweltpolitik – Leitbilder, Prinzipien und Konzepte“, In: Hohensee, Jens / Salewski, Michael (Hrsg.): „Energie, Politik, Geschichte“, Stuttgart 1993.

Ebert, Dietmar 2006: “Transnationale Pipelines: Chancen und Grenzen der Energiekooperation in Ostasien”, In: Gu, Xuewu / Kupfer, Kristin (Hrsg.): „Die Energiepolitik Ostasiens – Bedarf, Ressourcen und Konflikte in globaler Perspektive“, Frankfurt, S. 143-164.

ECS (Energy Charter Secretariat) 2007: “Putting a price on Energy – International Pricing Mechanisms for Oil and Gas”, online verfügbar unter [http://www.encharter.org/fileadmin/user_upload/document/Oil and Gas Pricing 2007 ENG.pdf](http://www.encharter.org/fileadmin/user_upload/document/Oil_and_Gas_Pricing_2007_ENG.pdf) (Zugriff: 25.6.2008).

Eguchi, Yujiro 1980: “Japanese Energy Policy”, *International Affairs* 2/1980, S. 263-280.

EIA (Energy Information Administration) 2007: “Venezuela Country Analysis”, online verfügbar unter <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/Venezuela/pdf.pdf> (Zugriff: 25.8.2008).

EIA (Energy Information Administration) 2008: “Energy in Brief – How dependent are we on foreign oil?”, online verfügbar unter [http://tonto.eia.doe.gov/energy in brief/foreign oil dependence.cfm](http://tonto.eia.doe.gov/energy_in_brief/foreign_oil_dependence.cfm) (Zugriff: 24.8.2008).

Eichengreen, Barry / Mathieson, Donald J. 2000: “The currency composition of foreign reserves – retrospect and prospect”, Paper prepared for the UNU/WIDER Conference on the Future of the International Monetary and Financial System, Helsinki, Januar 2000.

Eichengreen, Barry / Flandreau, Marc 2008: “The Rise and Fall of the Dollar or When did the Dollar replace Sterling as the Leading Reserve Currency?”, Paper presented to the Conference in honour of Peter Termin, Cambridge, 9th May 2008, online verfügbar unter: [http://www.econ.berkeley.edu/~eichengr/rise fall dollar temin.pdf](http://www.econ.berkeley.edu/~eichengr/rise_fall_dollar_temin.pdf) (Zugriff: 28.8.2008).

Erickson, Edward W. 1977: “Charges of Domestic Energy Monopoly – The Dog in the Manger of US-Energy Policy”, In: National Strategy Information Center (Hrsg.): “Oil, Divestiture and National Security”, New York, S. 41-65.

ExxonMobil 2008: “2007 Annual Summary Report”, online verfügbar unter: [http://www.exxonmobil.com/corporate/files/news pub sar 2007.pdf](http://www.exxonmobil.com/corporate/files/news_pub_sar_2007.pdf) (Zugriff: 24.8.2008)

EZB (Europäische Zentralbank) 2006: “The Accumulation of Foreign Reserves“, *Occasional Paper Series*, No. 43, February 2006.

Feigenbaum, Harvey / Samuels, Richard / Weaver, R. Kent 1993: “Innovation, Coordination and Implementation in Energy Policy”, In: Weaver, R. Kent / Rockman, Bert A. (Hrsg.): “Do Institutions matter? Government Capabilities in the United States and Abroad”, Washington, S. 42- 110.

Forbes 2006: “Moody’s withdraws ratings on Venezuela’s national oil company PDVSA”, online verfügbar unter: <http://www.forbes.com/feeds/afx/2006/07/28/afx2912335.html> (Zugriff: 28.8.2008).

- Franke, Anja et al 2009: "Kazakhstan and Azerbaijan as Post-Soviet Rentier States: Resource Incomes and Autocracy as a Double ‚Curse‘ in Post-Soviet Regimes", *Europe-Asia-Studies* 1/2009, S. 109-140
- Friedman, Thomas L. 2006: "The First Law of Petropolitics", *Foreign Policy* 3/2006, S. 28-39.
- Garcia-Herrero, Alicia 1997: "Monetary Impact of a Banking Crisis and the Conduct of Monetary Policy", *IMF Working Paper* 124/97.
- Gilpin, Robert 1975: "US Power and the Multinational Corporation – The Political Economy of Foreign Investment", New York.
- Gilpin, Robert 2001: "Global Political Economy – Understanding the International Economic Order", Princeton 2001.
- Götz, Roland 2007a: "Die Debatte um Europas Energieversorgungssicherheit", *SWP-Diskussionspapier* der Forschungsgruppe GUS vom 05.März 2007.
- Götz, Roland 2007b: "Ist Europas Energieversorgungssicherheit wirklich bedroht?", In: Meier-Walser, Reinhard C. (Hrsg.): „Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung“, München, S. 67-84.
- Goldman, Marshall I. 1977: „The Soviet Union as a World Oil Power“, In: National Strategy Information Center (Hrsg.): "Oil, Divestiture and National Security", New York, S. 92-105.
- Goldstein, Lyle / Kozyrew, Vitaly 2006: "China, Japan and the Scramble for Siberia", *Survival* 1/2006, S. 163-178.
- Goldthau, Andreas 2008: „Resurging Russia? Rethinking Energy Inc. – Five Myth about the Energy Superpower“, *Hoover Policy Review* (online), online verfügbar unter <http://www.hoover.org/publications/policyreview/14931716.html> (Zugriff: 17.2.2008).
- Goldthau, Andreas / Geden, Oliver 2007: „Europas Energieversorgungssicherheit – Ein Plädoyer für einen pragmatischen Ansatz“, *Internationale Politik und Gesellschaft* 4/2007, S. 58-73.
- Goldthau, Andreas / Witte, Jan 2008: „Global Energy Governance“, *Internationale Politik* 4/2008, S. 46-55.
- Gratius, Susanne 2007: „Venezuela: Transformation vom korporativen zum bolivarianischen Rentiersstaat“, In: Harks, Enno / Müller, Friedemann (Hrsg.): „Petrostaaten – Außenpolitik im Zeichen von Öl“, Berlin, S. 196-222.
- Gu, Xuewu / Mayer, Maximilian 2007: „Chinas Energiehunger – Mythos oder Realität?“, München.
- Gumpel, Werner 1971: "Sowjetunion: Erdöl und Nahostpolitik", *Außenpolitik* 11/1971, S. 670-681.
- Haas, Peter M. 1992: „Epistemic Communities and International Policy Coordination“, *International Organization* 1/1992, S. 1-35.
- Häckel, Erwin 2000: "Internationale Energiepolitik", In: Woyke, Wichard (Hrsg.): „Handwörterbuch Internationale Politik“, 8. Auflage, Berlin, S. 155-163.
- Hansen, Joachim 1973: "Neue Ära der internationalen Ölwirtschaft", *Außenpolitik* 2/1973, S. 201-210.

- Harks, Enno / Müller, Friedemann (Hrsg.) 2007: „Petrostaaten – Außenpolitik im Zeichen von Öl“, Berlin.
- Hartley, Peter M. / Medlock, Kenneth B. 2008: „A model of the operation and development of a National Oil Company“, *Energy Economics* 5/2008, S. 2459-2485.
- Helm, Dieter 2008: „Energy, the State and the Market – British Energy Policy since 1979“, 2. überarb. Auflage, London.
- Heynitz, Achim von 1992: „Sicherung der Energieversorgung in Europa nach Auflösung des Ost-West-Konflikts“, In: Müller, Friedemann (Hrsg.): *Russlands Energiepolitik – Herausforderung für Europa*, Baden-Baden, S. 81-86.
- Hohensee, Jens 1996: „Der erste Ölpreisschock 1973/74“, Stuttgart.
- Hohensee, Jens 1989: „Die Ölkrise 1973/74 – Eine orientalische Herausforderung des Abendlands?“, Magisterarbeit, Universität Kiel.
- Holz, Franziska et al. 2008: „A strategic model of European gas-supply (GASMOD)“, *Energy Economics* 3/2008, S. 766-788.
- Hottinger, Arnold 1974: „Der vierte arabisch-israelische Krieg und seine politischen Folgen“, *Europa-Archiv* 3/1974, S. 83-92.
- ICG (International Crisis Group) 2008: „China’s Thirst for Oil“, *ICG Asia Report* No 153 – 9 June 2008.
- IEA (*International Energy Agency*) 1974: „Agreement on an International Energy Program (IEP)“, online verfügbar unter: <http://www.iea.org/about/docs/IEP.PDF> (Zugriff: 9.7.2008).
- Ikenberry, John G. 1986: „Ironies of State Strength: Comparative Responses to the Oil Shocks in the 1970s“, *International Organization* 1/1986, S. 105 – 137.
- Ikenberry, John G. 1988: „Reasons of State – Oil Politics and the Capacities of American Government“, Cornell.
- IMF (International Monetary Fund) 2008: „World Economic Outlook - April 2008“, online verfügbar unter <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2008/01/index.htm> (Zugriff: 25.8.2008).
- Issawi, Charles 1972: „Oil, the Middle East and the world“, London.
- Jabir, Imad 2001: „The shift in US oil demand and its impact on OPEC’s Market share“, *Energy Economics* 6/2001, S. 659-666.
- Jahn, Detlef 2006: „Einführung in die Vergleichende Politikwissenschaft“, Wiesbaden.
- Jörnmark, Jan 1993: „Coal and Steel in Western Europe 1945-1993 – Innovative Change and Institutional Adaption“, Göteborg.
- Kaiser, Karl 1974: „Die Auswirkungen der Energiekrise auf die westliche Allianz“, *Europa-Archiv* 24/1974, S. 813-824.
- Kaufmann, Robert K. et al. 2008: „Determinants of OPEC production – Implications for OPEC behavior“, *Energy Economics* 2/2008, S. 333-351.
- Kemfert, Claudia / Müller, Friedemann 2007: „Die Energieversorgung zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit – Chancen

und Perspektiven für die Energieversorgung“, In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (Hrsg) 2007: „Die Energieversorgung zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit“, Berlin, S. 5-16.

Keohane, Robert O. / Nye, Joseph 1977: „Power and Interdependence – World Politics in Transition“, Boston.

Keohane, Robert O. 1978: „The international energy agency – state influence and transgovernmental politics“, *International Organization* 3/1978, S. 929-951.

Keohane, Robert O. 1982: „State power and industry influence – American foreign oil policy in the 1940s“, *International Organization* 1/1982, S. 165-183.

Keohane, Robert O. 1984: „After Hegemony – Cooperation and Discord in the World Political Economy“, Princeton.

Keohane, Robert O. / Nye, Joseph 1987: „Power and Interdependence Revisited“, *International Organization* 4/1987, S. 725-753.

Kielmas, Maria 2005: „China’s Foreign Energy Asset Acquisitions: From Shopping Spree to Fire Sale?“, *The China and Eurasia Forum Quarterly*, 3/2005, S. 27-31.

Kindermann, Gottfried Karl 1996: „Neorealismus und Analyse – Zum Ansatz der Münchner Schule“, *Internationale Politik* 8/1996, S. 21-28.

Klare, Michael T. 2004: „Blood and Oil: The Dangers and Consequences of America’s growing petroleum dependency“, New York.

Klare, Michael T. 2003: „For Oil and Empire? Rethinking War with Iraq“, *Current History* 3/2003, S. 129-135.

Klare, Michael T. 2006: „Fueling the Dragon: China’s Strategic Energy Dilemma“, *Current History* 4/2006, S. 180-185.

Kolb, Mathias 2008: „Russland und der Westen – Die romantische Phase ist vorbei“, Interview mit Alexander Rahr (DGAP), online verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/871/307821/text/> (Zugriff: 26.8.2008).

Kovalchuk, Alexander 1992: „The Soviet Energy Sector. Reality and Prospects“, In: Müller, Friedemann (Hrsg.): *Russlands Energiepolitik – Herausforderung für Europa*, Baden-Baden, 49-58.

Krapels, Edward N. 1980: „Oil and Security: Problems and Prospects of Importing Countries“, In: Treverton, Gregory (Hrsg.): „Energy and Security“, Westmead, S.40-73.

Krause, Joachim 1983: „Die sowjetische Militärhilfepolitik gegenüber Entwicklungsländern – eine Herausforderung für den Westen?“, *Europa-Archiv* 16/1983, S.479-488.

Krause, Joachim / Lücke, Mathias 2005: „Political and Economic Challenges of Ressource Based Development in Kazhakstan and Azerbaidjan“, Grant Proposal for the Volkswagen Foundation, online verfügbar unter: http://www.razkaz.uni-kiel.de/papers/RAZKAZ_Proposal.pdf (Zugriff: 8.4.2008).

Krause, Joachim 1998: „Strukturwandel der Nichtverbreitungspolitik“, Oldenbourg.

- Kroker, Evelyn 1993: „Zur Entwicklung des Steinkohlebergbaus an der Ruhr zwischen 1945 und 1980“, In: Hohensee, Jens / Salewski, Michael (Hrsg.): „Energie, Politik, Geschichte“, Stuttgart, S. 75-89.
- Krugman, Paul 1995: “Development, Geography and Economic Theory”, Cambridge.
- Krugman, Paul 1996: „What economists can learn from evolutionary theorists (A talk given to the European Association for Evolutionary Political Economy, November 1996)“, online verfügbar unter: <http://web.mit.edu/krugman/www/evolute.html> (Zugriff: 18.8.2008).
- Krugman, Paul 1998: „Two cheers for formalism“, *The Economic Journal* 11/1998, S. 1829-1836.
- Kyrtsov, Catherine / Malliaris, Anastasios 2008: “Energy Economics Call for Papers: Energy Sector Pricing and Macroeconomic Dynamics“, *Energy Economics* 4/2008, I.
- Lantzke, Ulf 1975: “Die internationale Energieagentur als Antwort auf die Energiekrise“, *Europa-Archiv* 10/1975, S. 313-324.
- Laumanns, Ulrich 2004: “Determinanten der Energiepolitik“, Reiche, Danyel (Hrsg.): „Grundlagen der Energiepolitik“, Frankfurt/M., S. 279-290.
- Lebow, Richard Ned 1994: “The long peace, the end of the cold war and the failures of realism“, *International Organization* 2/994, S. 249-277.
- Lesbirel, Michael S. Hayden 2004: “Diversification and Energy Security Risks – The Japanese Case“, *Japanese Journal of Political Science* 1/2004, S. 1-22.
- Levy, Brian 1982: „World Oil Marketing in Transition“, *International Organization* 1/1982, S. 113-133.
- Levy, Walter J. / Conant, Melvin A. 1982: “Oil Strategy and Politics 1941-1981“, Boulder.
- Lieber, Robert J. 1976: „Oil in the Middle East War – Europe in the Energy Crisis“, Cambridge.
- Lieber, Robert J. 1976: „Europe and America in the World Energy Crisis“, *International Affairs* 4/1979, S. 531-545.
- Lieber, Robert J. 1982: “Cohesion and Disruption in the Western Alliance“, In: Yergin, Daniel / Hillenbrand, Martin (Hrsg.): “Global Insecurity – A Strategy for Energy and Economic Revival“, Boston, S. 320- 349.
- Lim, Ewe-Ghee 2006: „The Euro’s Challenge to the Dollar – Different Views from Economists and Evidence from COFER (Composition of Foreign Exchange Reserves) and other Data“, *IMF Working Paper*, Statistics Department, June 2006.
- Lippke, Hajo 2006: “Der Knoten im Zapfhahn – Möglichkeiten und Folgen einer iranischen Sperrung des persischen Golfs für den Schiffsverkehr“, *Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik* Nr. 16, April 2006.
- Luciani, Giacomo 2005: „Oil and Political Economy in the Middle East“, In: Fawcett, Louise (Hrsg.): “International Relations of the Middle East“, New York, S. 79-105.

- Lutz, Christian 1974: "Das unmündige Europa – Bilanz eines Krisenjahres", *Europa-Archiv* 1/1974, S. 1-8.
- Mahoney, James 2000: „Path dependence in historical sociology“, *Theory and Society* 5/2000, S. 507-548.
- Maihold, Günther 2008: „Außenpolitik als Provokation – Rhetorik und Realität in der Außenpolitik Venezuelas unter Hugo Chavez“, *SWP Studie*, Juli 2008.
- Maihold, Günther 2007: „Internationale Energiebeziehungen: Außenpolitische Handlungsoptionen zwischen institutioneller Entwicklung und Politikkoordination“, In: Harks, Enno / Müller, Friedemann (Hrsg.): „Petrostaaten – Außenpolitik im Zeichen von Öl“, Berlin, S. 249-268.
- Mauil, Hans W. 1979: "Öl und Politik – Die Entwicklung im Nahen Osten und ihre Auswirkungen auf die Welt-Energiesituation", *Europa-Archiv* 16/1979, S.483-492.
- Mauil, Hans W. 1980a: „Die zweite Ölkrise: Probleme und Perspektiven“, *Europa-Archiv* 19/1980, S.579-588.
- Mauil, Hans W. 1980b: "Oil and Influence – The Oil Weapon Examined", In: Treverton, Gregory (Hrsg.): "Energy and Security", Westmead, S. 3-39.
- Mauil, Hans W. 1987: "Strategische Rohstoffe – Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit des Westens", München.
- Mayer, Maximilian 2007: „Warum Chinas ‚Energiehunger‘ nicht zum ‚Krieg um Ressourcen‘ führt“, *China aktuell* 1/2007, S. 57-75.
- Mearsheimer, John J. 2002: "The Tragedy of Great Power Politics", New York.
- Meier-Walser, Reinhard C. 2007: „Zur Einführung – Energieversorgung als politische Querschnittsaufgabe“, In: Meier-Walser, Reinhard C. (Hrsg.): „Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung“, München, S. 7-20.
- Meyers, Reinhard 1990: „Metatheoretische und methodologische Betrachtungen zur Theorie der internationalen Beziehungen, In: Rittberger, Volker (Hrsg.): „Theorien der Internationalen Beziehungen – Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven“, Opladen, S.48-70.
- Mitchell, John / Lahn, Glada 2007: „Oil for Asia“, *Chatham House Briefing Paper*, March 2007.
- Moghtader, Hushang 1978: "Irans außenwirtschaftliche Beziehungen", *Aussenpolitik* 1/1978, S. 98-117.
- Moghtader, Hushang 1977: "Irans Erdöleinkünfte und Wirtschaftspläne", *Aussenpolitik* 4/1977, S. 424-436.
- Moravcsik, Andrew 1997: „Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics“, *International Organization* 4/1997, S. 513-553.
- Morozov, Viatcheslav 2008: "Energy Dialogue and the Future of Russia: Politics and Economics in the Struggle for Europe", In: Aalto, Pami (Hrsg.): "The EU-Russian Energy Dialogue – Europe's Future Energy Security", Aldershot, S. 43-62.
- Munk, Bernhard E. 2005: „The End of Cheap Oil, Once Again – Geopolitics or Global Economics?“, *Foreign Policy Research Institute E-Notes*, October 10th

2005, online verfügbar unter
<http://www.fpri.org/enotes/20051010.econ.munk.endofcheapoil.html> (Zugriff:
14.3.2008)

Neff, Thomas L. 1981: "The Changing World Oil Market", In: Nye, Joseph / Deese, David A.: "Energy and Security", Cambridge.

Nohlen, Dieter / Schultz, Rainer-Olaf 2000: "Theorie", In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): „Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1: Politische Theorien“, Berlin [CD-ROM-Ausgabe], S. 650-657.

NSIC (National Strategy Information Center) (Hrsg.) 1977: "Oil, Divestiture and National Security", New York.

Oatley, Thomas 2006: "International Political Economy – Interests and Institutions in the Global Economy", 2nd edition, New York et al..

OAPEC (Organisation of Arab Petroleum Exporting Countries) 1973: "Resolution Issued by the Conference of Arab Oil Ministers, Kuwait, October 17th, 1973", abgedruckt in: Hohensee, Jens 1996: "Der erste Ölpreisschock 1973/74", Stuttgart, S. 260-261.

Odell, Peter R.: „The Economic Background to North Sea Oil and Gas Development“, In: Smart, Ian / Saeter, Martin (Hrsg.): "The Political Implications of North Sea Oil and Gas", Oslo, S. 51-80.

OECD (*Organisation for Economic Cooperation and Development*) 1974: "Decision of the Council Adopting an International Energy Agency of the Organisation", online verfügbar unter: <http://www.iea.org/about/docs/apendx4.pdf> (Zugriff: 9.7.2008)

OPEC (*Organisation of Petrol Exporting Countries*) 2006 [1960]: "OPEC Statute", online verfügbar unter: <http://www.opec.org/library/opec%20statute/pdf/os.pdf> (Zugriff: 18.4.2008).

Paik, Keun-Wook 2005: „Russia’s Oil and Gas Export To Northeast Asia“, *Asia-Pacific Review* 2/2005, S. 58-70.

PDVSA (Petroleos de Venezuela S.A.) 2008: "Financial and Operational Information 2007 [=Geschäfts- und Finanzbericht für das Jahr 2007]", online verfügbar unter: <http://www.pdvsa.com/interface.sp/database/fichero/free/3271/245.PDF> (Zugriff: 20.8.2008).

Penrose, Edith 1979: "OPEC’s Importance in the World Oil Industry", *International Affairs* 1/1979, S. 18-33.

Pigden, Charles 1995: „Popper Revisited – Or: What is wrong with conspiracy theories?“, *Philosophy of the Social Sciences* 1/1995, S. 3-34.

Popper, Karl 1958: „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde – Band 2: Falsche Propheten“, Bern.

Popper, Karl 1974: „Das Elend des Historizismus“, 4. Auflagen, Tübingen.

Popper, Karl 1994: "Vermutungen und Widerlegungen", Band I, 2. Auflage, Tübingen.

- Powell, Robert: „Anarchy in international relations theory: the neorealist-neoliberal debate“, *International Organization* 2/1994, S. 313-344.
- Rahr, Alexander 2006: „Die neue OPEC – Wie Russland zur globalen Energie-Supermacht werden will“, *Internationale Politik* 2/2006, S. 15-23.
- Rahr, Alexander 2007: „Die Rolle Russlands im internationalen Energiemarkt“, In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (Hrsg.) 2007: „Die Energieversorgung zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit“, Berlin, S. 26-34.
- Risse-Kappen, Thomas 1995: „Bringing transnational relations back in – Introduction“, In: Risse-Kappen, Thomas (Hrsg.): „Bringing transnational relations back in - non-state actors, domestic structures and international institutions“, Cambridge, S. 3-37.
- Ritz, Hauke / Wiesmann, Otto 2007: „Peak Oil: Der globale Krieg ums Öl“, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2007, S. 837-844.
- Ruf, Werner 2003: „Die Unterwerfung des Sicherheitsrats unter die Machtpolitik der USA“, *Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten (INAMO)* 34/2003, S. 9-11.
- Ruf, Werner 2007: „Terror, Geheimdienste und Geopolitik – Wie die Achse Washington-Algier Ressourcensicherung betreibt“, In: Albrecht, Holger (Hrsg.): „Der Vordere Orient – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“, Baden-Baden, S. 63-79.
- Ruf, Werner 2004: „Unfriedliches in der Pax Americana“, In: Albrecht / Goldschmidt / Stuby (Hrsg.): „Die Welt zwischen Recht und Gewalt – Internationale Ordnung, Völkerrecht und Demokratie“, Hamburg 2004, S. 246-257.
- Sabatier, Paul 2007: „The Need for better Theories“, In: Sabatier, Paul (Hrsg.): „Theories of the policy process“, Boulder, S. 5-6.
- Sampson, Anthony 1976: „Die Sieben Schwestern – Die Ölkonzerne und die Verwandlung der Welt“, Reinbek bei Hamburg.
- Schubert, Klaus / Bandelow, Nils 2003: „Politikdimensionen und Fragestellungen der Politikfeldanalyse“, In: Schubert, Klaus / Bandelow, Nils: „Lehrbuch der Politikfeldanalyse“, Oldenburg.
- Seidelmann, Reimund 1982: „Die sowjetischen Energieimporte in die Bundesrepublik Deutschland – Abhängigkeit oder politische Zusammenarbeit?“, *Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung* 1/1982, S. 27-67.
- Shaw, Martin 2000: „Historical sociology and global transformation“, In: Palan, Ronen (Hrsg.): „Global Political Economy – Contemporary Theories“, London 2000, S. 229-241.
- Shifter, Michael 2006: „In Search of Hugo Chavez“, *Foreign Affairs* 3/2006, S. 45-59.
- SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) 2007: „SIPRI Yearbook – Armaments, Disarmament and International Security“, Oxford.
- Skocpol, Theda 1982: „Rentier State and the Shi'a Islam in the Iranian Revolution“, *Theory and Society* 3/1982, S. 265-282.

- Slugget, Peter 2005: „The Cold War in the Middle East“, In: Fawcett, Louise (Hrsg.): „International Relations of the Middle East“, S. 41-58.
- Smart, Ian 1974: „Die Supermächte und der Nahe Osten“, *Europa-Archiv* 1/1974, S. 9-21.
- Smith, Benjamin 2004: „Oil Wealth and Regime Survival in the Developing World 1960-1999“, *American Journal of Political Science* 2/2004, S. 232-246.
- Smith, Keith C. 2006: „Security Implications of Russian Energy Policies“, *CEPS Policy Brief* No. 90, Januar 2006.
- Steinberg, Guido 2007: „Saudi-Arabien – Öl für Sicherheit“, In: Harks, Enno / Müller, Friedemann (Hrsg.): „Petrostaaten – Außenpolitik im Zeichen von Öl“, Baden-Baden 2007.
- Stopford, John M. / Strange, Susan 1991: „Rival States, Rival Firms – Competition for World Market Shares“, Cambridge.
- Strange, Susan 1986: „Casino Capitalism“, Oxford.
- Strange, Susan 1994: „States and Markets“, 2. Auflage, London.
- Strange, Susan 1992: „States, Firms and Diplomacy“, *International Affairs* 1/1992, S. 1-15.
- Strange, Susan 1976: „The Study of Transnational Relations“, *International Affairs* 3/1976, S. 333-345.
- Tsurumi, Yoshi 1975: „Die Folgen der Ölkrise für Japan – Innen- und Außenpolitische Schwierigkeiten“, *Europa-Archiv* 1975, S. 642-652.
- Turner, Louis 1974: „The European Community – Factors of Disintegration“, *International Affairs* 3/1974, S.404-416.
- Turner, Louis 1975: „State and Commercial Interests in North Sea Oil and Gas: Conflict and Correspondence“, In: Smart, Ian / Saeter, Martin (Hrsg.): „The Political Implications of North Sea Oil and Gas“, Oslo 1975, S. 93-110.
- Turner, Louis 1983: „Oil Companies in the International System“, 3. Auflage, London.
- Ulbert, Cornelia 2005: „Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik: Von den Höhen der Theorie in die Niederungen der Empirie“, Papier für die Tagung der Sektion Internationale Politik der DVPW, Mannheim 6.-7. Oktober 2005.
- Umbach, Frank 2003: „Globale Energiesicherheit – Strategische Herausforderungen für die deutsche und europäische Außenpolitik“, Oldenbourg.
- Umbach, Frank 2006a: „Die neuen Herren der Welt – Öl gleich Macht. Energieverbraucherländer müssen umdenken“, *Internationale Politik* 6/2006, S. 52-59.
- Umbach, Frank 2006b: „Europas nächster Kalter Krieg – Die EU braucht endlich ein Konzept zur Versorgungssicherheit“, *Internationale Politik* 2/2006, S. 6-14.
- Umbach, Frank 2007: „Zielkonflikte der europäischen Energiesicherheit“, *DGA-Panalyse*, November 2007.

- UNOCAL 2003: „Unocal Corporation Annual Report 2003“, online verfügbar unter <http://www.chevron.com/investors/archives/unocalirarchive/financialreports/> (Zugriff: 24.8.2008).
- UNOCAL 2004: „Annual Report 2004 – Asia: The Future is Natural Gas“, online verfügbar unter: <http://www.chevron.com/investors/archives/unocalirarchive/financialreports/> (Zugriff: 24.8.2008).
- Varwick, Johannes 2008: „Den Fuß auf der Pipeline“, *Rheinischer Merkur* 11/2008, S.6.
- Waltz, Kenneth N. 1970: „The myth of national interdependence“, In: Kindleberger, Charles P. (Hrsg.): „The International Corporation“, Massachusetts u.a. , S. 205-223.
- Waltz, Kenneth N. 1979: „Theory of International Politics“, Reading u.a..
- Waltz, Kenneth N. 2000: „Structural Realism after the Cold War“, *International Security* 1/2000, S. 5-41.
- Watanuki, Joji 1982: „Japanese Society and the Limits of Growth“, In: Yergin, Daniel / Hillenbrand, Martin (Hrsg.): „Global Insecurity – A Strategy for Energy and Economic Revival“, Boston 1982, S. 168-199.
- Weidenfeld, Werner 1996: „Abschied von der Theorie?“ *Internationale Politik* 8/1996, S. 1-2.
- Weiss, Ulrich 2000: „Macht“, In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): „Lexikon der Politikwissenschaft, Band 7: Politische Begriffe“, Berlin 2000 [CD-ROM-Ausgabe], S. 359-361.
- Wendt, Alexander 1987: „The Agent-Structure-Problem in International Relations Theory“, *International Organization* 3/1987, S. 336-370.
- Wendt, Alexander 1992: „Anarchy is what states make of it – The Social Construction of Power Politics“, *International Organization* 2/1992, S. 391-425.
- Wendt, Alexander 1999: „Social Theory of International Relations“, Cambridge.
- Williamson, Oliver E. 1971: „Vertical Integration of Production – Market Failure Considerations“, *American Economic Review*, 2/1971, S. 112-123.
- Williamson, Oliver E. / Riordan, Michael H. 1985: „Asset Specificity and Economic Organization“, *International Journal of Industrial Organization* 3/1985, S. 365-378.
- Yergin, Daniel 1982a: „America in the Strait of Stringency“, In: Yergin, Daniel / Hillenbrand, Martin (Hrsg.): „Global Insecurity – A Strategy for Energy and Economic Revival“, Boston 1982, S. 94-137.
- Yergin, Daniel 1982b: „Crisis and Adjustment – An Overview“, In: Yergin, Daniel / Hillenbrand, Martin (Hrsg.): „Global Insecurity – A Strategy for Energy and Economic Revival“, Boston 1982, S. 1-28.
- Yergin, Daniel 1991: „The Prize – The Epic Quest for Oil, Money and Power“, London.

Yergin, Daniel 2006: "Ensuring Energy Security", *Foreign Affairs* 2/2006, S. 69-82.

Yorke, Valerie 1981: "Oil, The Middle East and Japan's Search for Security", *International Affairs* 3/1981, S. 428-448.

Yousefi, Ayoub / Wirjanto, Tony S. 2003: "Exchange Rate of the Dollar and the J-Curve: The case of oil exporting countries", *Energy Economics* 6/2003, S. 741-765.

Zalduando, Juan 2006: "Determinants of Venezuela's Equilibrium Real Exchange Rate", *IMF Working Paper*, Statistics Department, March 2006.

Zehfuss, Maja 2002: "Constructivism in International Relations: The Politics of Reality", Cambridge.

Ziesing, Hans-Joachim 1986: "Energiewirtschaft und Energiepolitik vor neuen Herausforderungen – Möglichkeiten und Folgen eines Ausstiegs aus der Kernenergie", *Aus Politik und Zeitgeschichte* 32/1986, S. 3-18.